



# **WORTPROTOKOLL**

## **des 1. Burgenländischen Jugendlandtages**

**Donnerstag, 29. März 2007**

**10.03 Uhr - 13.55 Uhr**

## Tagesordnung

1. *Fragestunde*
  2. *Antrag der Jugendabgeordneten Istvan Deli, Jörg Kocsis, Christoph Schmidt, Hanna Grabenhofer, Bernd Weiss, Christine Kotschar, Markus Schrödl und Birgit Eitel auf Fassung einer Petition betreffend der Verbesserungen für in Ausbildung befindlicher jungen Menschen im Burgenland (J 1)*
  3. *Antrag der Jugendabgeordneten Harald Stefanits, Thomas Bernhardt, Friedrich Heider, Miriam Herlicska, Eva Gradwohl, Tina Gsertz-Karazman, Oliver Krumpeck und Silvia Holper auf Fassung einer Petition betreffend die Verbesserung der Lehrlingssituation im Burgenland (J 2)*
  4. *Antrag der Jugendabgeordneten Mag. Josefine Sinkovits, Ing. Andreas Gradwohl, Stefan Kast, Daniela Wallner, Mag. Martin Schmid, Mario Baranyai, Martin Heissenberger und Thomas Hoffmann auf Fassung einer Petition betreffend Maßnahmen zur Ausweitung der Jugendmitbestimmung auf allen Ebenen (J 3)*
  5. *Antrag der Jugendabgeordneten Luzia Janoch, Thomas Juszt, David Kappel, Gabi Tremmel, Oliver Blaskovits, Thomas Velich und Teresa Zach auf Fassung einer Petition betreffend Mobilität und Wohnen im Ländlichen Raum (J 4)*
-

## Inhalt

### Landtag

Eröffnung und Ansprache des Landtagspräsidenten Walter Prior (S. 6)

### Fragestunde:

**Anfrage Nr. 1** des Jugendabgeordneten Markus Schrödl an Landeshauptmann Hans Niessl betreffend Bildungsangebot im Burgenland

Beantwortung der Anfrage: Landeshauptmann Hans Niessl (S. 9)

Zusatzfragen: Thomas Bernhardt (S. 10) und Stefan Kast (S. 11)

**Anfrage Nr. 2** des Jugendabgeordneten Ing. Andreas Gradwohl an Landeshauptmann-Stellvertreter Mag. Franz Steindl betreffend Vergabe von Landesjugendreferats-Projektsförderungen

Beantwortung der Anfrage: Landeshauptmann-Stellvertreter Mag. Franz Steindl (S. 12)

Zusatzfragen: Gabi Tremmel (S. 13) und Oliver Blaskovits (S. 14)

**Anfrage Nr. 3** des Jugendabgeordneten Thomas Hoffmann an Landesrat Helmut Bieler betreffend Fachhochschulen

Beantwortung der Anfrage: Landesrat Helmut Bieler (S. 14)

Zusatzfragen: Bernd Weiss (S. 15) und Julia Tinhof (S. 16)

**Anfrage Nr. 4** des Jugendabgeordneten Friedrich Heider an Landesrätin Mag. Michaela Resetar betreffend das Projekt Discobus im Burgenland

Beantwortung der Anfrage: Landesrätin Mag. Michaela Resetar (S. 16)

Zusatzfragen: Oliver Krumpeck (S. 17) und Christoph Schmidt (S. 18)

**Anfrage Nr. 5** des Jugendabgeordneten Mag. Martin Schmid an Landesrat Dr. Peter Rezar betreffend die Ziel 1-Mittel für die Arbeitnehmerförderung

Beantwortung der Anfrage: Landesrat Dr. Peter Rezar (S. 18)

Zusatzfragen: Hanna Grabenhofer (S. 19) und Martin Heissenberger (S. 20)

**Anfrage Nr. 6** des Jugendabgeordneten Harald Stefanits an Landesrat Dipl.Ing. Nikolaus Berlakovich betreffend Projekte, die sich im Bereich Natur- und Umweltschutz auf Präventivmaßnahmen konzentrieren

Beantwortung der Anfrage: Landesrat Dipl.Ing. Nikolaus Berlakovich (S. 21)

Zusatzfragen: Christine Kotschar (S. 22) und Jörg Kocsis (S. 23)

**Anfrage Nr. 7** der Jugendabgeordneten Luzia Janoch an Landesrätin Verena Dunst betreffend Jobaussichten für Frauen im Burgenland

Beantwortung der Anfrage: Landesrätin Verena Dunst (S. 24)

Zusatzfragen: Miriam Herlicska (S. 26) und Eva-Maria Gradwohl (S. 27)

## Verhandlungen

**Antrag** der Jugendabgeordneten Istvan Deli, Jörg Kocsis, Christoph Schmidt, Hanna Grabenhofer, Bernd Weiss, Christine Kotschar, Markus Schrödl und Birgit Eitel auf Fassung einer Petition betreffend der Verbesserungen für in Ausbildung befindlicher jungen Menschen im Burgenland (J 1)

Berichtersteller: Markus Schrödl (S. 28)

Redner: Christoph Schmidt (S. 29), Birgit Eitel (S. 30), Gabi Tremmel

(S. 31), Hanna Grabenhofer (S. 33), Martin Heissenberger (S. 34), Julia Tinhof (S. 35), Jörg Kocsics (S. 36), Stefan Kast (S. 37), Miriam Herlicska (S. 37), Andreas Gradwohl (S. 38), Istvan Deli (S. 40), Thomas Juszt (S. 42), Daniela Wallner (S. 42), Stefan Matkovits (S. 42) und Oliver Blaskovits (S. 43)

Annahme des Antrages (S. 43)

**Antrag** der Jugendabgeordneten Harald Stefanits, Thomas Bernhardt, Friedrich Heider, Miriam Herlicska, Eva Gradwohl, Tina Gsertz-Karazman, Oliver Krumpeck und Silvia Holper auf Fassung einer Petition betreffend die Verbesserung der Lehrlingssituation im Burgenland (J 2)

Berichterstellerin: Tina Gsertz-Karazman (S. 44)

Redner: Harald Stefanits (S. 46), Oliver Krumpeck (S. 47), Bernd Weiss (S. 47), Luzia Janoch (S. 49), Julia Tinhof (S. 50), Tina Gsertz-Karazman (S. 51) und Ing. Andreas Gradwohl (S. 51)

Annahme des Antrages (S. 52)

**Antrag** der Jugendabgeordneten Mag. Josefine Sinkovits, Ing. Andreas Gradwohl, Stefan Kast, Daniela Wallner, Mag. Martin Schmid, Mario Baranyai, Martin Heissenberger und Thomas Hoffmann auf Fassung einer Petition betreffend Maßnahmen zur Ausweitung der Jugendmitbestimmung auf allen Ebenen (J 3)

Berichtersteller: Thomas Hoffmann (S. 52)

Redner: Mag. Josefine Sinkovits (S. 53), Stefan Kast (S. 55), Julia Tinhof (S. 56), Miriam Herlicska (S. 57), Ing. Andreas Gradwohl (S. 57), Thomas Juszt (S. 59) und Landeshauptmann-Stellvertreter Mag. Franz Steindl (S. 59)

---

Annahme des Antrages (S. 61)

**Antrag** der Jugendabgeordneten Luzia Janoch, Thomas Juszt, David Kappel, Gabi Tremmel, Oliver Blaskovits, Thomas Velich und Teresa Zach auf Fassung einer Petition betreffend Mobilität und Wohnen im Ländlichen Raum (J 4)

Berichterstatterin: Teresa Zach (S. 61)

Redner: Thomas Juszt (S. 63), Oliver Blaskovits (S. 64), Eva-Maria Gradwohl (S. 66), Julia Tinhof (S. 67), Thomas Hoffmann (S. 68), Luzia Janoch (S. 69), Oliver Krumpäck (S. 69), Ing. Andreas Gradwohl (S. 69), Christoph Schmidt (S. 71), Daniela Wallner (S. 71) und Landeshauptmann Hans Niessl (S. 72)

Annahme des Antrages (S. 73)

### **Beginn der Sitzung: 10 Uhr 03 Minuten**

**Präsident Walter Prior:** Einen schönen guten Morgen meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich e r ö f f n e die Sitzung des Burgenländischen Jugendlandtages.

Die Beschlussfähigkeit ist gegeben.

Ihr Fernbleiben von der heutigen Sitzung haben die Jugendabgeordneten Mario Baranyai und Bernhard Hirczy entschuldigt.

Liebe Jugend-Vertreter, junge Burgenländerinnen und Burgenländer! Ich pflege bei solchen Anlässen zu sagen: Hohes Haus!

Damit sind Sie alle angesprochen - ich darf Sie alle ganz herzlich im Burgenländischen Landtag willkommen heißen.

Ebenfalls herzlich begrüßen darf ich Landeshauptmann Hans Niessl und die Damen und Herren der Burgenländischen Landesregierung.

Ich begrüße auch die anwesenden Vertreter des Landtages, ebenso die Zuhörerinnen und Zuhörer auf der Galerie und die Medienvertreter.

Ich freue mich sehr über das große Interesse an dieser Sitzung!

Heute findet erstmals im Burgenland ein Jugendlandtag statt. Damit eröffnen wir ein neues Kapitel in der Geschichte des Burgenländischen Landtages.

Denn es hat zwar schon einige Diskussionsveranstaltungen mit Jugendlichen hier in diesem Hohen Haus gegeben, aber noch nie zuvor gab es eine Sitzung von und mit Jugend-Vertretern, die die Plenarsitzungen des Burgenländischen Landtages nachbilden und nachvollziehen.

Ich halte das für ein wichtiges Signal an die Jugend des Burgenlandes.

Unser Bundesland ist in vielerlei Hinsicht Vorreiter beim Ausbau der demokratischen Mitbestimmungsrechte junger Menschen.

Wir haben früher als andere Bundesländer das aktive Wahlalter auf Landes- und Gemeindeebene gesenkt und damit gute Erfahrungen gemacht. Wir haben uns früher als andere auch für die Wahlaltersenkung auf Bundesebene eingesetzt.

Heute gehen wir, meiner Meinung nach, einen großen Schritt weiter, indem wir im Landtag ein Forum für Jugend-Anliegen schaffen.

Die heutige Sitzung geht auf einen einstimmigen Beschluss des Burgenländischen Landtages vom 6. Juli 2006 - basierend auf einem Entschließungsantrag der Sozialdemokratischen Fraktion - zurück.

Es hat umfangreiche Vorbereitungsarbeiten gegeben. Bei der Zusammensetzung des Jugendlandtages wurde Wert darauf gelegt, alle wesentlichen Jugend-Organisationen und Interessenvertretungen einzubinden.

Auch die regionale Ausgewogenheit wurde beachtet und wichtig war uns überdies, dass fast im gleichen Ausmaß Mädchen wie Burschen heute hier die Abgeordnetenplätze einnehmen.

Die Teilnehmerinnen und Teilnehmer des Jugendlandtages haben an einem Vorbereitungsseminar teilgenommen, bei dem der Ablauf der heutigen Sitzung festgelegt wurde.

Bei diesem Seminar wurden auch die Anfragen und Anträge erarbeitet und festgelegt, die heute hier behandelt werden. Ich muss auf Details der Geschäftsordnung daher nicht mehr näher eingehen, sondern nur auf die Tagesordnung verweisen:

Zuerst findet die Fragestunde statt, bei der an jedes Mitglied der Landesregierung eine Frage zu seinem Verantwortungsbereich gestellt wird und wo zwei Zusatzfragen möglich sind.

Danach werden alle Anträge debattiert und behandelt. Dabei haben wir uns generell auf eine Redezeit von fünf Minuten pro Redner verständigt.

Die angenommenen Anträge werden dem Petitionsausschuss des Landtages weitergeleitet, das heißt, sie müssen also vom Burgenländischen Landtag weiterbehandelt werden.

Anwesend sind heute auch Abgeordnete aller im Landtag vertretenen Parteien entsprechend ihrem Stärkeverhältnis.

Geschätzte Jung-Abgeordnete!

"Information ist die Währung der Demokratie", hat Thomas Jefferson, einer der ersten Präsidenten der Vereinigten Staaten von Amerika und Verfasser der Unabhängigkeitserklärung, gesagt.

Und in diesem Sinne soll der heutige Jugendlandtag politische Entscheidungsabläufe für junge Menschen nachvollziehbar machen und damit allgemein das Interesse am politischen Gestalten fördern.

Gleichzeitig wollen wir jungen Burgenländern die Chance geben, wichtige Anliegen - ohne Filter, ohne Zwischenstation - an die Politik weiterzuleiten.

Ich sehe darin ein wichtiges Signal, dass wir die nächste Generation in die Zukunftsgestaltung einbinden.

Demokratie ist keine Selbstverständlichkeit, sondern wurde in einem jahrhundertelangen Prozess erkämpft, erarbeitet und verfeinert.

Demokratie bedeutet Engagement und Gestaltungsfreude, aber auch Toleranz und Kompromissbereitschaft.

Eine lebendige Demokratie muss sich weiterentwickeln und neuen Herausforderungen stellen!

Der heutige Jugendlandtag ist ein Beitrag zur gelebten und gelernten Demokratie.

Das Motto "Mitdenken - Mitreden - Mitgestalten" zeigt, dass wir im Burgenland auf die Kreativität, das Problembewusstsein und das soziale Gespür der Jugend nicht verzichten wollen und können.

Ich bedanke mich bei allen, die den heutigen Jugendlandtag ermöglicht haben und an den Vorbereitungsarbeiten beteiligt waren: Im Speziellen gilt mein Dank

- Herrn Landtagsdirektor w.HR Dr. Rauchbauer
- Herrn Dr. Hermann Krenn, Leiter des Jugendreferates
- Herrn Mag. Christian Reumann, dem Burgenländischen Jugendanwalt und
- Herrn Ing. Manfred Riegler, meinem Büroleiter.

Im Namen aller Teilnehmerinnen und Teilnehmer, aber auch der Zuhörer und der Medienvertreter, wünsche ich uns allen eine spannende und sachliche Diskussion.

In diesem Sinne noch einmal ein herzliches Willkommen zu dieser heutigen Veranstaltung, zu diesem ersten burgenländischen Jugendlandtag, herzlich Willkommen. *(Beifall bei den Jugendabgeordneten)*

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Beim Vorbereitungsseminar am 3. März in Lutzmannsburg wurden die Anfragen der heutigen Fragestunde erarbeitet. Diese Anfragen wurden geschäftsordnungsgemäß den Damen und Herren der Burgenländischen Landesregierung fristgerecht zugestellt.

Ebenso wurden bei diesem Vorbereitungsseminar vier Anträge erarbeitet. Diese Anträge wurden formell und inhaltlich geprüft und können daher in der heutigen Sitzung des Jugendlandtages behandelt werden.

Ich gebe nun die Tagesordnung der heutigen Sitzung bekannt:

1. Fragestunde;
2. Antrag der Jugendabgeordneten Istvan Deli, Jörg Kocsis, Christoph Schmidt, Hanna Grabenhofer, Bernd Weiss, Christine Kotschar, Markus Schrödl und Birgit Eitel auf Fassung einer Petition betreffend der Verbesserungen für in Ausbildung befindlicher jungen Menschen im Burgenland (J 1);
3. Antrag der Jugendabgeordneten Harald Stefanits, Thomas Bernhardt, Friedrich Heider, Miriam Herlicska, Eva Gradwohl, Tina Gsertz-Karazman, Oliver Krumpeck und Silvia Holper auf Fassung einer Petition betreffend die Verbesserung der Lehrlingsituation im Burgenland (J 2);
4. Antrag der Jugendabgeordneten Mag. Josefine Sinkovits, Ing. Andreas Gradwohl, Stefan Kast, Daniela Wallner, Mag. Martin Schmid, Mario Baranyai, Martin Heissenberger und Thomas Hoffmann auf Fassung einer Petition betreffend Maßnahmen zur Ausweitung der Jugendmitbestimmung auf allen Ebenen (J 3);
5. Antrag der Jugendabgeordneten Luzia Janoch, Thomas Juszt, David Kappel, Gabi Tremmel, Oliver Blaskovits, Thomas Velich und Teresa Zach auf Fassung einer Petition betreffend Mobilität und Wohnen im ländlichen Raum (J 4);

Wird gegen die Tagesordnung ein Einwand erhoben? - Das ist nicht der Fall.

## **1. Punkt: Fragestunde**

**Präsident Walter Prior:** Wir gehen in die Tagesordnung ein und kommen zum 1. Punkt der Tagesordnung, zur Fragestunde.

Ich beginne jetzt - es ist 10 Uhr 12 Minuten - mit dem Aufruf der Anfragen.

Die erste Anfrage ist vom Herrn Jugendabgeordneten Markus Schrödl an Herrn Landeshauptmann Hans Niessl gerichtet. Ich bitte daher Herrn Markus Schrödl und Verlesung seiner Anfrage.

Bitte Herr Jugendabgeordneter.

**Jugendabgeordneter Markus Schrödl:** Sehr geehrter Herr Landeshauptmann! Welche Maßnahmen werden angedacht, um das Bildungsangebot im Burgenland zu verbreitern beziehungsweise zu verbessern - unter anderem in Hinblick auf die burgenländischen Minderheitensprachen wie Ungarisch, Kroatisch und Romanes in den diversen Schulstufen und -typen, aber auch im Bezug auf die Schaffung neuer

zukunftsorientierter Ausbildungsmöglichkeiten, die im Zusammenhang mit der EU-Osterweiterung Vorteile bringen könnten?

**Präsident Walter Prior:** Bitte Herr Landeshauptmann.

**Landeshauptmann Hans Niessl (SPÖ):** Sehr geehrter Herr Jugendabgeordneter! Meine Damen und Herren! Herr Präsident! Zunächst darf ich Sie auch alle sehr herzlich begrüßen. Es ist heute das erste Mal, dass dieser Jugendlandtag durchgeführt wird.

Ich freue mich wirklich sehr, dass Sie sich bereit erklärt haben, sich vorzubereiten und hierher zukommen. Ich glaube, dass ist für die Demokratie besonders wichtig, dass sich junge Menschen auch für Politik interessieren.

Nun zu Ihrer Frage, Herr Jugendabgeordneter. Ich denke, dass es im Bereich der Bildung viele Kompetenzen gibt. Es ist einerseits der Bund im überwiegenden Ausmaß für den gesamten Bildungsbereich zuständig. Es ist andererseits das Land, und die Länder Österreichs für den Bildungsbereich zuständig, aber auch die Gemeinden sind zum Teil für den Bildungsbereich zuständig.

Und auf Grund dieser aufgesplitterten Kompetenzen muss auch zwischen Bund, Ländern und Gemeinden immer wieder diskutiert und gesprochen werden, um einen Konsens zu finden, um Reformen in der Bildung auch tatsächlich umsetzen zu können.

Ich war gerade in den letzten Jahren auch als Vertreter des Landes Burgenland beim Reformkonvent in Wien dabei, beim Reformdialog, beim Verfassungskonvent, wo es immer wieder um wichtige Fragen der Bildung gegangen ist.

Und ich denke, dass gerade in den letzten Wochen und Monaten entscheidende Schritte gesetzt wurden, um die Qualität der Bildung in den nächsten Monaten und auch in den nächsten Jahren kontinuierlich zu verbessern.

Ich glaube, das ist ganz wichtig, vor allem wenn man sich die entsprechenden Pisastudien ansieht, dann sieht man wo Handlungsbedarf gegeben ist. Es gibt international sehr gute Beispiele, wo im Bereich der Bildung bereits wichtige Schritte in die Zukunft und Verbesserungen gemacht wurden.

Konkret geht es darum, und ich darf schon im Kindergartenbereich beginnen, dass es viele Beispiele aus den skandinavischen Ländern gibt, auch Beispiele aus Deutschland, wo die Frühkindpädagogik forciert wird, wo bereits die Schuleingangsstufe neu organisiert wird.

Da geht es nicht um eine Verschulung der Kinder und Kleinkinder, sondern um eine sinnvolle Förderung, wissenschaftliche Abhandlungen wie das in anderen Ländern Europas gemacht wird.

Der zweite wesentliche Bereich ist, dass die Senkung der Klassenschülerhöchstzahl mit Schulbeginn des kommenden Schuljahres umgesetzt wird.

Die Senkung der Klassenschülerhöchstzahl im Pflichtschulbereich, erste Klasse AHS, denke ich, ist sehr wichtig. Es ist wichtig, weil der Lehrer mehr Zeit für die Kinder hat, weil kleinere Klassen auch die Integration ermöglichen. Weil es in kleineren Klassen auch besser möglich ist, mit verhaltensauffälligen Schülern umzugehen. Weil es besser möglich ist, auf Probleme und Anliegen der Schülerinnen und Schüler einzugehen und einen besseren Unterrichtsertrag zu haben.

Der dritte Punkt ist, dass wir mehr Lehrer, vor allem im städtischen Bereich, für die Integration benötigen. Es ist ganz wesentlich, dass hier zusätzliche Stunden zur

Verfügung gestellt werden, mehr Lehrer zur Verfügung gestellt werden, um Integration zu ermöglichen.

Nächster Bereich ist die Bildungsdirektion. Wir gehen davon aus, dass wir in Zukunft im Bereich der Verwaltung einsparen und wir mehr Geld für Bildung zur Verfügung stellen können.

Auch hier gibt es schon breiten Konsens zwischen den Bundesländern, damit die Bildungsdirektionen eingeführt werden und hier eine Konzentration aller Bildungsaufgaben in diesen Bildungsdirektionen erfolgen soll.

Ich habe auch bei meinem Gespräch mit der neuen Frau Unterrichtsministerin angeboten, dass wir im Burgenland, auf wissenschaftlicher Basis, von anerkannten Pädagogen, Prof. Specht, Prof. Haider und anderen, die auch national einen sehr guten Ruf haben, Schulversuche durchführen.

Wir haben eine Gemeinschaftsschule in Güssing und in Jennersdorf, wo praktisch 98, 99 Prozent der Schüler in die Hauptschule gehen - das ist unsere Gemeinschaftsschule, da gibt es keine Unterstufe des Gymnasiums - und, dass wir mit starker innerer Differenzierung unter Einbeziehung von AHS-Lehrern die Qualität dieser Schulen weiter anheben, auf wissenschaftlicher Basis jedes Jahr eine Evaluierung machen und gerne Vergleiche durchführen, wie die Qualität dieser südburgenländischen Schulen ist, im Vergleich zu städtischen Gymnasien, im Vergleich zu anderen Hauptschulen.

**Präsident Walter Prior:** Danke Herr Landeshauptmann.

**Landeshauptmann Hans Niessl (SPÖ)(fortsetzend):** Und ich glaube, dass hier noch wichtige Impulse zu setzen sind.

**Präsident Walter Prior:** Ich möchte nur darauf aufmerksam machen, das erste Glockenzeichen ist immer 30 Sekunden vor Ende der Redezeit. Das gilt für die Regierungsglieder und auch für die Fragesteller, damit man sich orientieren kann.

Die erste Zusatzfrage stellt Herr Jungabgeordneter Thomas Bernhardt.

Bitte Ihre Zusatzfrage.

**Jugendabgeordneter Thomas Bernhardt:** Sehr geehrter Herr Landeshauptmann! In welchem Ausmaß gibt es Fördergelder für Interregionale Bildungsprojekte die diese angesprochenen Minderheitensprachen unterstützen, beziehungsweise erweitern?

**Präsident Walter Prior:** Bitte Herr Landeshauptmann.

**Landeshauptmann Hans Niessl (SPÖ):** Sehr geehrter Herr Abgeordneter! Wir haben im Burgenland die besondere Situation, und das ist natürlich auch ein Schwerpunkt, dass wir Volksgruppensprachen haben. Ich sehe das als Reichtum für unser Burgenland.

Jeder, der eine zusätzliche Sprache kann, ob Kroatisch, Ungarisch, Englisch oder eine andere Sprache, das ist für ihn persönlich ein Vorteil. Das ist auch für das Land ein Vorteil, das ist ein Vorteil für den Wirtschaftsstandort.

Und ein besonderes Anliegen sind uns natürlich die Volksgruppensprachen. Wir haben in den vergangenen Jahren doch viele Aktivitäten, auch im Rahmen dieser Volksgruppensprachen gesetzt und haben auch Projekte, die teilweise mit Geldern der Europäischen Union gefördert wurden, realisiert und umgesetzt.

Wir haben im Rahmen des INTERREG-Projektes, im Bereich der Sprachausbildung von Schüler und Jugendlichen, Projekte auf die Beine gestellt. Und wir haben auch in Zukunft, bis zum Jahr 2013, die Möglichkeit, dass im Rahmen des Ziel 3-Programmes ebenfalls EU-Gelder, Bundesgelder, Landesgelder für die Sprachförderung zur Verfügung gestellt werden.

Wir erwarten uns hier von den Schulen, von Bildungseinrichtungen oder von privaten Vereinen sinnvolle Projekte, die eben hier umgesetzt werden sollen.

Wir haben zum Beispiel aus der Jubiläumsgabe 2001 ein Projekt gefördert, wo drei Volksgruppensprachen des Landes nämlich Kroatisch, Ungarisch und Romanes gefördert wurden.

Wir haben viele Auszeichnungen bekommen, wie die Erasmusmedaille und das Europasiegel. Und wir haben auch eine Ausgabe für Fortgeschrittene im Bereich der Sprachausbildung, eine CD-Rom, auch Sprachkurse für Volkshochschulen.

**Präsident Walter Prior:** Danke Herr Landeshauptmann.

**Landeshauptmann Hans Niessl (SPÖ)(fortsetzend):** Diese Modelle haben auch internationale Anerkennung gefunden.

**Präsident Walter Prior:** Eine weitere Zusatzfrage stellt Herr Abgeordneter Stefan Kast.

Bitte Herr Abgeordneter.

**Jugendabgeordneter Stefan Kast:** Herr Landeshauptmann! Die Landwirtschaftliche Fachschule in Neusiedl am See hat in den letzten Jahren eine sehr positive Aufwärtsentwicklung vorzuweisen. Zuletzt hat es sogar mehr Bewerber und Bewerberinnen gegeben, als aufgenommen werden konnten. Außerdem finden praktisch alle Absolventen und Absolventinnen weiterführende Ausbildungsplätze, beziehungsweise Arbeitsstellen.

Wieso wollen Sie, Herr Landeshauptmann und die SPÖ, diese wichtige Bildungseinrichtung im ländlichen Raum zusperren?

**Präsident Walter Prior:** Bitte Herr Landeshauptmann.

**Landeshauptmann Hans Niessl (SPÖ):** Sehr geehrter Herr Abgeordneter! Schulschließungen sind ein aktuelles Thema. Wir haben in den 70er Jahren 40.000 Pflichtschüler gehabt, jetzt haben wir unter 19.000 Pflichtschüler. Das heißt, Strukturen aus den 70er Jahren, mit der halben Anzahl von Schülern. Ich bin der Überzeugung, man muss immer evaluieren, wie weit Schüler auch einen Beruf ausüben können.

Und wenn zum Beispiel eine Schule über Jahre hindurch ausbildet und es bekommt nur ein geringer Anteil dieser Schüler auch tatsächlich einen Arbeitsplatz, dann muss man sich Gedanken darüber machen, ob diese Schule andere Inhalte und andere Schwerpunkte bekommen soll, oder ob man sie im Bereich der Methodik, Didaktik, den Inhalten, Schwerpunkten und Ausbildungszielen verändern soll.

Ich habe auch angeregt, ein anderer Schwerpunkt zum Beispiel, sollten die Handelsschulen sein. Ein Handelsschüler bekommt heute nur sehr schwer einen Arbeitsplatz. Und das gilt auch für andere Schulen.

Überall wo man schwer einen Arbeitsplatz bekommt, sollte man eine Arbeitsgruppe einsetzen und hinterfragen, ist es sinnvoll Handelsschüler auszubilden die anschließend arbeitslos sind? Oder sollte man dort zum Beispiel anbieten, dass junge Leute einen Beruf

im Gesundheitswesen ausüben können, wie diplomierte Krankenschwestern, Pflegerinnen und Pfleger und das gilt auch für alle Schulen.

Dort wo man eine Zukunftschance hat, soll man es forcieren. Dort wo man am Arbeitsmarkt vorbei ausbildet, sollte man sich überlegen, ob man diese Schule nicht entsprechend anders positioniert und andere Schwerpunkte setzt.

**Präsident Walter Prior:** Die zweite Anfrage ist vom Herrn Jugendabgeordneten Ing. Andreas Gradwohl an Herrn Landeshauptmann-Stellvertreter Mag. Franz Steindl gerichtet.

Ich bitte um Verlesung Ihrer Anfrage Herr Abgeordneter.

**Jugendabgeordneter Ing. Andreas Gradwohl:** Sehr geehrter Herr Landeshauptmann-Stellvertreter! Um Fördermittel für Jugendprojekte zu erhalten, müssen an das Landesjugendreferat Anträge gestellt werden. Dem Referat stehen rund 150.000 Euro für Projektförderungen zur Verfügung. Bisher ist es jedoch für die Ansuchenden nicht nachvollziehbar und äußerst undurchsichtig, nach welchen Kriterien Anträge angenommen beziehungsweise abgewiesen werden.

Daher unsere Frage an Sie: Nach welchen Richtlinien und Kriterien wird die Vergabe von Landesjugendreferats-Projektförderungen vorgenommen?

**Präsident Walter Prior:** Bitte Herr Landeshauptmann-Stellvertreter.

**Landeshauptmann-Stellvertreter Mag. Franz Steindl (ÖVP):** Sehr geehrter Herr Präsident! Herr Jungabgeordneter! Die Förderung der Jugendorganisationen und der vielen Jugendprojekte ist genau festgelegt, im so genannten Burgenländischen Jugendförderungsgesetz und in den Förderungsrichtlinien.

Der Paragraph zwei und der Paragraph drei dieses Gesetzes regeln genau, wer Förderungen bekommen kann, den Gegenstand der Förderung und insbesondere auch die Fördervoraussetzungen.

Damit Sie einen Überblick bekommen über das Budget des Jugendreferates: Mir stehen für das Jahr 2007 insgesamt 586.000 Euro zur Verfügung. Davon muss ich 7,5 Prozent Kreditsperre abrechnen, das wird zurückbehalten. Also effektiv bleiben mir 542.600 Euro.

Davon gehen 92.500 Euro als Basisförderung an 19 Jugendorganisationen. Und da ist mir erstmals als Jugendreferent gelungen, dass wir diese Basisförderung merklich erhöhen können, nämlich von 65.000 Euro auf 100.000 Euro, das ist der Erfolg der vielen Jugendorganisationen. *(Beifall bei den Jugendabgeordneten)*

Die verbleibenden Mittel werden auch für Aktivitäten des Landesjugendreferates verwendet. Ich darf einige aufzählen:

Zum Beispiel das Jugendsingen, der Bandwettbewerb, das Europacamp, Fortbildungsveranstaltungen und Seminare, Redewettbewerbe. Streetworkerprojekte vor allem im Raum Oberwart, die ich gemeinsam mit dem Kollegen Rezar fördere. Außerdem der Jugendkongress, Sportler- und Musikerehrungen, Jugendkulturpreis, Jugendbeteiligungsprojekte in neun Gemeinden, die Alpha-Card mit 150 Partnerbetrieben, Jugendinformation, Zivildienstberatung und Bundesheerberatung.

Der Restbetrag, Sie haben Recht, ist ungefähr ein Betrag zwischen 150.000 und 200.000 Euro.

Nun, die Förderwerber sind sehr unterschiedlich. Es gibt Einzelpersonen, es gibt Organisation, Parteijugendorganisationen, parteiunabhängige Organisationen und hier gibt es sehr wohl einen Mechanismus, eine Kontrolle.

Nämlich, die zuständige Abteilung prüft alle Förderanträge und versucht einen Akt vorzubereiten, einen Regierungsakt und hier gibt es zwei Möglichkeiten:

Entweder ich bringe diese Förderungsansuchen in Form eines Sitzungsaktes in die Burgenländische Landesregierung ein und das Kollegialorgan mit den sieben Regierungsmitgliedern beschließt diesen Akt, oder es gibt auch die Möglichkeit eines Verfügungsaktes. In diesem Fall ist auch die Zustimmung des zuständigen Finanzreferenten, des Finanzlandesrates notwendig.

Transparenz ist insofern auch gegeben und völlige Transparenz, weil all diese Förderungen im jährlichen Jugendbericht veröffentlicht werden. Wer bekommt eine Förderung, die Höhe der Förderung.

Also das heißt, ich versuche als Jugendreferent möglichst breit zu streuen und ich versuche natürlich auch auf die vielen Förderansuchen einzugehen.

Aber Sie werden mir Recht geben, mit 150.000 Euro an jährlicher Förderung ist irgendwo eine Grenze erreicht und dort wo ich nicht fördern kann, versuche ich diese Projekte auch in das nächste Jahr mitzunehmen.

**Präsident Walter Prior:** Die erste Zusatzfrage? - Bitte Frau Abgeordnete Gabi Tremmel.

**Jugendabgeordnete Gabi Tremmel:** Ja, Herr Landeshauptmann-Stellvertreter! Wie können Sie in Zukunft dann dafür sorgen, dass jedes Ansuchen, egal aus welchem Lager es kommt, gleich, fair und objektiv behandelt wird, sodass in Zukunft alle AntragstellerInnen darüber informiert werden, aus welchen Gründen der Antrag positiv oder negativ behandelt wurde?

Die Vergangenheit hat uns gezeigt, dass das nicht immer der Fall war.

**Präsident Walter Prior:** Bitte Herr Landeshauptmann-Stellvertreter.

**Landeshauptmann-Stellvertreter Mag. Franz Steindl (ÖVP):** Ja, sehr geehrte Frau Jungabgeordnete! Wenn es hier einen ganz konkreten Fall gibt, dann bin ich gerne bereit, außerhalb des Jugendlandtages, mit Ihnen diesen Förderfall zu besprechen.

Denn ich lege Wert darauf, dass jeder Förderfall so behandelt wird, damit er fair und gerecht abgewickelt wird.

Natürlich gibt es aufgrund der Höhe, des mir zur Verfügung stehenden Budgets immer wieder Möglichkeiten viele Projekte zu fördern, andere Projekte hintanzustellen.

Ich versuche natürlich, wo es geht, Transparenz walten zu lassen. Es gibt auch eine Benachrichtigung seitens meiner Abteilung. Also alle Organisationen die angesucht haben, bekommen zumindest eine schriftliche Benachrichtigung, ob dieses Projekt gefördert wird oder nicht.

Zudem gibt es auch ein neues Jugendförderungsgesetz, dass ich bereits, als Regierungsmitglied, in das Gremium der Landesregierung eingebracht habe. Dieses neue Jugendförderungsgesetz ist mit allen vier, im Landtag vertretenen Parteien, paktiert und beinhaltet noch mehr Transparenz. Es werden alle Parteien im Jugendbeirat vertreten sein. Diese Förderungen werden auch im Jugendbeirat besprochen und - wie gesagt - dann im Jugendförderungsbericht veröffentlicht.

**Präsident Walter Prior:** Eine weitere Zusatzfrage? - Bitte Herr Abgeordneter Oliver Blaskovits.

**Jugendabgeordneter Oliver Blaskovits:** Werter Herr Landeshauptmann-Stellvertreter! Die Zusatzfrage wäre: Durch welche Regelung wird die Höhe der Projektförderungen festgelegt, da speziell die Höhe auch für uns, als antragstellende Organisationen, durchaus sehr oft unverständlich ist?

**Präsident Walter Prior:** Bitte Herr Landeshauptmann-Stellvertreter.

**Landeshauptmann-Stellvertreter Mag. Franz Steindl (ÖVP):** Sehr geehrter Herr Jungabgeordneter! Ich bemühe mich, selbstverständlich sehr viele Projekte zu fördern. Daher ist eine Förderhöhe von Haus aus limitiert. Es gibt natürlich keine Regelung wie hoch gefördert werden kann.

Wie gesagt, es gibt ein Jugendprojekt „Streetworker“ in Oberwart. Das wird natürlich besser gefördert. Es gibt dann andere Projekte, die in einer Höhe zwischen 300 und 2.000 Euro gefördert werden, je nach dem. Es gibt Basisförderungen. Ich habe mich bemüht, diese zu erhöhen. In Zukunft wird jeder Förderakt im Jugendbeirat genau mit den Jugendvertretern und mit dem im Landtag vertretenen Parteien besprochen und abgestimmt.

**Präsident Walter Prior:** Die dritte Anfrage ist vom Herrn Jugendabgeordneten Thomas Hoffmann an Herrn Landesrat Helmut Bieler gerichtet.

Ich bitte um Verlesung Ihrer Anfrage Herr Abgeordneter.

**Jugendabgeordneter Thomas Hoffmann:** Sehr geehrter Herr Landesrat! Wie sehen Sie, Herr Landesrat, nachdem Sie ja in Ihrem Ressort auch für Wissenschaft und Bildung, insbesondere für den Bereich Fachhochschulen zuständig sind, die Entwicklung in diesem Themenfeld, speziell im Burgenland?

**Präsident Walter Prior:** Bitte Herr Landesrat.

**Landesrat Helmut Bieler (SPÖ):** Herr Präsident! Hohes Haus! Sehr geehrter Herr Hoffmann! Mit der Einführung der Fachhochschulstudiengänge haben wir eine neue Qualität der Bildung im Burgenland bekommen. Erstmals eine universitäre Ausbildungsmöglichkeit für die jungen Menschen in diesem Lande. Das hat sich für die jungen Menschen und für die Wirtschaft positiv ausgewirkt. Ich denke, dass wir eine sehr dynamische Entwicklung hier im Burgenland bezüglich der Fachhochschulstudiengänge haben.

Wenn man bedenkt, dass es zu Beginn zwei Mitarbeiter und 80 Studierende gab und jetzt 100 Mitarbeiter, 300 externe Lektoren, 1.400 Studierende und 15 Studiengänge, dann kann man ermessen, wie dynamisch sich diese Entwicklung darstellt.

Wir haben in den Standorten Eisenstadt und Pinkafeld vier Schwerpunkte. In Eisenstadt Wirtschaft mit Schwerpunkt Mittel- und Osteuropa, Informationstechnologie und Management, in Pinkafeld Energie- und Umweltmanagement und Gesundheit in Kooperation mit dem Kurort Bad Tatzmannsdorf, wo sehr viele Synergieeffekte möglich sind.

Wir haben umgestellt auf die europäische Hochschularchitektur und bieten dreijährige "Bachelor" und darauf aufbauend zweijährige Masterstudiengänge an. Ebenfalls dem Zeitgeist entsprechend, berufsbegleitende Studiengänge, wo bereits 25 Prozent der Studierenden berufsbegleitend studieren können.

Wir haben drei wirklich hervorragende Schwerpunkte in der Europäischen Orientierung, viele Sprachen. Wir bieten zehn Fremdsprachen an, wir haben eine sehr praxisorientierte Ausbildung. Im Bereich der Forschung und Entwicklung gibt es sogar eine eigene Gesellschaft, wo wir Forschungsprojekte im Bereich der Forschungselemente FHplus abwickeln können.

Gerade da gibt es, denke ich, sehr innovative Projekte. In Pinkafeld wird gerade ein großes, fünf Jahre lang dauerndes FHplus-Projekt „Raumzustände und Gesundheitsförderung“ untersucht, wo auf das Raumklima und auf die Auswirkungen der in den Räumen lebenden Menschen eingegangen wird.

In Eisenstadt, Informationstechnologie, Wissen und Management, Überwinden von Barrieren, Realisieren von Synergien - was im Bereich der Wirtschaft sehr wichtig ist. Neu ist hier in Eisenstadt das Kompetenzzentrum für Weinbau, das hier ausgebaut wird.

Wir sind international sehr gut vernetzt. Wir haben 65 Hochschulpartner in ganz Europa, wo wir mit Universitäten und Hochschulen in 22 Ländern der EU und Mittelosteuropa kooperieren können. Wir nutzen die EU-Programme Sokrates, Leonardo und Cplus, um unsere Studierenden in Europa positionieren zu können. Jedes Jahr sind zirka 70 Studierende an den Partnerhochschulen in Europa. Ebenso viele kommen herein, um in Pinkafeld und in Eisenstadt zu studieren.

Was besonders entscheidend für die Ausbildung an den Fachhochschulen ist, ist die praxisorientierte Ausbildung. Hier sind jedes Jahr zirka 100 Studierende an Berufspraktika in ganz Europa unterwegs und können in sehr vielen internationalen Partnerunternehmen direkt in der Praxis lernen, wie sie ihr erworbenes Wissen an der Fachhochschule einsetzen können.

Um das noch einmal zu sagen, wir bieten zehn Fremdsprachen an, dazu gehört Englisch, Französisch, Italienisch, Spanisch, Ungarisch, Kroatisch, Polnisch, Rumänisch, Tschechisch und Russisch, eben wegen des Schwerpunktes Mittel- und Osteuropa. Wir haben Studienexkursionen in ganz Europa.

Ich denke, dass sich die Fachhochschulstudiengänge als regionale Hochschule sehr auf europäischem Niveau etabliert haben und ein Netzwerk für die Wirtschaft und für die Wissenschaft gebildet haben. *(Beifall bei den Jugendabgeordneten)*

**Präsident Walter Prior:** Die erste Zusatzfrage kommt vom Herrn Abgeordneten Bernd Weiss.

Bitte Herr Abgeordneter.

**Jugendabgeordneter Bernd Weiss:** Sehr geehrter Herr Landesrat! Welche Argumente haben Sie, Burgenländerinnen und Burgenländer dazu zu bewegen, ausgerechnet eine burgenländische Fachhochschule zu besuchen?

**Präsident Walter Prior:** Bitte Herr Landesrat.

**Landesrat Helmut Bieler (SPÖ):** Ich denke die Erfolge, die wir im internationalen Bereich haben, der gute Ruf, das sind schon zwei sehr gute Argumente, um hier im Burgenland zu studieren.

Wir haben zwei modern ausgestattete Studienzentren in Eisenstadt und in Pinkafeld, die wirklich auf modernstem Niveau sind und wo die Studierenden uns ein sehr gutes Feedback gegeben haben. Vor allem möchte ich aber auch darauf hinweisen, dass wir im Burgenland keine Studiengebühren einheben, weil wir überzeugt sind, dass wir Studierende nicht belasten sollten und weil ich auch glaube, dass es im sozialen Bereich eine wichtige Maßnahme ist.

Das heißt, wir werden auch in Zukunft keine Studiengebühren einsetzen. Wir haben auch Initiativen gesetzt, dass die Studiengebühren österreichweit abgeschafft werden sollten, weil wir diese Studiengebühren aus Überzeugung ablehnen. *(Beifall bei den Jugendabgeordneten)*

**Präsident Walter Prior:** Eine weitere Zusatzfrage? - Bitte Frau Abgeordnete Julia Tinhof.

**Jugendabgeordnete Julia Tinhof:** Sehr geehrter Herr Landesrat Bieler! Können Sie in Ihrem Zuständigkeitsbereich für Fachhochschulen auf aktuelle gesellschaftspolitische Entwicklungen reagieren?

**Präsident Walter Prior:** Bitte Herr Landesrat.

**Landesrat Helmut Bieler (SPÖ):** Ich habe schon vorhin darauf hingewiesen, dass wir bereits 15 Fachhochschulstudiengänge in den unterschiedlichsten Bereichen haben und so in der Lage sind, auf die aktuellen Veränderungen reagieren zu können.

Eine thematische Herausforderung der Zukunft ist zum Beispiel Energie. Daher haben wir seit dem Vorjahr den Studienlehrgang „Nachhaltige Energiesysteme“ eingeführt, um - wie es dem Ziel des Burgenlandes entspricht, energieautark zu werden - in unserem Bereich bis 2013 auch die notwendigen Fachleute ausbilden zu können.

Das ist ein Schritt, den wir aktuell setzen konnten. Bildungspolitische Aspekte, Sie kennen alle den Begriff des lebenslangen Lernens. Daher - ich habe es vorhin schon erwähnt - ist es entscheidend, berufsbegleitende Lehrgänge anbieten zu können. Wir haben bereits 25 Prozent unserer Studierenden, die berufsbegleitend am Abend in unseren Studienzentren studieren.

Auch eine gesellschaftspolitische Dimension, auf die wir eine Antwort geben können, nämlich, wir haben auf die europäische Hochschularchitektur umgestellt und haben jetzt anerkannte akademische Abschlüsse, Bachelor und Master, mit denen es den jungen Menschen möglich ist, in ganz Europa zu studieren, in ganz Europa Arbeitsplätze zu bekommen und dadurch mobil zu sein, überall in der Welt herum zu kommen.

**Präsident Walter Prior:** Die vierte Anfrage ist vom Herrn Jugendabgeordneten Friedrich Heider an Frau Landesrätin Mag. Michaela Resetar gerichtet.

Ich bitte um Verlesung Ihrer Anfrage Herr Abgeordneter. Bitteschön.

**Jugendabgeordneter Friedrich Heider:** Sehr geehrte Frau Landesrätin! Auf Grund der positiv lebhaften Erfahrung im Bereich der Verkehrssicherheit leistet der Discobus in den letzten Jahren für Jugendliche seinen Dienst.

Da die Jugend dieses Angebot gerne nützt, stellt sich hier die Frage, ob Sie sich vorstellen können, dieses Projekt ausreichend zu fördern?

**Präsident Walter Prior:** Bitte Frau Landesrätin.

**Landesrätin Mag. Michaela Resetar (ÖVP):** Sehr geehrter Herr Präsident! Werter Herr Jugendabgeordneter! Hohes Haus! Verkehrssicherheit ist ein permanentes Thema. Als zuständige Landesrätin für Verkehrssicherheit, liegt mir natürlich sehr am Herzen, dass Trauer und Leid auf unseren Straßen verhindert werden. Jeder Verkehrstote auf unseren Straßen, sage ich immer wieder, ist ein Verkehrstoter zu viel.

Aber die Statistik zeigt uns, leider Gottes, dass wir eine Anzahl an Verkehrstoten jedes Jahr zu verzeichnen haben. Daher ist es mein Ziel, diese Zahl so niedrig wie möglich zu halten.

Im Jahr 2006 hatten wir mit 21 Verkehrstoten das beste Ergebnis seit 40 Jahren. Auch bei den Unfällen und Verletzten gab es einen Rückgang, bei den Unfällen um neun Prozent, bei der Anzahl der Verletzten um elf Prozent. Bei der Anzahl der Verkehrstoten gab es einen Rückgang um 15 Prozent, das sind rund 41 Prozent.

Erfreulich ist auch, dass gegenüber dem Vorjahr die Anzahl der Unfälle, bei denen ein Unfallbeteiligter alkoholisiert war, um acht Prozent zurückgegangen ist. Ich danke daher allen, die zu dieser Situation, nämlich weniger Verkehrstote, weniger Verletzte auf den Straßen, beigetragen habe. *(Beifall bei den Jugendabgeordneten)*

Die Verkehrsunfälle sind nach wie vor im Abstand die häufigsten Todesursachen unter den 15- bis 24-Jährigen. Der Anteil der Unfälle mit Personenschäden an Samstagen, liegt im Burgenland im Ortsgebiet bei 18 Prozent und im Freiland bei 22 Prozent. Jugendliche verunglücken häufig am Wochenende, im Freizeitverkehr. Im Burgenland ereignen sich viele Unfälle zwischen Mitternacht und sechs Uhr in der Früh.

Dem gilt es entgegen zu wirken. In meinem Verkehrssicherheitsprogramm „Fair und Sicher“ wurden deshalb 21 Schwerpunkte mit 84 Maßnahmen gesetzt, zur nachhaltigen Erhöhung der Verkehrssicherheit. Ein wichtiger Schwerpunkt ist mir die Verkehrssicherheit der Jugendlichen.

Daher unterstütze ich selbstverständlich alle Aktionen, um die Jugendlichen davor zu bewahren, dass sie in einen Unfall involviert sind.

Aktionen wie der Discobus oder das Jugendtaxi, tragen neben den Kontrollen, zur Bewusstseinsbildung, für mehr Verkehrssicherheit bei.

Die Angebote des Discobus und das von der Wirtschaftskammer und dem Jugendreferenten Landeshauptmann-Stellvertreter Steindl initiierte Jugendtaxi, das vor allem für die Streusiedlungen im Südburgenland wichtig ist, werden von mir im Rahmen meiner Zuständigkeit und der rechtlichen und finanziellen Möglichkeiten, als Maßnahme zur Steigerung der Verkehrssicherheit begrüßt. *(Beifall bei den Jugendabgeordneten)*

**Präsident Walter Prior:** Die erste Zusatzfrage kommt von Herrn Abgeordneten Oliver Krumpeck.

Bitte Herr Abgeordneter.

**Jugendabgeordneter Oliver Krumpeck:** Frau Landesrätin! Gibt es Studien, die den Rückgang des Abendwochenendverkehrs durch den Discobus belegen?

**Präsident Walter Prior:** Bitte Frau Landesrätin.

**Landesrätin Mag. Michaela Resetar (ÖVP):** Es gibt verschiedene Studien, allgemeine Studien gibt es natürlich. Ich versuche im Rahmen der Aktion „Fair und Sicher“ sämtliche Maßnahmen zu setzen, um die Verkehrssicherheit zu erhöhen. Ich habe erst kürzlich auch eine Pressekonferenz abgehalten, wo wir versuchen, verschiedene Maßnahmen zu setzen, unter anderem, auf Personengruppen einzuwirken, auf Motorradfahrer, und da sind auch zum Teil die Jugendlichen betroffen, wo wir versuchen, die Verkehrssicherheit dort zu erhöhen.

Von dieser Studie, die Sie im Konkreten angesprochen haben, weiß ich keine Zahlen. Ich weiß nicht, ob das beim Jugendreferat aufliegt, aber es gibt verschiedene Studien, die natürlich gemeinsam mit dem Kuratorium für Verkehrssicherheit gemacht werden. Zum Beispiel gibt es eine Studie, die zwar nicht die Jugendlichen, aber die Kinder betrifft. Es geht dabei um die Möglichkeit des Angurtens und vor allem welche Auswirkung das auf einen Verkehrsunfall hätte.

Die größte Verkehrssicherheitsaktion des Landes ist „Fair und Sicher“. Wir versuchen selbstverständlich das mit verschiedenen Studien zu belegen, um hier die Verkehrssicherheit zu erhöhen.

**Präsident Walter Prior:** Eine weitere Zusatzfrage? - Bitte Herr Abgeordnete Christoph Schmidt.

**Jugendabgeordneter Christoph Schmidt:** Sehr geehrte Frau Landesrätin! Wie Sie schon gesagt haben, gerade am Wochenende passieren viele Unfälle. Eine sichere Heimfahrt der Jugendlichen muss also ein Anliegen der Politik sein. Gibt es hier für Jugendliche Alternativen zum Discobus?

**Präsident Walter Prior:** Bitte Frau Landesrätin.

**Landesrätin Mag. Michaela Resetar (ÖVP):** Sehr geehrter Herr Präsident! Werter Herr Jugendabgeordneter! Es gibt natürlich verschiedene Möglichkeiten, vor allem im Rahmen der Aktion „Fair und Sicher“, auf die Jugendlichen einzuwirken. Wir haben hier sehr viele bewusstseinsbildende Maßnahmen, und das versuche ich immer wieder durchzuziehen, von den ganz kleinen Kindern schon im Kindergartenalter bis zu den Erwachsenen.

Selbstverständlich gibt es zu dem Discobus noch die Möglichkeit des Jugendtaxi. Dieses Projekt finde ich deshalb in manchen Regionen sehr sinnvoll, vor allem auch im Südburgenland, wo Streusiedlungen vorhanden sind und wo wir die Möglichkeit haben, ergänzend zum Discobus auch andere Alternativen zu schaffen, damit die Verkehrssicherheit erhöht wird.

Die Fünf-Euro-Schecks für das Jugendtaxi der Wirtschaftskammer, die die Jugendlichen über die Gemeinden beziehen können, sind ein zusätzliches Angebot, die Unfallrate unserer Jugend am Wochenende zu senken. Das Geld ist sicher und gut angelegt.

Ich bitte Sie, sehr geehrte Jugendabgeordnete, von den flexiblen individuellen Möglichkeiten Gebrauch zu machen. Auf der einen Seite gibt es den Discobus, auf der anderen Seite auch die Möglichkeit, ein Jugendtaxi in Anspruch zu nehmen. Denn mir geht es darum, die Verkehrssicherheit zu erhöhen, bewusstseinsbildende Maßnahmen zu setzen, um damit auch Leid und Trauer zu verhindern.

**Präsident Walter Prior:** Die fünfte Anfrage ist vom Herrn Jugendabgeordneten Mag. Martin Schmid an Herrn Landesrat Dr. Peter Rezar gerichtet.

Ich bitte um Verlesung Ihrer Anfrage Herr Abgeordneter.

**Jugendabgeordneter Mag. Martin Schmid:** Sehr geehrter Herr Landesrat! Wie wurden die Ziel 1-Mittel für die Arbeitnehmerförderung eingesetzt und was hätte die Landesregierung - im Nachhinein betrachtet - dabei besser machen können?

**Präsident Walter Prior:** Bitte Herr Landesrat.

**Landesrat Dr. Peter Rezar (SPÖ):** Herr Präsident! Hohes Haus! Sehr geehrter Herr Abgeordneter!

Im Haushalt des Burgenländischen Landtages gibt es im Grunde genommen zwei Förderkulissen im Hinblick auf Qualifikationsmaßnahmen. Wir haben im Bereich des ordentlichen Haushaltes die sogenannte „Arbeitnehmerförderung“, die sich speziell für junge Menschen in der Lehrlingsförderung niederschlägt.

Im Jahr 2006 wurden insgesamt 2,6 Millionen Euro an Arbeitnehmerförderung ausbezahlt. Der Gesamtbeitrag setzt sich - wie gesagt - aus dem Qualifikationszuschuss,

dem Fahrtkostenzuschuss und der Förderung von burgenländischen Lehrlingen zusammen.

An die burgenländischen Lehrlinge wurden exakt 1,583.251 Euro ausbezahlt, und zwar als Lehrlingsförderung für Jugendliche aus sozial schwachen Familien und in Form des Wohnkostenbeitrages für junge Menschen, die an ihrem Arbeitsort eine entsprechende Unterkunft benötigen.

Anmerken möchte ich, dass wir natürlich weit größere Teile an Fördermöglichkeiten im Bereich der Qualifikationsförderung des außerordentlichen Landesbudgets vorfinden. Hier bietet insbesondere der Europäische Sozialfonds breite Fördermöglichkeiten.

Ich darf auch anmerken, dass wir speziell in der zweiten sogenannten Ziel 1-Förderung einen großen Schwerpunkt auf Humanressourcen gelegt haben, weil wir verstärkt erkannt haben, dass die permanente Qualifizierung der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer und natürlich auch die Ausbildung von jungen Menschen ganz entscheidende Bedeutung hat.

Wir haben in diesem Kernbereich der zweiten Ziel 1-Förderperiode insgesamt etwas mehr als 115 Millionen Euro für Qualifikationsmaßnahmen zur Verfügung gehabt und haben diese sowohl am Arbeits- als auch am Lehrstellenmarkt entscheidend eingesetzt. Die Maßnahmen, die das Land Burgenland in diesem Bereich gefördert hat, haben sich sowohl auf den Arbeitsmarkt generell, aber auch auf den Arbeitsmarkt für Jugendliche sehr nachhaltig niedergeschlagen.

Leider Gottes haben wir speziell im Burgenland in den letzten Jahren und Jahrzehnten einen ständigen Rückgang von Lehrausbildungsmaßnahmen seitens der Wirtschaft feststellen müssen. Wir hatten noch vor etwa drei Jahrzehnten rund 1.900 Ausbildungsplätze für Lehrlinge, die seitens der burgenländischen Wirtschaft zur Verfügung gestellt worden sind. In der jüngeren Vergangenheit gab es hier zum Teil dramatische Rückgänge, sodass das Land Burgenland auch seiner Verantwortung gerecht worden ist, insbesondere im Lehrlingsausbildungssektor aktiv zu werden.

Wir bilden als Land Burgenland, und wir sind der größte Lehrlingsausbildner, mittlerweile rund 130 Lehrlinge aus. Besonders erfreulich ist, dass wir auch in landesnahen Betrieben des Burgenlandes verstärkt Lehrlinge ausbilden.

Ein ganz besonders positives Beispiel, etwa aus dem Bereich der Energiewirtschaft: Die BEWAG, das burgenländische Elektrizitätsunternehmen, hat in den letzten Jahren begonnen, verstärkt Lehrlinge auszubilden. Im Geschäftsjahr 2006/2007 werden hier rund 50 burgenländische Lehrlinge ausgebildet.

Aber auch in anderen landesnahen Betrieben, wenn ich etwa an die Kurbad Tatzmannsdorf AG, um nur ein Beispiel hier herauszugreifen, denke, werden jährlich eine Vielzahl von Lehrlingen ausgebildet, was sehr zur Belebung des Lehrstellenmarktes beigetragen hat. *(Beifall bei den Jugendabgeordneten)*

**Präsident Walter Prior:** Die erste Zusatzfrage? - Bitte Frau Abgeordnete Hanna Grabenhofer.

**Jugendabgeordnete Hanna Grabenhofer:** Sehr geehrter Herr Landesrat Rezar! Sie haben gerade erklärt, wie Sie auf den Arbeitsmarkt in der Vergangenheit eingewirkt haben. Nun sieht es aber so aus, dass die Jugendarbeitslosigkeit im Burgenland immer noch eine der höchsten ist. Was gedenken Sie in Zukunft dagegen zu unternehmen?

**Präsident Walter Prior:** Bitte Herr Landesrat.

**Landesrat Dr. Peter Rezar (SPÖ):** Sehr geehrte Frau Abgeordnete!

Wir haben, konfrontiert mit den Zahlen, mit den relativ hohen Zahlen im Bereich der Jugendarbeitslosigkeit, vor allen Dingen auch die Förderkulisse des Europäischen Sozialfonds bemüht, um junge Menschen verstärkt in Beschäftigung zu bringen.

Wir haben beispielsweise mit dem Arbeitsmarktservice Burgenland, mit den verschiedensten Bildungs- und Ausbildungsorganisationen des Burgenlandes, hier verstärkt Maßnahmen gesetzt. Etwa im Bereich des Jugendausbildungssicherungsgesetzes, wo wir zurzeit wieder bereits in der neunten Maßnahme 250 Jugendliche ausbilden. Das dient als erstes Auffangnetz im ersten Lehrjahr ersetzend.

Wir haben - und darauf bin ich besonders stolz - neben der Lehrwerkstätte in Großpetersdorf, mit Beginn dieses Jahres zwei weitere Lehrwerkstätten in Betrieb genommen, im Schulungszentrum in Neutal und auch in Eisenstadt.

Es gibt spezielle Ausbildungsprojekte, wie etwa das Projekt „Hans und Hänschen“, in welchem 12 Jugendliche im Hoch- und Tiefbau ausgebildet werden. Im Bereich „Jobtimismus“ haben wir in der Vergangenheit 220 jungen BurgenländerInnen eine echte Zukunftschance in Form von Facharbeiterintensivausbildungen geboten und wir haben flächendeckende Vermittlungshilfe für Jugendliche: Gesunde Küche, Praxisbüros und viele ähnliche Maßnahmen, die insgesamt zu einer erfolgreichen Jugendbeschäftigung geführt haben. *(Beifall bei den Jugendabgeordneten)*

**Präsident Walter Prior:** Eine weitere Zusatzfrage? - Bitte Herr Abgeordneter Heissenberger.

**Jugendabgeordneter Martin Heissenberger:** Sehr geehrter Herr Landesrat!

Was macht die Politik im Burgenland für die Facharbeiterausbildung von Jugendlichen?

**Präsident Walter Prior:** Bitte Herr Landesrat.

**Landesrat Dr. Peter Rezar (SPÖ):** Sehr geehrter Herr Abgeordneter! Ich habe gerade eine Reihe von Projekten im Bereich der Facharbeiterausbildung genannt. Das Projekt „Jobtimismus“, das wir flächendeckend seit zwei Jahren im Burgenland führen, dient insbesondere der verstärkten Facharbeiterausbildung in sehr, sehr vielen Bereichen. Beispielsweise im Metallbereich, im Elektrobereich, wo wir in Form von Facharbeiterintensivausbildungen unsere Jugendlichen für die Berufschancen fit machen.

Es gibt aber auch eine Reihe von anderen Facharbeiterausbildungen, zum Beispiel machen wir in Oberwart eine Ausbildungsmaßnahme im Küchenbereich. Hier werden Jugendliche ausgebildet, die in Kombination mit der Wirtschaft dann eigentlich nach der Ausbildung bereits eine fixe Jobzusage haben. Sehr, sehr wichtige neue Ausbildungsschienen.

Das Projekt „Hans und Hänschen“, das ich angesprochen habe, ist deswegen ein so gutes Projekt, weil wir damit nicht nur junge Menschen für das Bau- und Baunebengewerbe ausbilden, sondern weil wir auch älteren Arbeitnehmern hier die Möglichkeit geben, in diesem Bereich ihre Erfahrung an die Auszubildenden weiter zu geben.

Ich habe Ihnen auch die Lehrlingsausbildungsmaßnahmen des Landes gerade vor Augen geführt mit rund 130 Lehrplätzen, die das Land Burgenland selbst geschaffen hat.

**Präsident Walter Prior:** Die sechste Anfrage ist vom Herrn Jugendabgeordneten Harald Stefanits an Herrn Landesrat Dipl.-Ing. Nikolaus Berlakovich gerichtet.

Ich bitte um Verlesung Ihrer Anfrage Herr Abgeordneter.

**Jugendabgeordneter Harald Stefanits:** Sehr geehrter Herr Landesrat! Oft entsteht der Eindruck, dass Maßnahmen im Bereich des Natur- und Umweltschutzes „5 vor 12“, also wenn es schon fast zu spät ist, gesetzt werden. Welche Projekte gibt es im Burgenland im Bereich des Natur- und Umweltschutzes?

**Präsident Walter Prior:** Bitte Herr Landesrat.

**Landesrat Dipl.Ing. Nikolaus Berlakovich (ÖVP):** Sehr geehrter Herr Abgeordneter! Hohes Haus! Der Natur- und Umweltschutz genießt im Burgenland einen sehr hohen Stellenwert, wie das eigentlich auch für Österreich insgesamt gilt. Viele Dinge passieren oder sind geschehen in Österreich im Bereich des Umweltschutzes, die vielleicht für den Bürger heute selbstverständlich sind.

Wenn Sie als Beispiel die Abfallentsorgung hernehmen, die in Österreich, aber vor allem im Burgenland flächendeckend passiert. Vor wenigen Tagen hat es Berichte aus Neapel und dem süditalienischen Raum gegeben, wo die Städte in Müllbergen ersticken. Das heißt Dinge, die für uns irgendwie selbstverständlich sind, passieren anderswo überhaupt nicht.

So mag vielleicht der Eindruck entstehen für Menschen, die sich für diesen Bereich überhaupt nicht interessieren, die sozusagen nicht über den Tellerrand schauen und eigentlich das wertschätzen, was im eigenen Land im Natur- und Umweltschutz passiert.

Nicht einmal in Europa passieren derartige Dinge und geschweige denn in Übersee. Wenn Sie zum Beispiel an China denken, die massive Probleme haben, weil dort der Natur- und Umweltschutz praktisch keinen Stellenwert besitzt.

Zur Frage der Prävention. Das Burgenland ist im Bereich des Natur- und Umweltschutzes zweifellos Vorreiter. Das heißt, wir machen diese Maßnahmen. Wenn wir im Bereich des Natur- und Umweltschutzes etwas reparieren wollen oder müssen, ist das sehr schwer.

Das heißt, im Sinne einer Prävention oder Vorbeugung dienen alle diese Maßnahmen schon per se zur Erhaltung der natürlichen Lebensgrundlagen, ebenso wie letztendlich Boden, Luft, Wasser, Flora, Fauna und Landschaft. Darauf zielen unsere Aktivitäten ab, sodass letztlich im Großen und Ganzen alle Natur- und Umweltschutzmaßnahmen präventiv, also vorbeugend wirken.

Ich darf Ihnen berichten, dass wir im Burgenland in etwa über ein Drittel unserer Landesfläche in irgendeiner Form unter Naturschutz gestellt haben. Wir haben in etwa 25 Naturschutzgebieten, 15 Natura 2000-Gebiete, einen international anerkannten Nationalpark, mittlerweile sechs Naturparks, geschützte Lebensräume und, und, und. Es gibt mehrere Varianten, je nach Schutzstatus.

Darüber hinaus haben wir 15 Natura 2000-Gebiete, die machen in etwa 27 Prozent der Landesfläche aus, das ist in Österreich einzigartig. Das bedeutet natürlich auch für den Bürger Anstrengungen.

Aber der Natur- und Umweltschutz ist viel umfassender zu sehen. Ein Beispiel: Neben dem Flächenschutz, ist massiv der Agrarbereich involviert. Wir haben durch das ÖPUL, also durch das Österreichische Programm für eine umweltgerechte Landwirtschaft erreicht, dass wir dort zusätzliche Finanzierungsquellen bekommen. Wir haben dort von etwa 30 kofinanzierten Projekten auf über 110 derartige Projekte steigern können, die darauf abzielen, in etwa 13.000 Hektar in irgendeiner Form derartig zu bewirtschaften.

In der biologischen Landwirtschaft haben wir einen Spitzenwert im Burgenland mit in etwa 16 Prozent. Im Vergleich dazu, die Europäische Union im Schnitt 3,5 Prozent. Aber zu diesem großen Bereich des Umweltschutzes gehört zweifellos mehr, nämlich im Rahmen eben meiner Zuständigkeit, der gesamte Bereich der Wasserwirtschaft.

Wir haben vor kurzem den Weltwassertag gehabt, wo ein zentrales Anliegen ist - wir sind hier in Österreich in einer glücklicheren Lage - Wasserversorgung zu sichern, Grundwasserreserven und Trinkwasserreserven vor allem zu sichern, wir investieren hier sehr viel.

Darüber hinaus haben wir aber auch eine ordnungsgemäße Abwasserentsorgung, also Kanalisation. Da haben wir einen Spitzenwert. In etwa 98 Prozent der Haushalte im Burgenland sind an ein öffentliches Kanalisationssystem angeschlossen. Ein paar Einzelgebäude haben lokale Entsorgungen.

Die Qualität des gereinigten Wassers, nämlich des geklärten Wassers, hat einen Spitzenwert in ganz Österreich. Es gibt hier eine gute Zusammenarbeit mit den Gemeinden. Bereich Hochwasserschutz: Wir haben in den letzten zehn Jahren in etwa 100 Millionen Euro in dezentrale Hochwasserschutzanlagen investiert, die verhindern sollen, dass eine Kontamination im Grundwasser erfolgt. Reinhaltung der Flüsse: Wir haben in einer großen Kraftanstrengung erreicht, dass die burgenländischen Flüsse einen Status von 2 bis 3 beziehungsweise 3 haben in der Reinhaltung. Status 1 ist schwierig im pannonischen Klimagebiet zu erreichen - geringe Niederschläge, hohe Temperaturen, Verkeimung und so weiter.

Naturnaher Wasserbau: Wir schaffen Retentionsräume, also Überflutungsräume. Dann kommt auch der Bereich der Abfallwirtschaft dazu. Die Burgenländer entsorgen den Abfall so, dass getrennt gesammelt wird, also Altglas, Altpapier und, und, und. Hinter Vorarlberg sind wir an der zweiten Stelle in diesem Bereich.

Und darüber hinaus muss natürlich auch die Kommissierung erwähnt werden, wo wir im Zuge der ländlichen Neuordnung Landschaft gestalten, also nicht nur Agrarflächen strukturieren, sondern auch Biotopschutzsysteme, Ökoverbundsysteme, Windschutzgürtel, um auch Bodenschutz zu betreiben.

Und hier nur ein paar vielleicht plakative Projekte hervorgehoben, die das veranschaulichen sollen, wie gesagt, es gibt eine Unzahl derartiger Projekte. Wir haben sämtliche Feuchtgebiete im Burgenland digitalisiert und inventarisiert, sodass Gemeinden, wenn sie Maßnahmen setzen, darauf zurückgreifen können. *(Beifall bei den Jugendabgeordneten)*

**Präsident Walter Prior** *(das Glockenzeichen gebend)*: Danke schön Herr Landesrat.

Die erste Zusatzfrage? - Frau Abgeordnete Christine Kotschar bitte.

**Jugendabgeordnete Cristine Kotschar**: Sehr geehrter Herr Landesrat! Warum scheint im Budget Ihres Ressorts ein Ungleichgewicht zu Gunsten des Sektors Agrar gegenüber dem Natur- und Umweltschutzes auf?

**Präsident Walter Prior**: Bitte Herr Landesrat.

**Landesrat Dipl.Ing. Nikolaus Berlakovich** (ÖVP): Sehr geehrte Frau Abgeordnete! Hohes Haus! Die Budgetierung des Landesbudgets ist ja nicht eine Frage des zu Gunsten oder zu Ungunsten, des Gleichgewichts oder des Ungleichgewichts, sondern der Notwendigkeit.

Die Notwendigkeit manifestiert sich darin, dass die ressortzuständigen Regierungsmitglieder, gilt für alle Bereiche der Ressortzuständigkeit, sagen, wie viel Geld sie für die einzelnen Ressortzuständigkeiten brauchen. Das Budget wird dann in gemeinsamen Verhandlungen erstellt. Es hätte keinen Sinn, für egal welche Zuständigkeitsbereiche, Riesensummen von Geld zu budgetieren, wenn dazu nicht die Notwendigkeit besteht. Das sei grundsätzlich gesagt.

Also es wird ja nicht zu Ungunsten oder zu Ungleichgewichten budgetiert.

Der zweite Punkt ist, ich meine, dass es keinen Sinn hat, dass man hier versucht - war wahrscheinlich nicht Ihre Intention -, hier Sektoren gegenüber auszuspielen, weil es damit irgendwie mitschwingt, und das sei mir als Agrarlandesrat, der auch für Natur- und Umweltschutz zuständig ist, schon erwähnt, dass sozusagen die Bauern kriegen zu viel Geld und warum bleibt für Natur- und Umweltschutz nichts übrig?

Das wäre eine Polemik, die nicht fair wäre, weil wir nicht vergessen dürfen, dass der Agrarsektor, der gesamte Agrarsektor, der zentrale ist, der in der Natur, mit der Natur und von der Natur wirtschaftet, das heißt, der auch ein massives Interesse hat, dass Natur- und Umweltschutz erhalten bleibt.

Wir haben, wenn Sie zum Beispiel in der aktuellen Klimadebatte ja sehen, Brasilien, wie dort die Agrarwirtschaft wirtschaftet, Urwald anzünden, wenn der Boden ausgelaugt ist, geht man zum nächsten Stück. Wir haben hier nie so gewirtschaftet bei uns. Das heißt, immer im Einklang und im Sinne der Nachhaltigkeit wird das gemacht und darüber hinaus gibt es Verzahnungen.

Ich habe das ÖPUL vorhin erwähnt, das Umweltprogramm. Wir haben eine Vervierfachung unseres Naturschutzbudgets durch die Hereinnahme des Agrarumweltprogrammes erreicht, indem die Bauern - Biobauern, konventionell - ökologisch wirtschaften, weniger ernten zum Wohle der Natur. Und ein Punkt für das Wasser, weil vorhin die Rede davon war, wir wenden ein Fünftel des Stickstoffes an, als es zum Beispiel die Holländer in der Landwirtschaft tun. Grundwasser-, Trinkwasserschutz!

**Präsident Walter Prior** (*das Glockenzeichen gebend*): Danke Herr Landesrat.

Eine weitere Zusatzfrage? - Bitte Herr Jugendabgeordneter Jörg Kocsis.

**Jugendabgeordneter Jörg Kocsis**: Sehr geehrter Herr Landesrat! Das Burgenland nimmt im Bereich der Bioenergie eine Vorreiterrolle ein.

Was konnte bis jetzt im Sinne der Bioenergie und daraus folgend auch für den Klimaschutz getan werden?

**Präsident Walter Prior**: Bitte Herr Landesrat.

**Landesrat Dipl.Ing. Nikolaus Berlakovich** (ÖVP): Sehr geehrter Herr Abgeordneter! Bevor die Glocke wieder läutet, darf ich Sie einladen, wenn Sie als Jugendorganisationen Interesse haben, derartige Natur- und Umweltschutzprojekte kennen zu lernen, sind Sie herzlich eingeladen, dass wir derartige Exkursionen machen und das besichtigen, um sich ein Bild auch davon zu machen. Es ist ja nicht Verdienst allein der Landespolitik, sondern vieler, vieler Freiwilliger, aber auch diverser Organisationen, die hier vorbildliche Projekte leisten.

Wenn Interesse besteht, bitte melden Sie sich bei mir. Wir können gerne so etwas organisieren.

Bioenergie: Auch das ist ein Bereich, der dort in den Agrarsektor hineinspielt, in den Natur- und Umweltschutz. Wir haben im Burgenland vor 17 Jahren diesen Weg begonnen, als das erste Biomasseheizwerk in Unterkohlstätten errichtet wurde. Entsorgung, Überschutzholz, Borkenkäfer sekundär, Schwächung der Wälder, also ein ökologisches Problem und Frage der Verwertung des Holzes. Damals ist das noch wie als Marotte der Agrarier belächelt worden.

Heute stehen alle dazu, und das begrüße ich auch, weil wir im Land sagen, wir wollen 100 Prozent der Energieversorgung aus erneuerbaren Energieträgern abdecken.

Nicht nur beim Strom, sondern auch bei den Treibstoffen und bei der Wärme. Mir ist klar, dass das nicht von heute auf morgen geht, mittel- und langfristig. Aber entscheidend ist, dass wir den Weg weitergehen.

Wir haben hier im Burgenland sehr viel erreicht, das ist ja, wie gesagt, nicht nur der Agrarbereich, sondern es ist ein gesamtgesellschaftliches Anliegen. Nämlich wir haben 48 Biomassenahwärmeeinrichtungen, drei Kraftwärmekopplungsanlagen, acht Biogasanlagen, mit den Windrändern, die über 200 Stück da sind, und es gibt auch ein paar Kleinwasserkraftwerke, die auch erneuerbar machen.

Damit sparen wir im Land allein umweltschädliche 700.000 Tonnen CO<sub>2</sub>. Das ist für ein kleines Bundesland sehr viel. Wir ersetzen in etwa 84 Millionen Liter Heizöl und lassen die Wertschöpfung im Land, nämlich das Geld geht nicht irgendwohin in andere Staaten, weil Energie eingekauft wird, sondern in etwa 65 Millionen Euro bleiben hier als Wertschöpfung in der Region, Arbeitsplätze, und, und, und.

Diesen Weg wollen wir weitergehen, weil er der Richtige ist. Die Europäische Union hat sich ja im Rahmen der Klimaschutzstrategie dazu verpflichtet und wir wollen das auch unterstützen. *(Beifall bei den Jugendabgeordneten)*

**Präsident Walter Prior** *(das Glockenzeichen gebend)*: Danke Herr Landesrat.

Die siebente und letzte Anfrage ist von der Frau Jugendabgeordneten Luzia Janoch an Frau Landesrätin Verena Dunst gerichtet.

Ich bitte daher Frau Jugendabgeordnete Luzia Janoch um Verlesung ihrer Anfrage.

Bitte Frau Abgeordnete.

**Jugendabgeordnete Luzia Janoch**: Sehr geehrte Frau Landesrätin! Die Jobaussichten für Frauen im Burgenland sind trotz immer besserer Ausbildung bedenklich. Juristisch gesehen sind Männer und Frauen gleichgestellt. Die Realität sieht jedoch anders aus. Frauen verdienen noch immer für gleichwertige Arbeit weniger, finden sich weniger in Führungspositionen - sofern überhaupt qualifizierte Jobs für Frauen verfügbar sind. Speziell im Südburgenland ist die Situation für junge Frauen prekär.

Sehr geehrte Frau Landesrätin! Was wird getan, um dieser Ungleichbehandlung entgegenzuwirken?

**Präsident Walter Prior**: Bitte Frau Landesrätin.

**Landesrätin Verena Dunst** (SPÖ): Herr Präsident! Hoher Jugendlandtag! Werte Frau Jugendabgeordnete! Herzlichen Dank für Ihre Anfrage, weil es damit auch mir möglich ist, hier über Frauen- und Mädchenarbeit zu sprechen.

Sie haben Recht mit Ihrer Analyse. Fakt ist es, dass es bisher zwar in vielen Schritten gelungen ist, die Situation für Frauen und Mädchen im Burgenland - Sie haben auch speziell das Südburgenland angesprochen - zu verbessern.

Fakt ist es aber auch, dass hier noch eine große Ungleichheit und Ungleichbehandlung vorhanden ist. Daher ist natürlich für mich als zuständige Frauen- und Mädchenlandesrätin natürlich immer wieder die Überlegung, Maßnahmen zur Verbesserung der Chancengleichheit für Frauen und Mädchen im Burgenland umzusetzen, zu evaluieren, voranzutreiben, zu forcieren.

Das bedeutet, dass mit mir das Frauenbüro des Landes und mit vielen Akteurinnen des Burgenlandes intensiv zum Thema Chancengleichheit im Burgenland gearbeitet wurde. Hier haben wir Leitrichtlinien, hier haben wir Vorschläge, hier haben wir Maßnahmen umgesetzt, und es kam zum folgenden Ergebnis:

Drei wesentliche Ziele, die wir hier zu verfolgen haben, damit sich diese Ungleichheit ändert. Das Erste ist einmal die Schaffung und Erhaltung Existenz sichernder Arbeitsplätze.

Das Zweite ist die Förderung der Aus- und Weiterbildung der Frauen. Das muss ein wichtiges Augenmerk sein.

Und das Dritte, Frauen haben mit Mobilität, haben mit Integrationsbarrieren zu kämpfen.

Das hat damit zu tun, dass bestimmte Betreuungspflichten zum Großteil nach wie vor - über 90 Prozent - von Frauen zu erledigen sind, sei es Kinderbetreuung oder sei es Altenbetreuung. Aber auch die mangelnde Mobilität von Frauen, die manchmal dem Arbeitsplatz im Wege steht.

Ich darf vielleicht zu den einzelnen Maßnahmen kurz etwas dazu sagen. Zunächst einmal zur Schaffung von Existenz sichernden Frauenarbeitsplätzen. Fakt ist es, dass sich die Erwerbsbeteiligung, die Erwerbsquote der Frauen im Burgenland sehr gesteigert hat - Gott sei Dank. Aber sie ist noch immer niedriger als im europäischen Durchschnitt. Mein Ziel ist es daher, diese Erwerbsquote in erster Linie zu erhöhen.

Wie kann man das tun? Fakt ist es, dass sicher ein guter Schritt dazu ist, Frauen zu motivieren, sich selber eine Existenz zu gründen, Unternehmungsgründerinnen sind hier besonders zu unterstützen und wurden auch unterstützt.

Das, was mir auch wichtig ist, ist die bedarfsorientierte Qualifizierung der Frauen. Es geht darum, im Zuge von Betriebserweiterungen oder Ansiedelungen bedarfsorientiert die Frauen zu qualifizieren, damit sie auch zu einem Arbeitsplatz danach kommen.

Wichtig ist mir aber auch ein begleitendes Coaching für Frauen. Wiedereinsteigerinnen oder Frauen, die lange weg waren oder lange arbeitslos waren, weg waren von der Arbeitswelt, brauchen Coaching, brauchen Begleitung, brauchen vor allem aber auch Begleitung in der Phase des Wiedereinstieges im Besonderen.

Ich habe vorher schon die Gründerinnen angesprochen. Ich glaube, es ist wichtig, dass Frauen selbst auch wagen, Existenzen, Firmen zu gründen.

Die Förderung - zum Zweiten - der Aus- und Weiterbildung von Frauen ist wichtiger denn je. Vergessen Sie nicht, dass gerade Frauen nicht nur dazulernen, sich weiterbilden können, sondern auch, dass es um den Schutz vor Arbeitslosigkeit geht. Und dass hier besonderes natürlich schwerwiegend ist, dass Frauen nach wie vor sehr viele in Teilzeit arbeiten. Teilweise wollen sie das, teilweise müssen sie das, und das ist auch etwas, wo wir draufschauen müssen.

Wichtig ist mir immer wieder aber auch die frauengerechte Bildung. Es ist nicht egal, mit welcher Software man mit Frauen arbeitet in der Weiterbildung. Mir geht es

darum, dass wirklich innovative Lernformen für Frauen maßgeschneidert angeboten werden. Hier ist schon sehr viel geschehen.

Ich habe vorher auch die qualifizierungsbegleitenden Angebote für Frauen, wie Beratung, individuelles Coaching angesprochen; Lernsupport, Praktikumsbegleitung, das ist hier wichtig.

Und das Dritte ist sicher auch ein Riesenproblem, das von mir angesprochene Ziel, nämlich Mobilitätseinschränkungen von Frauen, oder das Problem der Vereinbarkeit von Familie und Beruf stellt für viele Hemmnisse dar, sodass sie nicht in den Arbeitsprozess gelangen oder sehr schnell wieder aussteigen und dann leider auch nicht zu Positionen kommen, wie sie Männer oft einnehmen, die keine Zeiten haben, wo sie ausfallen.

Zusammenfassend darf ich Ihnen sagen, wie wichtig es ist, hier das Augenmerk darauf zu haben, Frauen zu qualifizieren, ihnen Mut zu geben, ihnen den Rücken zu stärken, sich zuzutrauen, im Arbeitsprozess ihre Frau zu stehen, weiter zu arbeiten, weiter zu qualifizieren und selbst Unternehmungen zu gründen, damit weitere Frauen Arbeitsplätze bekommen. *(Beifall bei den Jugendabgeordneten)*

**Präsident Walter Prior:** Eine Zusatzfrage? - Bitte Frau Jugendabgeordnete Miriam Herlicska.

**Jugendabgeordnete Miriam Herlicska:** Sehr geehrte Frau Landesrätin! Nach wie vor finden sich Frauen hauptsächlich in so genannten frauentypischen Berufen wieder, wie zum Beispiel Frisörin oder Verkäuferin. Dies muss aber nicht so sein. Bereits in der Ausbildung sollten Maßnahmen zur Bewusstseinsbildung erfolgen.

Uns ist bewusst, dass es da Maßnahmen gibt, aber wie erfolgreich sind diese?

**Präsident Walter Prior:** Bitte Frau Landesrätin.

**Landesrätin Verena Dunst (SPÖ):** Frau Jungabgeordnete Herlicska! Sie haben Recht mit Ihrer Analyse, dass nach wie vor sehr viele junge Mädchen und junge Frauen sich sozusagen ihren Weg von vornherein einengen, indem sie nicht das breite Feld der Möglichkeiten einer Ausbildung und Beschäftigung nützen.

Das bedeutet, Ihre Anamnese ist absolut richtig, wenn Sie sagen, dass sehr viele von Anfang an nicht den Weg in jene Berufe wählen, wo es um Technik, um Handwerk, um zukunftsorientierte Berufsfelder geht; diese werden gut bezahlt. Die Frauen, die in diesen Bereichen arbeiten, zeigen, dass sie mehr verdienen als in frauentypischen Berufen, dass sie vor allem aber auch länger ihre Arbeit behalten und dass sie dort auch Aufstiegsmöglichkeiten haben.

Ich bitte Sie daher, ich möchte das wirklich nützen, dass heute so viele junge Menschen hier im Landtagssitzungssaal sind, es hängt von den Mädchen selbst ab, hier vieles zu tun, zu überlegen, wie kann ich mir viele Probleme, die heute Frauen ab 35 aufwärts haben, wie kann ich die und ich kann sie in den Griff kriegen mit einer richtigen Berufswahl.

Hier sind immer wieder Initiativen gefordert. Für mich ist das wichtig. Ich brauche nur Maßnahmen aufzählen, wie zum Beispiel die Zusammenarbeit mit den HTLs, damit wir Frauen bewegen, in die HTLs, in technische Berufe zu gehen, oder die Berufsfindungswochenenden, wo wir in den HTLs aber auch in anderen Lehrwerkstätten im Burgenland Mädchen einladen, die zum ersten Mal lernen, dass Löten überhaupt kein Problem ist, dass Schweißen für Mädchen genauso gut geht wie für Burschen.

Ich möchte auch Eltern überzeugen, dass diese ihren Töchtern von vorneherein sagen, du als Tochter kannst genauso viel wie du als Sohn. Und ich denke, junge

engagierte Männer von heute sehen das auch so, dass junge engagierte Frauen den gleichen Weg wie Männer gehen sollten. *(Beifall bei den Jugendabgeordneten)*

**Präsident Walter Prior:** Eine weitere Zusatzfrage? - Bitte Frau Jugendabgeordnete Maga. Eva-Maria Gradwohl.

**Jugendabgeordnete Maga. Eva-Maria Gradwohl:** Sehr geehrte Frau Landesrätin! In den Medien wurde berichtet, dass der neue Leiter der Justizanstalt Eisenstadt ein Mann ist, trotz der Tatsache, dass eine Frau bei der Bewerbung besser abschnitt. Ich frage mich: Wie kann es sein, dass Sie sich in Ihren Forderungen und Kampagnen für bessere und fairere Jobchancen in höheren Positionen einsetzen, in der Realität aber dann doch ein Mann einer besser qualifizierteren Frau vorgezogen wird?

**Präsident Walter Prior:** Bitte Frau Landesrätin.

**Landesrätin Verena Dunst (SPÖ):** Werte Frau Jungabgeordnete Gradwohl! Zunächst einmal gilt sicher all unser Interesse, wahrscheinlich auch Ihr Interesse, dass Frauen in Führungspositionen kommen.

Wir haben daher immer wieder das Augenmerk gerade im Bereich, wo wir sozusagen Entscheidungsträger sind, versucht, Frauen in Führungspositionen zu bekommen. Leider ist Coaching, Beratung nicht immer genug.

Viele Frauen sagen, das geht bei mir nicht, ich habe noch Kinderbetreuungspflichten und vieles andere mehr. Leider trauen sich auch nicht alle junge Frauen eine Karriere zu, und daher bewerben sie sich nicht.

Wir haben also im Landesbereich 22 Prozent Frauen im Führungsamt, 78 Prozent Männer. Noch immer eine Ungleichheit. Hier müssen wir sicher etwas tun.

Hier gehören aber natürlich auch Maßnahmen wie Frauennetzwerke, Gleichbehandlungskommissionen, Kontaktfrauen, Antidiskriminierungsstelle. Das bedeutet: Gesetzliche Maßnahmen gibt es.

Jetzt konkret zu Ihrer Frage. Was ist da passiert? Warum kommt da nicht die Frau dran, sondern der Mann?

Fakt ist es, dass in den letzten Jahren immer wieder der Oberstleutnant, der dieses Mal an die Führung kommt und auch an erster Stelle dann letztendlich gereiht wurde von der Justizministerin zweimal als Erstgereihter nachgesetzt wurde und ein Drittgereihter vorgenommen wurde. Sicherlich hat es da politische Gründe gegeben.

Ich habe selber Gespräche mit der Justizministerin geführt. Sie hat hier klar und deutlich gesagt: „Ungerechtigkeiten aus der Zeit vorher werden jetzt zu Gerechtigkeiten.“ Und dazu stehe ich auch als Frau. *(Beifall bei den Jugendabgeordneten)*

**Präsident Walter Prior:** Meine Damen und Herren! Die Fragestunde ist damit beendet.

**2. Punkt: Antrag der Jugendabgeordneten Istvan Deli, Jörg Kocsis, Christoph Schmidt, Hanna Grabenhofer, Bernd Weiss, Christine Kotschar, Markus Schrödl und Birgit Eitel auf Fassung einer Petition betreffend der Verbesserungen für in Ausbildung befindlicher jungen Menschen im Burgenland (J 1)**

**Präsident Walter Prior:** Die Berichterstattung über den 2. Punkt der Tagesordnung, es ist dies der Antrag der Jugendabgeordneten Istvan Deli, Jörg Kocsis, Christoph Schmidt, Hanna Grabenhofer, Bernd Weiss, Christine Kotschar, Markus Schrödl und Birgit Eitel auf Fassung einer Petition betreffend der Verbesserungen für in

Ausbildung befindlicher jungen Menschen im Burgenland (J 1), wird Herr Jugendabgeordneter Markus Schrödl vornehmen.

General- und Spezialdebatte werden unter einem durchgeführt.

Bitte Herr Berichterstatter.

**Berichterstatter Markus Schrödl:** Sehr geehrter Herr Präsident! Hohes Haus! Ich darf unsere Petition verlesen. Petition des Jugend-Landtages vom 29. März 2007 betreffend der Verbesserungen für in Ausbildung befindlicher jungen Menschen im Burgenland

Unser Anliegen besteht darin, das derzeitige Bildungsangebot im Burgenland zu verbessern.

Probleme bestehen hier im Bereich der Kindergärten, Schulen sowie in weiterbildenden Einrichtungen.

Hier sollen die qualitativen Angebote ausgeweitet, aber auch die finanziellen Unterstützungen verbessert werden.

Nicht nur ein gesunder Geist, sondern auch ein gesunder Körper ist für eine allumfassende Bildung notwendig. Dabei soll auch auf die Bewusstseinsbildung im Bereich der Gesundheit eingegangen werden.

Der Jugendlandtag fordert die Burgenländische Landesregierung auf, die burgenländischen Fachhochschulen zu echten Fachhochschulen zu etablieren, um deren Autonomie zu stärken.

Der Jugendlandtag fordert die Burgenländische Landesregierung auf, die Möglichkeit der Berufsreifeprüfung im Fachbereich inklusive der Prüfung in die Berufsschulzeit einzubinden.

Der Jugendlandtag fordert die Burgenländische Landesregierung auf, einen Landesschulgemeinschaftsausschuss (LSGA) als unterstützendes Organ des LSR einzuführen.

Der Jugendlandtag fordert die Burgenländische Landesregierung auf, das Projekt „Gesunde Schule“ für die Bewusstseinsbildung für Kinder bei gesunder Ernährung und sportlicher Betätigungen in burgenländischen Kindergärten und Schulen einzuführen.

Der Jugendlandtag fordert die Burgenländische Landesregierung auf, ein verpflichtendes letztes Kindergartenjahr zur Förderung der sozialen Kompetenzen einzuführen.

Der Jugendlandtag fordert die Burgenländische Landesregierung auf, folgende Förderungen einzuführen:

Freifahrten für Berufsschüler während der Zeit des Internatbesuches und die Anhebung der Lehrlingsfahrtenbeihilfe.

Führerscheinbonus für Personen in Ausbildung beziehungsweise Präsenz- und Zivildienstler.

Bildungsbonus für Auslandsaufenthalte während der Schul- und Studienzeiten.

**Präsident Walter Prior:** Danke Herr Berichterstatter. Als erstem Redner erteile ich Herrn Jugendabgeordneten Christoph Schmidt das Wort.

Bitte Herr Abgeordneter.

**Jugendabgeordneter Christoph Schmidt:** Sehr geehrte Damen und Herren! Hohes Haus! Sehr geehrte Landesregierung! Werte Jung-, werte Landtagsabgeordnete! Wissen Sie, ich habe mich auf den Tag heute sehr gefreut. Jetzt bin ich eigentlich enttäuscht.

Meine lieben Freunde! Meine Jugendabgeordneten! Wir werden hinausgelockt, um Geschenke entgegenzunehmen, in der Zwischenzeit erhalten wir vier Abänderungsanträge auf den Tisch geknallt. Fein!

„Hat diese Veranstaltung in dieser Form einen Sinn?“, frage ich mich jetzt. 36 Jugendliche erarbeiten einen ganzen Tag lang gemeinsam Anträge, erarbeiten gemeinsam Forderungen. Nun, jetzt werden diese Forderungen wiederum abgeändert. Diese Forderungen werden parteipolitisch missbraucht und abgeändert!

Was mich auch sehr wurmt, Abänderungsanträge erfolgen von Jugendabgeordneten, die gar nicht in dieser Gruppe waren, Herr Ing. Gradwohl. *(Beifall)*

Nun, ich darf jetzt nur ein Beispiel heranziehen. Abänderungsantrag 1 - Bildung.

Hier haben wir uns gemeinsam auf Forderungen geeinigt. Diese Forderungen fehlen nun.

Etablierungen zu echten Fachhochschulen - darauf haben wir uns gemeinsam geeinigt - fehlt nun.

Gemeinsame Gesamtschule, gemeinsame Schule wurde von uns absichtlich nicht integriert. Welche Überraschung: Plötzlich im Abänderungsantrag.

Markus, wir beide haben uns darauf geeinigt, die Studiengebühr nicht zu integrieren. Ja, wiederum finde ich die Studiengebühren im Abänderungsantrag. *(JAbg. Markus Schrödl: Mit Unterschrift!)* Mit Unterschrift! Ja, danke.

Ist das noch ein Jugendlandtag, wenn Jugendliche gemeinsam Forderungen erarbeiten, gemeinsam einen Tag lang zusammensitzen, und jetzt wird alles abgeändert?

Ich möchte jetzt normal fortfahren.

Friedrich Paulsen schrieb 1903: „Man gehört entweder dazu, ist gebildet, oder eben nicht.“

Sehr geehrte Damen und Herren! Ich will, dass alle Jugendlichen im Burgenland die Chance bekommen, Bildung zu genießen. Deswegen gibt es Gründe für die Einführung einer echten Fachhochschule im Burgenland. Es ist notwendig, den Bildungsbonus für Auslandsaufenthalte einzuführen. Es ist notwendig, Projekte wie „Gesunde Schule“ zu fördern, und es ist auch notwendig, Schülern, Präsenz- und Zivildienern die Erlangung des Führerscheins zu erleichtern.

Meine lieben Freunde! Das sind nur einige Themen, die ich anschneiden möchte.

Senkung der Klassenschülerhöchstzahlen ist zum Beispiel eine sehr erfreuliche Nachricht. Aber eines möchte ich schon sagen. Wir sitzen alle gemeinsam in einem Boot und die Senkung der Klassenschülerhöchstzahlen ausschließlich in den ersten Pflichtschulklassen ist nichts als ein Tropfen auf dem heißen Stein. *(Beifall bei den Jugendabgeordneten)*

Ich sage Euch, um ein innovatives und zukunftsorientiertes Bildungssystem zu schaffen, muss die Senkung auf die höheren Schulen ausgedehnt werden. Umso weniger Schüler in den Klassen - wie Sie, Herr Landeshauptmann, schon gesagt haben - bedeutet einfach mehr Bildungsqualität.

Jetzt frage ich mich: Wie lange wird unsere Geduld in diesem Sinn noch missbraucht?

Bildungsvielfalt und den unterschiedlichen Interessen und Fähigkeiten der jungen Menschen gerecht zu werden, ist notwendig. Nicht Einheitsschulen sind gefragt, sondern eine breite Palette verschiedenster schulischer Angebote. Nicht Gesamtschule, sondern Wahlfreiheit.

Schon wie Henning Kössler auch sagte: „Bildung bewirkt Identität.“

Schule darf nicht nur Ausbildungsstätte sein. Neben Fachkenntnissen soll auch die persönliche Entwicklung in den Vordergrund gestellt werden.

Wir brauchen Schulen, die mitten im Leben stehen. An dieser Stelle komme ich schon zum Ende und möchte mich recht herzlich bei Landeshauptmann-Stellvertreter und Jugendreferent Steindl und der Bildungslandesrätin Michaela Resetar bedanken für ihre Arbeit. Sie haben nicht nur geredet, sondern auch Worte in Taten umgesetzt. *(Beifall bei den Jugendabgeordneten)*

Danke schön! Denn hier sieht man, dass ihnen die Ausbildung und Bildung der jungen Menschen am Herzen liegt. Danke. *(Beifall bei den Jugendabgeordneten)*

**Präsident Walter Prior:** Danke Herr Abgeordneter. Ich möchte nur erwähnen, Frau Landesrätin Verena Dunst möchte sich jetzt für eineinhalb Stunden entschuldigen, weil sie zu einem Festakt in der Berufsschule Eisenstadt gehen wird.

Als nächster Rednerin erteile ich der Frau Jugendabgeordneten Birgit Eitel das Wort.

Bitte Frau Abgeordnete.

**Jugendabgeordnete Birgit Eitel:** Sehr geehrter Herr Präsident! Hohes Haus! Das verpflichtende letzte Kindergartenjahr. Es ist ein Thema, das in den letzten Jahren oft diskutiert wurde. Ich als Kindergartenpädagogin kann es nur befürworten.

Der Kindergarten ist viel mehr als eine Betreuungseinrichtung. Er ist eine Bildungseinrichtung.

Ich habe oft gehört: „Warum bist denn du so fertig nach der Arbeit, wenn du heimkommst? Du bist ja eh nur Kindergartentante! Spielst ein bisschen mit den Kindern, bastelst mit ihnen, bisschen singen vielleicht auch noch. Das könnte ich ja auch.“

Aber der Kindergarten ist viel mehr. Vor allem, wenn man bedenkt, welche Entwicklung die Kinder in dieser Zeit durchmachen und was sie alles im Kindergarten lernen, denn die Erfahrungen, die sie in dieser Zeit machen, prägen sie ihr Leben lang.

Und dieses einfache „Sitzen und Spielen mit den Kindern“ ist die wichtigste frühkindliche Lernform überhaupt, weil die Kinder all das lernen, was sie für ihre Zukunft brauchen.

Der Kindergarten fordert und unterstützt die Kinder und schafft so eine Grundlage für eine ganzheitliche Förderung des Kindes.

Es ist von großer Bedeutung, dass die Schwächen, aber auch die Stärken eines jeden Kindes erkannt werden. Das ist Eltern oft nicht möglich, weil sie betriebsblind werden. Sie sehen nur ihr Kind, verstehen es, selbst wenn es sprachliche Defizite hat, aber ihnen fehlt der Vergleich mit anderen Kindern.

Einer Kindergärtnerin, Kindergartenpädagogin, fällt es leichter, weil sie eine besondere Ausbildung hat, Auffälligkeiten zu erkennen und entsprechend zu fördern.

Außerdem hat sie den Vergleich mit anderen Kindern und kann so entscheiden, ob sich die Entwicklung des Kindes in einem „normalen“ Rahmen vollzieht.

Das, was wohl am klarsten ersichtlich ist, ist die soziale Kompetenz, die Kinder im Kindergarten entwickeln. Sie lernen, in einer großen Gruppe zu leben, und das über eine Großteil der Zeit, die sie am Tag verbringen. Die Kinder müssen lernen, mit einer Bezugsperson für über zwanzig Kinder auszukommen. Sie müssen oft warten, bis ihre Bedürfnisse befriedigt werden. Und sie müssen sich an fixe Tagespunkte halten. Sie müssen ihre Bedürfnisse mit anderen Kindern abstimmen können.

Die Kinder müssen mit Verlusten umgehen, und sie müssen auf andere Rücksicht nehmen. Es entstehen die ersten Freundschaften, aber auch die ersten Streitigkeiten. Damit umgehen, ist mit drei Jahren zum Teil sehr hart.

Die Kinder lernen in einem geschützten Rahmen, was es heißt, zu verlieren und wie sie mit ihrer Frustration und Trauer umgehen können. Außerdem sind sie mit Regeln konfrontiert, die aufgestellt wurden, um das Wohl der Gruppe zu schützen und nicht um die Bedürfnisse des Einzelnen zu wahren.

Diese Regeln und Richtlinien werden zum Teil so verinnerlicht, dass sie bis ins Erwachsenenalter beibehalten werden und auch an die Kinder weitergegeben werden. So lernen die Kinder ethnische und moralische Grundsätze der Gesellschaft kennen.

Das Kennenlernen und Einhalten von Regeln, das Warten bis man an der Reihe ist, das Kennen der eigenen Grenzen, das Akzeptieren der Grenzen anderer, sind wichtige Grundlagen, die im weiteren Bildungsweg neben den motorischen und sprachlichen Fähigkeiten von großer Bedeutung sind.

Kinder, die zumindest ein Jahr im Kindergarten waren, haben diese Grundlagen in sich, weil sie sie einen längeren Zeitraum gelebt haben und vorgelebt bekommen haben.

Deshalb ist das verpflichtende letzte Kindergartenjahr von immenser Bedeutung.  
*(Beifall bei den Jugendabgeordneten)*

Es mag zwar vielleicht nur ein Jahr sein, aber in diesen zwölf Monaten kann ein Kind auf spielerische Weise Kompetenzen entwickeln, die es in späterer Folge nie wieder so gut und vor allem so leicht verinnerlichen kann. *(Beifall bei den Jugendabgeordneten)*

**Präsident Walter Prior:** Danke Frau Abgeordnete.

Ich möchte bekannt geben, dass auch Frau Landesrätin Maga. Resetar zu dem Festakt „50 Jahre Berufsschule Eisenstadt“ geht. Sie ist damit entschuldigt.

Als nächster Rednerin erteile ich der Frau Jugendabgeordneten Gabi Tremmel das Wort.

Bitte Frau Abgeordnete.

**Jugendabgeordnete Gabi Tremmel:** Herr Präsident! Hohes Haus! Im ersten vorgestellten Antrag sind natürlich ein paar ganz gut gemeinte Forderungen enthalten, wie eben auch das verpflichtende Kindergartenjahr.

Studienverzögerung und hohe Kosten von Auslandsaufenthalten machen vor allem Studierenden aus bildungsfernen Schichten das Wahrnehmen eines Erasmus-Semesters nahezu unmöglich. Der so genannte Bildungsbonus für Auslandsaufenthalte beziehungsweise ein Auslandstipendium ist daher in Anbetracht der Tatsache, dass jedes Jahr zahlreiche Erasmus-Studienplätze ungenutzt bleiben, sicherlich eine nette Forderung.

Nur, bevor man hergeht und Auslandsstipendien vergibt, sollte man sich zuerst um das Stipendien- und Beihilfensystem in Österreich kümmern. Etwas, worauf im Originalantrag offensichtlich vergessen wurde, weshalb ich das demokratische Mittel des Abänderungsantrages, das wohl auch für unseren Jugendlandtag gilt, unterstützt habe. *(Beifall bei den Jugendabgeordneten)*

Wer die soziale Lage der Studierenden in Österreich genauer betrachtet, wird schnell sehr erschreckende Feststellungen machen. Seit dem Jahr 1999 wurden die Stipendien in Österreich nicht einmal an die Inflation, geschweige denn an die durchschnittlichen Lebenskosten einer studierenden Person angepasst, was dazu geführt hat, dass heute 80 Prozent der Studierenden dazu gezwungen sind, neben ihrem Studium zu arbeiten.

Die genannten Bedingungen machen es - kombiniert mit dem akuten Lehrveranstaltungsmangel - und Knockout-Prüfungen immer schwieriger, den für die Studienbeihilfe geforderten Leistungsnachweis zu erbringen. Erbringen Studierende diesen aber nicht, verlieren sie aber die Studienbeihilfe.

Um aber wiederum Einkommen und Überleben zu garantieren, müssen die Studenten vermehrt arbeiten, was sich in der Regel natürlich negativ auf ihren Studienerfolg auswirkt und in vielen Fällen zum Studienabbruch führt. Das vor allem bei Menschen aus bildungsfernen Schichten und bei Frauen. Womit klar wäre, dass das Beihilfensystem äußerst reformbedürftig ist.

Studieren an sich bedeutet schon Arbeit und ein Dienst an der Gesellschaft zu leisten. Wer sagt, dass Studierende dem Staat nicht nützen, und erst einmal etwas leisten sollen, um das Studienangebot wahrnehmen zu dürfen, macht aus Bildung ein Privileg und nicht etwas, was eigentlich ein Menschenrecht sein sollte. *(Beifall bei den Jugendabgeordneten)*

Die anfangs der Woche von Wissenschaftsminister Hahn großartig angekündigte Erhöhung der Studienbeihilfe greift, in Anbetracht der eben geschilderten Situation, immer noch viel zu kurz.

Bleibt es bei den geplanten 12,5 Millionen Euro pro Jahr, wird die angekündigte Erhöhung der Stipendien nicht einmal die größten Löcher stopfen, denn eine Wertanpassung der Studienbeihilfe an die Inflation würde 30 Millionen Euro notwendig machen, wobei in Zukunft es sowieso einer automatischen Anpassung der Beihilfe an die Inflation bedarf.

Was aber über die Reformierung des Stipendiensystems hinaus nicht vergessen werden darf, ist die Tatsache, dass ein Ausbau der Beihilfen kein Ersatz für die Abschaffung der Studiengebühren ist, *(Beifall - Ein Zwischenruf des Jugendabgeordneten Stefan Kast)* denn all jenen, die meinen, Studiengebühren seien nur gerecht und das System balanciere das schon irgendwie aus, dem empfiehlt sich die Lektüre der Sozialerhebung des Bildungsministeriums 2002.

45.000 Studierende mussten nach Einführung der Studiengebühren durch Schwarz-Blau ihr Studium abbrechen, und das, obwohl wir im OECD-Vergleich mit der Türkei gemeinsam die wenigsten AkademikerInnen ausbilden.

Auch der Anteil der Studierenden aus bildungsfernen und sozialschwächeren Schichten ist rapide zurückgegangen. Studierende spüren also durch Studiengebühren einen erhöhten finanziellen Druck, haben einen eingeschränkten Lebensstandard und zum überwiegenden Teil finanzielle Probleme, was wieder eine Reduzierung der Studienaktivitäten zufolge hat.

Somit ist nicht die von der Schwarz-Blauen Regierung angestrebte Studienzzeitverkürzung eingetreten, sondern genau das Gegenteil.

Zu guter Letzt muss gesagt werden, dass keine einzige österreichische Universität von den Studiengebühren profitiert hat, wenn im Gegenzug das Hochschulbudget gekürzt wurde. Der Anteil des Hochschulbudgets am BIP betrug im Jahr 1999 noch 1,22 Prozent. 2002 waren es - inklusive Studiengebühren - 1,17 Prozent.

Finanziell geht es den Universitäten durch die Studiengebühren also nicht besser, sondern schlechter als vorher, womit ganz klar wäre, dass eine Verbesserung der Situation an den Universitäten für Studierende nicht eingetreten ist.

Dabei dreht es sich nicht um das Beibehalten der Studiengebühren, sondern um eine Erhöhung des Hochschulbudgets. Danke. *(Beifall bei den Jugendabgeordneten)*

**Präsident Walter Prior:** Als nächster Rednerin erteile ich Frau Jugendabgeordneter Hanna Grabenhofer das Wort.

Bitte Frau Abgeordnete.

**Jugendabgeordnete Hanna Grabenhofer:** Sehr geehrter Herr Präsident! Werter Landtag! Werte Jugendabgeordneten! Ich möchte heute den Originalantrag zur Verbesserung der Bildung in Burgenland unterstützen, weil ich der Ansicht bin, dass gerade in diesem Bereich enorm viel unternommen werden muss.

Die Ausbildung der Jugend sollte uns und auch Ihnen, werte Herren Landesräte, sehr am Herzen liegen. Immerhin bestimmt sie maßgeblich die Zukunft des Burgenlandes. Es ist unsere Generation, liebe Jugendabgeordnete, die für die Entwicklung des Burgenlandes in den nächsten Jahrzehnten verantwortlich sein wird.

Aus- und Weiterbildung ist ein Thema, das für jeden jungen Menschen in Österreich, und damit auch für uns, Priorität haben sollte, denn unser ganzer Lebensweg wird davon maßgeblich beeinflusst.

Die Situation am heutigen Arbeitsmarkt, das muss ich Ihnen nicht extra sagen, spitzt sich immer weiter zu. Auch darum muss mehr Wert auf eine bessere Ausbildung gelegt werden. *(Beifall bei den Jugendabgeordneten)*

Um dennoch mehr Chancen auf gute Anstellungen zu bieten, sollten wir heute den Antrag zur Verbesserung der Bildung zustimmen. So können wir den Berufspolitikern ein weiteres Mal zeigen, wie wichtig dieses Thema ist, denn dazu soll dieser Jugendlandtag schließlich genützt werden.

Gerade weil die Ausbildung für uns Jugendliche ein derart wichtiges Thema ist, um nicht zu sagen das Wichtigste überhaupt, sollte uns dabei mehr Mitspracherecht zugestanden werden.

Der Jugendlandtag ist ein erster Schritt dazu. Ich möchte mich daher in diesem Zusammenhang bei allen, die diesen Landtag ermöglicht haben, recht herzlich bedanken. *(Beifall bei den Jugendabgeordneten)*

Ein konkreter Fall, bei dem die Mitsprache sehr wichtig wäre, ist die Fachhochschule im Burgenland. Hier werden sämtliche Entscheidungen von oberster Instanz aus getroffen. Für die Studentenschaft gibt es deshalb kaum Möglichkeiten, sich aktiv in den Entscheidungsprozess einzubringen. Die bessere Lösung wäre es, ein entsprechendes Kollegium zu schaffen, das aus Lehrenden und auch aus der Studentenschaft besteht.

Mit der Gründung eines solchen Kollegiums wäre endlich auch die Etablierung einer echten Fachhochschule möglich. Die beiden anderen Kriterien dazu sind nämlich längst erfüllt. Es gibt mehr als 1.000 Studienplätze, sowie mehr als zwei verschiedene Studiengänge. Würde dieses demokratische Gremium also endlich geschaffen werden, könnte der Antrag zur Etablierung der Fachhochschule eingereicht werden.

Als Vertreterin der Sportunion Burgenland möchte ich als weiteren wichtigen Punkt die Sport- und Gesundheitsförderung ansprechen. Im Antrag wird das Projekt „Gesunde Schule“ vorgeschlagen und von Ihnen gefordert. So sollen schon die Kleinsten erreicht werden, die ganz besonders in den Kindergärten und Volksschulen in diesem Modell vertreten sind.

Man könnte den Kindern beispielsweise die Bedeutung ausgewogener Ernährung und ausreichender Bewegung spielerisch näher bringen und sie außerdem mit den Folgen eines langfristig ungesunden Lebensstils konfrontieren.

Verschiedene Sportarten sollten in den Kindergärten und Schulen vorgestellt werden. Das Problem ist nämlich nicht, dass zu wenige Sportarten vorhanden sind oder dass es zu wenig Angebote gibt, sondern einfach, dass die Eltern und Kinder selbst darüber oft nicht Bescheid wissen. Daher ist es wichtig, auch die Eltern einzubinden. Das kann, zum Beispiel, durch Elternabende, durch Diskussionsrunden oder auch durch eine von den Kindern selbst erarbeitete Präsentation geschehen. Soviel zu den Kleinsten.

Daneben darf man auch die Teenager nicht vergessen. Gerade in dieser Altersgruppe ist es sehr wichtig, sie durch neue Trends und attraktive Sportarten zu animieren. Auch hier bieten die Schulen die beste Anlaufstelle. Es sollte deshalb mehr in die Aus- und Weiterbildung von Turnlehrern investiert werden.

Moderne Trendsportarten sollten genützt werden, um von der ewigen Routine des Turnunterrichtes loszukommen und so mehr Action zu schaffen, um die Jugendlichen in dieser schwierigen Altersgruppe zu motivieren und Interesse an der Bewegung zu schaffen.

Auch alle weiteren Punkte des Antrags zur Bildung sind von großer Bedeutung. Ich möchte noch einmal dazu aufrufen, Euch Gedanken darüber zu machen, denn dieses Thema ist für uns alle überaus wichtig.

Eine Investition in das Bildungsangebot des Burgenlandes bedeutet gleichzeitig eine Investition in uns, in die Jugendlichen und somit eine Investition in die Zukunft des Landes Burgenland. Danke. *(Beifall bei den Jugendabgeordneten)*

**Präsident Walter Prior:** Der nächste Redner ist Herr Jugendabgeordneter Martin Heissenberger.

Bitte Herr Abgeordneter.

**Jugendabgeordneter Martin Heissenberger:** Sehr geehrter Herr Präsident! Sehr geehrte Landesregierung! Sehr geehrte Landtagsabgeordnete! Sehr geehrte Jugendabgeordnete! Mein Name ist Martin Heissenberger. Ich wohne in der kleinen mittelburgenländischen Gemeinde Unterrabnitz und besuche derzeit den vierten Jahrgang an der Tourismusschule in Oberwart.

Eigentlich kann ich mich mit dem Antrag generell anfreunden. Ich finde einige Maßnahmen auch gut, aber etwas ganz Wichtiges hat man jedoch vergessen.

Da ich selbst eine Berufsbildende höhere Schule besuche, bin ich der Meinung, dass auch im Bereich der BHS die Klassenschülerhöchstzahl auf 25 Schüler gesenkt werden muss, um dem Bildungsabbau der letzten Jahre wirksam entgegenzutreten. Denn,

ich glaube, dass eine gute Ausbildung von Nöten ist, um am Arbeitsmarkt bestehen zu können.

Mit einer geringeren Klassenschülerhöchstzahl macht man auch einen Schritt gegen die Jugendarbeitslosigkeit. Das es im Bereich der BHS auch mehr Wochenstunden gibt, als in der AHS, und das dort manchmal in Klassen 36 Schüler sitzen, das sind übrigens genau so viele Leute, wie hier im Landtag, und diese dann nach fünf Jahren eine Reifeprüfung ablegen müssen, ist auch Realität.

Kann man überhaupt unter diesen nicht gerade guten Voraussetzungen reifen? Stellen Sie sich vor, Sie sitzen in einer Klasse mit 36 Schülern und lernen womöglich zwei oder drei Fremdsprachen bei einem 40-Wochenstunden Unterricht. Wäre es dort nicht für alle Beteiligten besser, wenn nur 25 Schüler in einer Klasse sitzen würden?

Dass die Bildung mit einer geringern Höchstschülerzahl an Qualität zunimmt, liegt doch auf der Hand. Die Maßnahme der Landesregierung, dass die Klassenschülerhöchstzahl in Hauptschulen und AHS auf 25 gesenkt wird, kann ich nur begrüßen. Ich verstehe nur nicht, warum das nicht auch auf die BHS ausgedehnt wurde.

Noch weniger verstehe ich den Landesschulsprecher der BHS und Jugendabgeordneten Christoph Schmidt, der die Möglichkeit gehabt hätte, Verbesserungen für die BHS zu erzielen. *(Jugendabgeordneter Stefan Kast: Dann frage ihn doch einfach. Er kann es dir sicher erklären und auch beantworten. - Ein Zwischenruf des Jugendabgeordneten Christoph Schmidt)* Man hätte nämlich auch fordern können, dass die Klassenschülerhöchstzahl auch in den BHS auf 25 Schüler gesenkt wird.

Herr Schmidt! Sie üben die Funktion als Landesschulsprecher der BHS aus. Im Antrag der Bildung sind allerdings im Speziellen keine Forderungen für Verbesserungen innerhalb der BHS enthalten. Sie hätten die Möglichkeit wahrnehmen müssen, etwas für die BHS zu erreichen. *(Beifall bei den Jugendabgeordneten)*

Genau aus diesem Grund wurden Sie hierher entsandt, nämlich, um die BHS zu vertreten. Genau das haben Sie aber nicht gemacht.

Auch eine gute Bildung ist ein Bedürfnis unserer Generation. Man muss deshalb Maßnahmen ergreifen, um die Qualität im Bereich der Bildung zu steigern. Eine Maßnahme könnte im Bereich der BHS, wie bereits erwähnt, die Senkung der Klassenschülerhöchstzahl auf 25 Schüler sein. *(Ein Zwischenruf des Jugendabgeordneten Christoph Schmidt)* Bitte?

Ich danke Ihnen für Ihre Aufmerksamkeit. *(Beifall bei den Jugendabgeordneten)*

**Präsident Walter Prior:** Als nächster Rednerin erteile ich der Frau Jugendabgeordneten Julia Tinhof das Wort.

Bitte Frau Abgeordnete.

**Jugendabgeordnete Julia Tinhof:** Sehr geehrter Herr Präsident! Hohes Haus! Meine lieben Abgeordneten! Hinsichtlich des Originalantrages auf Fassung einer Petition betreffend die Verbesserung für in Ausbildung befindliche junge Menschen im Burgenland bezieht die Grüne und unabhängige Jugend Burgenland folgenden Standpunkt:

Dieser Antrag erhält große Zustimmung unsererseits. Allerdings müssen wir Verbesserungen hinsichtlich des letzten verpflichtenden Kindergartenjahres einfordern.

Ich muss dazu sagen, dass ich ebenfalls in einer Bundesbildungsanstalt für Kleinkindpädagogik gewesen bin. Ich bin also ebenfalls vom Fach. Dieses Jahr sollte, wenn es verpflichtend ist, auch kostenfrei gestellt werden, denn nach wie vor darf die

Finanzierung eines verpflichtenden Kindergartenjahres für finanziell schwächer gestellte Familien keine Benachteiligung bedeuten.

Hinsichtlich des Projektes „Gesunde Schule“ wäre es wichtig, die Institutionen Schule und Kindergarten auch damit zu konfrontieren, sie davon zu überzeugen, Biolebensmittel aus der Region einzukaufen beziehungsweise das Land dabei zu unterstützen.

Dankeschön. *(Beifall bei den Jugendabgeordneten)*

**Präsident Walter Prior:** Ich erteile nunmehr Herrn Jugendabgeordneten Jörg Kocsis das Wort.

Bitte Herr Abgeordneter.

**Jugendabgeordneter Jörg Kocsis:** Sehr geehrte Landesregierung! Sehr geehrte Jugendabgeordnete, Kollegen und Zuhörer! Ich muss mich der Meinung des Christoph Schmidt leider anschließen. Ich bin enttäuscht, denn noch im Vorbereitungsseminar haben wir uns auf verschiedene Standpunkte einigen können. Wenn hier gesagt wird, dass keine Forderungen für die BHS durchgesetzt worden sind, dann möchte ich dazu nur festhalten, dass wir auch einige Forderungen zurückgestellt haben. Deswegen ist auch dieser Antrag, der jetzt seit 15 Minuten vom Jugendlandtag behandelt wird, auch zustande gekommen.

Doch dieser Abänderungsantrag, meiner Meinung nach, kann es wirklich nicht sein, denn das ist einfach Parteipolitik. *(Beifall - Jugendabgeordneter Ing. Andreas Gradwohl: Wir machen uns eben Gedanken und verbessern kann man doch immer etwas.)*

Wir haben uns als Jugend gemeinsam auf diesen Antrag geeinigt. So soll es, meiner Meinung nach, auch sein. Ich weiß nicht, vielleicht habt Ihr auch irgendetwas nicht genau verstanden. *(Zwiegespräche in den Reihen der Jugendabgeordneten)* Zum Beispiel soll der Landesschulgemeinschaftsausschuss dem Landesschulratskollegium als beratendes Mitglied dienen. Das Landesschulratskollegium ist nämlich hoch politisch geworden und trifft auch Personalentscheidungen. Das kann es aber auch nicht sein, denn wenn Personalentscheidungen politisch getroffen werden, kann es sicher nicht dem Wohl der Schüler dienen. *(Beifall bei den Jugendabgeordneten)*

Wo sind die Förderungen? Vorher hat man, glaube ich, vergessen, dass es in manchen Studiengängen die Pflicht gibt, dass man das Auslandssemester belegen muss. Was tun die dann? Die fallen dann durch den Rost, oder wie?

Nun noch kurz zur Gesamtschule. Ich finde das Argument wirklich gut, dass man, wie wir das auch im Workshop besprochen haben, zwei Modelle, nämlich, die Hauptschule und das Gymnasium, zusammenlegt und aus beiden die positiven Sachen herauszieht. Nur vergisst man bei diesen Modellen, die theoretisch sind, dass es dann in der Realität auch Personen gibt. Diese Personen handeln aber nicht immer rational, denn man kann doch nicht glauben, dass diese Menschen genauso handeln, dass nur das Positive daraus resultiert. Das bitte ich zu bedenken.

Abschließend möchte ich noch Herren Landeshauptmann-Stellvertreter Mag. Franz Steindl und Bildungslandesrätin Mag. Michaela Resetar danken, denn sie haben wirklich hervorragende Arbeit im Bereich der Bildung geleistet. *(Jugendabgeordnete Miriam Herlicska: So viel zur Parteipolitik! - Zwiegespräche in den Reihen der Jugendabgeordneten - Beifall bei den Jugendabgeordneten)*

**Präsident Walter Prior:** Ich erteile nun Herrn Jugendabgeordneten Stefan Kast das Wort.

Bitte Herr Abgeordneter.

**Jugendabgeordneter Stefan Kast:** Herr Präsident! Werte Regierungsmitglieder! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Sind wir uns doch ganz ehrlich. Es war ein superschöner Tag in Lutzmannsburg. Wir haben gemeinsam diskutiert und es sind tolle Sachen dabei herausgekommen.

Jetzt stellt sich für mich aber die Frage der Abänderungsanträge. Keiner von der anderen Fraktion wurde darüber informiert! Es hat dazu keine Diskussion und keine Information gegeben. Jetzt stellt sich für mich wirklich die Frage: Ist dieser Abänderungsantrag vielleicht erst dann zu Stande gekommen, nachdem er den SPÖ Klub durchlaufen hat?

Hat man da gesehen, dass man dem nicht zustimmen kann, weil das nicht das Programm der SPÖ ist, sondern vielmehr in Richtung ÖVP geht? Das finde ich eigentlich einen Witz!

Deswegen glaube ich, dass derjenige, der heute dem Originalantrag zustimmt, auch uns Jugendlichen zustimmt. Derjenige aber, der den Änderungsantrag mitbeschließt, der stimmt ganz einfach der SPÖ zu. Danke. *(Zwiegespräche in den Reihen der Jugendabgeordneten - Beifall bei den Jugendabgeordneten)*

**Präsident Walter Prior:** Zu Wort gemeldet ist Frau Jugendabgeordnete Miriam Herlicska.

Bitte Frau Abgeordnete.

**Jugendabgeordnete Miriam Herlicska:** Ich muss allen, die diesen Abänderungsanträgen aufgrund dessen, dass sie eben Abänderungsanträge sind, entgegenreden, ein mangelndes Demokratieverständnis vorwerfen. *(Beifall - Zwiegespräche in den Reihen der Jugendabgeordneten)*

Wir haben von Anfang an - schon beim Vorbereitungsseminar - davon gesprochen, dass Abänderungsanträge zulässig sind. Es haben alle, die heute als Abgeordnete hier anwesend sind, das Recht, solche mit vier Unterschriften einzubringen. Das heißt, Ihr hättet auch noch Zeit, so etwas zu machen, wenn Euch danach ist. *(Jugendabgeordneter Stefan Kast: Wir halten uns aber daran, was wir vereinbart haben. - Zwiegespräche in den Reihen der Jugendabgeordneten - Der Präsident gibt das Glockenzeichen)* Kann ich bitte weiterreden?

Es geht nun wirklich darum, dass auch Abgeordnete, die nicht in der Arbeitsgruppe waren, eine Meinung zu einem Thema und daher auch das Recht haben, mitzubestimmen, worüber sie abstimmen wollen. Wenn wir schon beim Thema Beeinflussung sind, dann möchte ich festhalten, dass ich keine SPÖ brauche, um mir meine Meinung zu bilden. Ich kann als Landesvorsitzende der AKS und als Abgeordnete für die Sozialistische Jugend nur sagen, dass diese Forderungen ganz genau unsere Forderungen sind, was man vielleicht am Beispiel der Studiengebühren sehen kann, nämlich, dass wir noch immer darauf sitzen bleiben, dass die Studiengebühren bundesweit abgeschafft gehören und dass wir davon nicht abgehen.

Das ist die Realität und das ist auch unsere Meinung. Das ist keine Parteipolitik, sondern das ist unsere Jugendpolitik. Die ist auch nicht konservativ und auch nicht kapitalistisch angehaucht, sondern unsere Meinung.

Weiters möchte ich zum Thema Einflussnahme den Herrn Sagartz bitten, dass er auf seinem Platz sitzen bleibt und nicht immer mit den Jugendabgeordneten redet.

*(Jugendabgeordneter Stefan Kast: Sagt das aber auch Eurem Klubobmann Illedits. - Beifall bei den Jugendabgeordneten)*

Soviel dazu. Ich möchte alle dazu auffordern, diesem Abänderungsantrag zuzustimmen. So gut der Erstantrag auch war, wie er zuerst vorgelegen ist, so mangelt es jedoch an diesen Forderungspunkten.

Daher bitte ich diesem Abänderungsantrag zuzustimmen. Dankeschön. *(Beifall bei Jugendabgeordneten)*

**Präsident Walter Prior:** Als nächstem Redner erteile ich Herrn Jugendabgeordneten Ing. Andreas Gradwohl das Wort.

Bitte Herr Abgeordneter.

**Jugendabgeordneter Ing. Andreas Gradwohl:** Werter Präsident! Hohes Haus! Liebe Abgeordneten! Ich möchte mich jetzt nicht hier herstellen und sagen: Ich bin traurig! Das haben nämlich schon viele vor mir gemacht. Ich habe mir meine Rede auch anders vorgestellt, aber aufgrund dieser Diskussion muss man ein bisschen flexibel sein. Ich möchte nur zu diesen Dingen kurz Stellung nehmen, die hier angesprochen wurden.

Zur ersten Wortmeldung: Uns wird vorgeworfen, dass wir mit diesem Abänderungsantrag uns nicht an Vereinbarungen halten. Es ist in Lutzmannsburg bewusst davon gesprochen worden, dass es möglich ist, Abänderungsanträge einzubringen. Wir ändern die Anträge nicht um 100 Prozent, dass sie in eine andere Richtung gehen, sondern, wir haben im Nachhinein überlegt, was man noch verbessern kann. Diese Verbesserungen wurden dann in diesem Antrag eingepackt.

Man kann ihn auch Verbesserungsantrag nennen, aber, es ist eben vorgesehen, dass er Abänderungsantrag genannt wird. *(Jugendabgeordnete Luzia Janoch: Warum erst im Nachhinein überlegt?)* Es tut mir leid, ich kann mich auch entschuldigen, aber es wird doch noch legitim sein, wenn ich mir zu anderen Gruppenthemen, wo ich nicht dabei war und mich nicht einbringen konnte, wie, zum Beispiel, beim Thema Bildung, auch noch Gedanken mache.

Wenn das der Sinn sein soll, dass jeder Abgeordnete sich nur zu seiner Gruppe Gedanken macht und Informationen weitergibt, dann sehe ich das als falsche Veranstaltung. *(Jugendabgeordnete Luzia Janoch: Dann ist das System falsch!)* Ich bringe mich bei jedem Antrag ein und möchte meine Ideen auch in jeden Antrag einbringen.

Nun kurz zum Vorwurf, dass wir Politik einbringen. Die einzige Politik, die hier wirklich eingebracht wurde, stammt von den beiden Vorrednern Jörg und Christoph. Indem sie sich bei der schwarzen Regierungsbank bedankt haben, signalisieren sie hier doch ganz klar ihre Linie.

Das finde ich im Jugendlandtag echt super! Vor allem dann, wenn man zwei Wortmeldungen zuvor sagt, dass wir alle gemeinsam etwas erarbeiten sollen. *(Beifall bei den Jugendabgeordneten)*

Begonnen hat es eigentlich schon in der Fragestunde. Wir haben uns in Lutzmannsburg in Gruppen die Fragen und auch die Zusatzfragen gemeinsam erarbeitet. Mir ist nun aber aufgefallen, dass die JVP sich nicht daran gehalten hat und bereits in der zweiten Zusatzfrage an den Herrn Landeshauptmann unsere Vereinbarung gebrochen hat. *(Jugendabgeordneter Stefan Kast: Ich kann mich wirklich nicht um alle Jugendabgeordneten kümmern.)* Wer bricht also als erster diese Vereinbarungen? Meiner Meinung nach die JVP. Wir politisieren nicht. Wir bringen keine SPÖ ins Spiel. Politik wird

nur von Euch ins Spiel gebracht. *(Beifall - Jugendabgeordneter Stefan Kast: Das sehen wir ja heute!)*

Noch ein Wort zu den Abänderungen. Diese Abänderungen haben wir aus diesem Grund eingebracht, weil es für uns maßgebliche jugendpolitisch relevante Themen sind. Wir fordern, und das ist wirklich nicht unbekannt, als SJ Burgenland, als auch auf Bundesebene, die generelle und prinzipielle Abschaffung der Studiengebühren.

Für uns ist es nicht nachvollziehbar, warum Studiengebühren eine soziale Barriere sein sollen, die Jugendlichen, die finanziell nicht so ausgestattet sind, wie so manche andere von uns, die sich das auch leisten können, das Studium erschweren. Das ist ein Grund, warum wir sagen: Studiengebühren gehören generell weg vom Tisch! Die haben in Österreich nichts verloren! *(Beifall bei den Jugendabgeordneten)*

Ein anderer Forderungspunkt ist der Bereich Fachhochschulen. Wir haben im Referat vom Herrn Landesrat vorab gehört, dass wir im Burgenland im Fachhochschulbereich relativ gut ausgestattet sind. Wir fordern aber noch eine Verbesserung dieses guten Zustandes. Wir wollen noch mehr Studienlehrgänge und wir wollen noch bessere Verhältnisse für unsere FH Schüler.

Ich glaube, dass ist durchaus auch ein legitimer Punkt, wo ich sagen muss, okay, dass ist in Lutzmannsburg vielleicht nicht eingeflossen, aber wenn es mir nachher einfällt, werden wir doch in diese Richtung auch plädieren dürfen.

Der dritte Änderungspunkt oder Verbesserungsvorschlag, den wir haben, betrifft die gemeinsame Schule. Auch das ist schon ein längerer Forderungspunkt der Sozialistischen Jugend. Wir sehen auch in diesem Bereich für die Jugend eine relevante Möglichkeit, die Situation zu verbessern. Aus diesem Grund ist auch dieser Forderungspunkt in unserem Antrag enthalten.

Wir bringen diesen Antrag nun ein und möchten ihn dem Herrn Präsidenten überbringen. Ich bitte natürlich alle Abgeordneten diesen Antrag zuzustimmen, weil Studiengebühren in Österreich keinen Platz finden sollen, weil eine Gesamtschule das Gesamtsystem für die 10- bis 14-jährigen verbessert und weil wir mehr Fachhochschulrichtungen haben wollen. Politik, wie sie von anderen eingebracht wurde, muss heute hier nicht stattfinden.

Ich muss mich nicht bei meinem oder bei unseren Regierungsmitgliedern bedanken, nur damit jeder weiß, wo ich herkomme. Dankeschön. *(Beifall bei den Jugendabgeordneten)*

**Präsident Walter Prior:** Bevor Sie mir den Abänderungsantrag überreichen, muss ich Sie bitten, ihn auch vorzulesen.

Bitte Herr Jugendabgeordneter.

**Jugendabgeordneter Ing. Andreas Gradwohl** *(fortsetzend)*: Petition des Jugendlandtages vom 29. März 2007 betreffend der Verbesserungen für in Ausbildung befindlicher jungen Menschen im Burgenland.

Unser Anliegen besteht darin, das derzeitige Bildungsangebot im Burgenland zu verbessern.

Probleme bestehen hier im Bereich der Kindergärten, Schulen sowie in weiterbildenden Einrichtungen. Hier sollen die qualitativen Angebote ausgeweitet, aber auch die finanziellen Unterstützungen verbessert werden.

Nicht nur ein gesunder Geist, sondern auch ein gesunder Körper ist für eine allumfassende Bildung notwendig. Dabei soll auch auf die Bewusstseinsbildung im Bereich der Gesundheit eingegangen werden.

- Der Jugendlandtag fordert die Burgenländische Landesregierung auf, das Angebot an den Burgenländischen Fachhochschulstudienlehrgängen weiter auszubauen.
- Der Jugendlandtag fordert die Burgenländische Landesregierung auf, die Möglichkeiten der Berufsreifeprüfung im Fachbereich inklusive der Prüfung in die Berufschulzeit einzubinden.
- Der Jugendlandtag fordert die Burgenländische Landesregierung auf, das Projekt „Gesunde Schule“ für die Bewusstseinsbildung für Kinder bei gesunder Ernährung und sportlicher Betätigung in burgenländischen Kindergärten und Schulen einzuführen.
- Der Jugendlandtag fordert die Burgenländische Landesregierung auf, ein verpflichtendes letztes Kindergartenjahr zur Förderung der sozialen Kompetenzen einzuführen.
- Der Jugendlandtag fordert die Burgenländische Landesregierung auf, die freie Fahrt für Berufsschüler einzuführen.
- Der Jugendlandtag fordert die Burgenländische Landesregierung auf, an die Bundesregierung heranzutreten und eine Anpassung und Ausweitung des Stipendiumsystems vorzunehmen.
- Der Jugendlandtag fordert die Burgenländische Landesregierung auf, an die Bundesregierung heranzutreten und den Einstieg zur gemeinsamen Schule der 10- bis 14-jährigen vorzubereiten.
- Der Jugendlandtag fordert die Burgenländische Landesregierung auf, an die Bundesregierung heranzutreten und die bundesweite Abschaffung der Studiengebühren durchzusetzen.

Der Jugend-Landtag hat beschlossen:

Die Burgenländische Landesregierung wird aufgefordert,

- diese Petition im Petitionsausschuss des Burgenländischen Landtages zu behandeln

**Präsident Walter Prior:** Danke Herr Abgeordneter. Herr Abgeordneter! Ich benötige bitte den Antrag. *(Zwiesgespräche in den Reihen der Jugendabgeordneten - Der Jugendabgeordnete Ing. Andreas Gradwohl überreicht dem Präsidenten den Abänderungsantrag)*

Der mir soeben überreichte Abänderungsantrag der Jugendabgeordneten Ing. Andreas Gradwohl, Christine Kotschar, Markus Schrödl und Birgit Eitel ist gehörig unterstützt, sodass er gemäß § 61 Abs. 3 GeOLT in die Verhandlung einbezogen wird.

Als nächstem Redner erteile ich Herrn Abgeordneten Istvan Deli das Wort.

Bitte Herr Abgeordneter.

**Jugendabgeordneter Istvan Deli:** Sehr geehrte Jugendabgeordnete! Hohes Haus! Andreas! Ich möchte mich bei Dir, und nicht bei irgendeiner Partei, bedanken, denn Du hast mir etwas Material gegeben, was man ein bisschen bearbeiten konnte.

Ich möchte trotzdem nochmals darauf eingehen. Die Erwartungen waren für heute schon relativ hoch. Wir haben uns darauf gefreut, gemeinsam noch einmal die Inhalte, die

wir in Lutzmannsburg, ich möchte sagen, um teures Geld, denn ich glaube, so ein Seminar kostet nicht wenig, besprochen haben und heute auch der Öffentlichkeit präsentieren. Bitte das noch einmal in Erinnerung zu rufen, weil ich der Meinung bin, dass das einige von uns vergessen haben. Ich will noch dazu sagen, wir haben alle den Antrag unterschrieben und jetzt ein paar Wochen später herzugehen und zu sagen: „Passt mir nicht, irgendwer von meiner Partei hat mir gesagt, das soll nicht so sein“, da frage ich mich, ob das die Handschlagqualität der Sozialistischen Jugend ist, wirklich. *(Beifall bei den Jugendabgeordneten - Jugendabgeordneter Ing. Andreas Gradwohl: Mir hat keiner gesagt, was ich machen soll!)*

Ich möchte gleich ein paar Punkte herausheben, weil Du gesagt hast, das ist zu verbessern. Da frage ich mich, im Abänderungsantrag steht: Der Jugendlandtag fordert die Burgenländische Landesregierung auf, das Angebot der burgenländischen Fachhochschulstudienlehrgänge weiter auszubauen. Mir kann niemand erklären, dass das im Sinne der Jugendlichen ist.

Ein weiterer Punkt, den ich auch ansprechen möchte, ist das Letzte mit den Studiengebühren. Mir kommt es vor, als ob das ein verzweifelter Versuch wäre, die gebrochenen Wahlversprechen von Bundeskanzler Gusenbauer im Burgenland wieder gut zu machen. Das kann ich absolut nicht verstehen und will ich auch nicht verstehen. Da möchte ich an die Vernunft an den Jugendlandtag appellieren. *(Beifall bei den Jugendabgeordneten)*

Der letzte Punkt zu Martin Heissenberger. Ich fühle mich persönlich angegriffen, weil ich war auch Landesschulsprecher und Bundesschulsprecher und ich kann nicht nachvollziehen, dass Du hergehst und sagst, wir leisten nichts oder wir machen zu wenig. Ich lade Dich herzlich ein, nach dem Jugendlandtag einmal mit uns mitzugehen und zu schauen, was Schülervereine außerhalb ihrer Schulzeit ehrenamtlich leisten. Das ist nicht ohne! Übrigens was nicht richtig ist, dass keine also konkrete BHS-Forderung, das heißt übrigens BHS und nicht BMS-Landesschulsprecher. Es ist angefordert, dass der Landesschulgemeinschaftsausschuss hineinkommt, was sicherlich wichtig ist und was mich wundert, warum das beim SI-Antrag nicht drinnen war. Ihr schwärmt von Mitbestimmung, selber kommt sehr wenig von Euch.

Wie gesagt, einem gewählten Landesschulsprecher das vorzuwerfen! Österreichweit leisten sie sehr gute Arbeit. Ich finde, man sollte sich vielleicht ein bisschen bemühen objektiv zu sein und nicht direkt jemanden anzugreifen, vor allem persönlich zu verletzen. Ich finde das nicht in Ordnung.

Wie gesagt, mein Angebot ist, dass wir vielleicht nachher gemeinsam die Punkte durchgehen, was konkret in Aussicht ist, was bis jetzt gemacht wurde und was noch vorsteht, dass wir uns das gemeinsam anschauen. Ich möchte wirklich noch einmal an die Vernunft von Euch appellieren und sagen, wir haben uns gemeinsam etwas ausgearbeitet.

Das nächste Mal treffen wir uns vielleicht in einem Klub, gleich im SPÖ-Klub, machen uns aus, was quasi unsere Vorgesetzten haben wollen und bestimmen das dann noch einmal hier, damit schön die Presse mit dabei ist und fotografiert, dann ist das abgeseget. Oder schicken wir es gleich beim nächsten Mal per E-Mail aus, dann ersparen wir uns viel Geld. Überlegt Euch das einmal. Danke. *(Beifall bei den Jugendabgeordneten)*

**Zweiter Präsident Kurt Lentsch***(der den Vorsitz übernommen hat):* Als nächstem Redner erteile ich dem Abgeordneten Thomas Juszt das Wort.

Bitte Herr Abgeordneter.

**Jugendabgeordneter Thomas Juszt:** Sehr geehrter Herr Präsident! Hohes Haus! Werte Kollegen des Jugendlandtages! Ich fühle mich hier verwundert, was da passiert, was da abläuft. Ich sehe, die gute Arbeit von Lutzmannsburg wird hier anscheinend verworfen. Ich unterstütze hier den ersten Antrag aufgrund dessen, weil beim Abänderungsantrag ein Punkt enthalten ist, den die Junge FPÖ nicht mitträgt.

Der Jugendlandtag fordert die Burgenländische Landesregierung auf, an die Bundesregierung heranzutreten, den Einstieg zu gemeinsamen Schulen der 10 bis 14-Jährigen vorzubereiten. Das unterstützen wir nicht.

Weiters möchte ich dazu sagen, ich nehme aber zu Kenntnis und unterstütze das demokratische Recht, hier einen Abänderungsantrag einzureichen. Das obliegt einem jedem, jeder kann das machen. *(Beifall bei den Jugendabgeordneten)* Warum auch nicht? Danke.

**Zweiter Präsident Kurt Lentsch:** Ich erteile als nächster Rednerin der Frau Jugendabgeordneten Daniela Wallner das Wort.

Bitte Frau Abgeordnete.

**Jugendabgeordnete Daniela Wallner:** Also ich möchte nur kurz etwas zu den Studiengebühren sagen. Ich finde das toll, dass wir das alles gemeinsam gemacht haben. Ich bin auch ziemlich farblos und wir sind alle ungefähr im gleichen Alter. Wir stehen alle in Ausbildung.

Bei mir ist das so. Ich könnte, wenn ich wollte, dass meine Eltern mir das bezahlen. Dann wäre das für mich kein Thema. Ich finde mich aber alt genug, dass ich versuche, meinen Lebensunterhalt selber zu bezahlen. Das ist ganz schön viel. Ich studiere Medizin. Das Studium ist ziemlich aufwendig. Manche halte mich für verrückt, dass ich nicht annehmen möchte, dass meine Eltern mir das zahlen würden. Momentan tun sie es noch.

Ich versuche gerade wirklich nebenher arbeiten zu gehen, damit ich mir sowohl meine Miete, als auch alles andere selber zahlen kann. Die Studiengebühren für ein Semester sind für mich ungefähr so viel wie eine Monatsmiete plus Strom und Gas, also den Betriebskosten. Das heißt, ich muss nicht 12 Monate, sondern 14 Monate Miete zahlen, wenn ich die Studiengebühren zahle. Das ist einfach für mich persönlich. Ich möchte das aber einfach machen, weil ich weniger finanziell von zu Hause abhängig sein möchte.

Wenn man von daheim bezahlt wird und man nimmt das auch gern, ist es vielleicht nicht so ein Thema. Für mich schon. Auch wenn es jetzt im Abänderungsantrag steht - ich muss auch sagen, ich war in Lutzmannsburg nicht dabei in der Bildungsgruppe. Das heißt, ich habe das jetzt nicht so mitgekriegt. Ich finde es jetzt schön, dass irgendwo steht, ich muss als Studentin einfach dafür stimmen. Noch dazu als Studentin, die versuchen möchte, sich selber auf die Reihe zu kriegen. Das geht einfach nicht anders und ja, so schaut es einfach aus. Wenn man studiert, dann will man einfach nicht extra dafür zahlen. *(Beifall bei den Jugendabgeordneten)*

**Zweiter Präsident Kurt Lentsch:** Als nächstem Redner erteile ich dem Jugendabgeordneten Stefan Matkovits das Wort.

Bitte Herr Abgeordneter.

**Jugendabgeordneter Stefan Matkovits:** Hohes Haus! Werte Zuhörer! Ich muss mich jetzt auch zu Wort melden. Grundsätzlich gebe ich der lieben Kollegin Recht, einen

Abänderungsantrag einzubringen. Das Recht hat ein jeder, ich finde das super. Wir hätten es auch machen können. Jeder kann das machen. Ist auch gut.

Nur wenn ich nachdenke, wenn man einen Antrag stellt, kann man diesen auch verbessern. Das ist der Sinn des Abänderungsantrages. Ich habe mir den auch gut durchgelesen. Jeder der lesen kann, der wird jetzt sagen: Was hat sich da jetzt geändert? Oder was hat sich hier jetzt verbessert? Im Wesentlichen finde ich nichts, außer, die letzten zwei Punkte, die Bundesregierung soll aufgefordert werden für die Gesamtschule und die Bundesregierung soll aufgefordert werden die Studiengebühren abzusetzen.

Ich bin der Meinung, wir sind im Burgenländischen Landtag, wir sind im Burgenland. Da gibt es keine Studiengebühren. Wir sollten im Burgenland bleiben und wer vom Bundeskanzler etwas will, der soll sich an den Bundeskanzler wenden. *(Jugendabgeordneter Ing. Andreas Gradwohl: Wenn man in Wien studiert, ist es „wurst“!)*

Wie gesagt, das ist meine Meinung. Die letzten beiden Punkte sind eins zu eins Wahlkampf der Bundes-SPÖ. Ansonsten ist der Antrag fast eins zu eins der Hauptantrag. Also das ist meine Meinung. Danke. *(Beifall bei den Jugendabgeordneten)*

**Zweiter Präsident Kurt Lentsch:** Als nächster Redner zu Wort gemeldet ist Herr Abgeordneter Oliver Blaskovits.

Bitte Herr Abgeordneter.

**Jugendabgeordneter Oliver Blaskovits:** Ja, ich bitte noch einmal darum, dass man die Emotionen jetzt ein bisschen herunterschraubt und das alles ruhiger betrachtet. Der Kollege Deli hat schon einmal Anteil daran gehabt. Er hat sich auch ein bisschen gemäßigt. Die Zwischenrufe werden auch immer weniger. Also überlegt Euch das noch einmal.

Das ist das demokratische Mittel in jedem Landtag und in jedem Jugendlandtag, dass die Leute einen Abänderungsantrag einbringen und dieser dann auch zur Abstimmung gebracht wird. Der Antrag in ursprünglicher Form, wie er in Lutzmannsburg ausgearbeitet wurde, ist durchaus positiv und geht in die richtige Richtung. Aber, liebe Jungabgeordnete, Ihr müsst sehen, dass nur kleine Maßnahmen unser Bildungssystem nicht verbessern werden.

Österreich befindet sich nicht im Spitzenfeld und auch nicht in der Mitte der bildungspolitischen Systeme auf der Welt, eher im untersten Drittel. Hier gehören Maßnahmen gesetzt, die wirklich nachhaltig die Bildung in Österreich verbessern.

Deshalb ist es auch wichtig, dass der Antrag mit dem Abänderungsantrag ergänzt wird und in der Form, in welcher er ausführlicher ist, angenommen wird. Bitte führt ihn Euch noch einmal vor Augen. Wenn Ihr gegen den Abänderungsantrag stimmt, dann seid Ihr alle für die Studiengebühren! Deshalb bitte ich Euch, diesem Antrag zuzustimmen. Danke. *(Beifall bei den Jugendabgeordneten)*

**Zweiter Präsident Kurt Lentsch:** Ich möchte noch zur Klarstellung erwähnen, wie das in Zukunft mit den Wortmeldungen abläuft. Also der, der sich zu Wort meldet, hat es beim Präsidenten zu melden und zwar vorher und nicht wenn die Rednerliste schon geschlossen ist. Das war eine Ausnahme. Ich bitte, das in der Zukunft so zu berücksichtigen. Wir waren schon im Abstimmungsmodus und das ist so nicht vorgesehen.

Ich lasse zunächst über den von den Jugendabgeordneten Andreas Gradwohl, Christine Kotschar, Markus Schrödl und Birgit Eitel eingebrachten Abänderungsantrag

abstimmen und ich ersuche jene Damen und Herren Jugendabgeordneten, die dem Abänderungsantrag zustimmen wollen, sich von den Plätzen zu erheben. -

Das ist die Mehrheit. Die Petition betreffend der Verbesserungen für in Ausbildung befindlicher junger Menschen im Burgenland wird somit mehrheitlich mit den beantragten Abänderungen angenommen und dem Landtag zugeleitet.

### **3. Punkt: Antrag der Jugendabgeordneten Harald Stefanits, Thomas Bernhardt, Friedrich Heider, Miriam Herlicska, Eva Gradwohl, Tina Gsertz-Karazman, Oliver Krumpeck und Silvia Holper auf Fassung einer Petition betreffend Verbesserung der Lehrlingssituation im Burgenland (J 2)**

**Zweiter Präsident Kurt Lentsch:** Der 3. Punkt der Tagesordnung ist der Antrag der Jugendabgeordneten Harald Stefanits, Thomas Bernhardt, Friedrich Heider, Miriam Herlicska, Eva Gradwohl, Tina Gsertz-Karazman, Oliver Krumpeck und Silvia Holper auf Fassung einer Petition betreffend Verbesserung der Lehrlingssituation im Burgenland (J 2).

Berichterstatterin zu diesem Tagesordnungspunkt ist Frau Jugendabgeordnete Tina Gsertz-Karazman.

General- und Spezialdebatte werden unter einem durchgeführt.

Bitte Frau Berichterstatterin.

**Berichterstatterin Tina Gsertz-Karazman:** Sehr geehrte Landesräte! Liebe KollegInnen! Ich möchte die Petition des Jugendlandtages vom 29. März 2007 betreffend die Verbesserung der Lehrlingssituation im Burgenland vorbringen.

Die Situation am Lehrstellenmarkt einerseits und die Qualität in der Berufsausbildung andererseits geben Anlass, in der burgenländischen Lehrlingsausbildung aktiv zu werden. Gerade im Burgenland hat sich in den vergangenen Jahren die Situation dramatisch zugespitzt.

Sehr viele Lehrstellensuchende finden keinen adäquaten Ausbildungsplatz, weil es zu wenige Lehrstellen im Land gibt. Dem könnte man mit folgendem Modell entgegenwirken:

Ausbau der Förderung von Betrieben, die Lehrlinge ausbilden, mit Einsetzung einer Kontrollinstanz der zweckgebundenen Verwendung der Förderungsmittel für den Lehrling. Eine Kontrollinstanz soll weiters im Sinne des Qualifikationsmanagements die Qualität der Lehrlingsausbildung in Betrieben sichern.

Außerdem könnte die Einrichtung von regions- und fachspezifischen Lehrwerkstätten vielen Lehrstellensuchenden eine fundierte Ausbildung ermöglichen.

Die Finanzierung dieses Modells könnte über einen Lastenausgleich bewerkstelligt werden.

Betriebe - abhängig von der Größe des Unternehmens (Gewinn, Anzahl der MitarbeiterInnen) -, die nicht genügend Lehrlinge ausbilden, sollen entsprechend dieser Aufschlüsselung einen Lastenausgleich in einen Topf zur zweckgebundenen Förderung von Lehrwerkstätten und Betrieben, die Lehrlinge ausbilden, einbezahlen.

Die Förderung von Lehrwerkstätten ermöglicht auch die Integration von Lehrstellensuchenden mit Behinderungen beziehungsweise Lehrstellensuchenden aus erschweren sozialen Verhältnissen. Ein begleitendes Coaching für die Auszubildenden während der Lehre sowie über die Ausbildung hinaus ist dafür notwendig.

Zur Verbesserung der Lehrlingsausbildung ist es auch notwendig, die von der Bundesregierung geplante Lockerung des Kündigungsschutzes für Lehrlinge fallen zu lassen. Mit Einführung dieser Lockerung wäre eine grundlose Kündigung ab dem 2. Lehrjahr für Betriebe möglich. Dies könnte als Druckmittel gegen die Lehrlinge eingesetzt werden.

Durch gezielte Lehrlingskampagnen kann der Lehrberuf für Jugendliche transparenter und attraktiver gemacht werden. Jugendlichen soll es ermöglicht werden, vor allem zu „neuen Lehrberufen“ (Biotechnologie oder Umwelttechnologie) Zugang zu finden.

Um Jugendlichen eine Perspektive geben zu können, ist es sinnvoll, den Bedarf an Arbeitskräften in bestimmten Berufsgruppen zu erheben und Informationskampagnen entsprechend zu gestalten.

In diesen Kampagnen ist es wichtig, Vorurteile abzubauen, indem klischeehaften Rollenentwicklungen bei der Berufswahl entgegengewirkt wird. Dies ist natürlich ein langwieriger Prozess, da eine Meinungsumbildung in der Bevölkerung erreicht werden muss.

Daher fordern wir:

- Errichtung von Lehrwerkstätten in allen Regionen des Burgenlandes nach dem Modell Großpetersdorf
- Kontrolle der Qualitätssicherung der Lehrlingsausbildung in Betrieben, die Beibehaltung der Förderung von Betrieben, die Lehrlinge ausbilden
- Einen Lastenausgleich für Unternehmen, die nicht genügend Lehrlinge ausbilden
- Integration, Förderung und Coaching von Lehrstellensuchenden mit Behinderungen oder aus erschweren sozialen Verhältnissen

Mittels Kampagnen sollen folgende Punkte umgesetzt werden:

- Aufwertung des Lehrberufes
- Bewerbung von so genannten „neuen“ und zukunftsorientierten Lehrberufen
- Erhebung des Bedarfs an Arbeitskräften in bestimmten Berufsgruppen
- Bewerbung der Ergebnisse aus dieser Bedarfserhebung
- Abbau von Vorurteilen betreffend die klischeehafte Rollenverteilung bei der Berufswahl
- Finanzierung der bisher genannten Förderungspunkte nach im Antrag präsentierten Modellen

Ebenso wird die Landesregierung aufgefordert, mit folgender Forderung an die Bundesregierung heranzutreten:

- Rücknahme der geplanten Lockerung des Kündigungsschutzes für Lehrlinge.

**Zweiter Präsident Kurt Lentsch:** Danke Frau Berichterstatterin. Als Erster zu Wort gemeldet ist Herr Jugendabgeordneter Harald Stefanits.

Bitte Herr Abgeordneter.

**Jugendabgeordneter Harald Stefanits:** Herr Präsident! Hohes Haus! Es steht wohl außer Frage, dass sich die Arbeitsmarktsituation in Österreich und auch europaweit, speziell für junge Leute, in den letzten Jahren nicht unbedingt zum Guten gewendet hat.

Daher ist es gerade im Burgenland mehr als notwendig, diesem Trend entgegenzuwirken und mit einer Qualitätsoffensive in der Lehrlingsausbildung zu punkten. Es ist Fakt, dass infolge starker Pensionierungsjahrgänge die Zahl der Erwerbstätigen massiv zurückgeht. Das Burgenland ist sowohl durch den stärksten Rückgang, als auch von der Zeitfolge her, davon besonders betroffen.

Um dem vorzubeugen, muss ein entsprechender Jungfacharbeiternachwuchs gezielt und rechtzeitig ausgebildet werden. Der entstehende zusätzliche Fachkräftemangel muss legalisiert werden können. Ein Schluss der Lehrstellenlücke muss gelingen. Mehr Lehrplätze geschaffen werden.

Gerade die Burgenländerinnen und Burgenländer haben immer wieder bewiesen, dass sie fleißige und strebsame Menschen sind. Diesem Kollektiv eine qualifizierte Ausbildung anzubieten und über diesen Weg den Facharbeitermangel auszugleichen, ist wohl die bessere Alternative.

Weiters muss es eine Ausbildungsgarantie für alle Jugendlichen geben. Denn gerade für junge Menschen ist es wichtig, eine Beschäftigung zu haben, um mit einer positiven Perspektive in das zukünftige Leben gehen zu können.

Ausbildungsverbünde mittels derer mehrere Betriebe einen Lehrling ausbilden können oder die Schaffung neuer Lehrberufe, vor allem in Branchen der Zukunftstechnologien sind Lösungsvorschläge, die es umzusetzen gilt.

Aber warum in die Ferne schweifen, wenn das Glück doch so nah liegt. Die Öffnung der burgenländischen Berufsschulen zur Nutzung der freien Ressourcen, vor allem in den Schulferien, böte ausgezeichnete Rahmenbedingungen für eine überbetriebliche Ausbildung. Geräte, Material, Personal, alles vorhanden. Um die Möglichkeiten der überbetrieblichen Ausbildung allerdings noch weiter auszubauen, wird es auch notwendig sein - und wir haben ja bereits gehört in welchem Umfang - Lehrwerkstätten im Burgenland zu errichten.

Um garantieren zu können, dass die Abgänger dieser Lehrwerkstätten auch später einen Job finden, sollte die Festlegung der Fachrichtungen in enger Kooperation mit den regionalen Unternehmen erfolgen. Musterexemplare gibt es ja bereits. Aber auch andere Bereiche unseres Landes sollten in den Genuss dieser Möglichkeiten kommen.

Doch auch eine Anhebung der Qualität der Lehrlingsausbildung ist dringend anzustreben. Um Mängeln in der Ausbildung vorbeugen zu können, sollte eine Überprüfung der praktischen Fertigkeiten zur Halbzeit in der zweiten Berufsschulklasse eingeführt werden. Damit ist garantiert, dass etwaige Ausbildungsrückstände in Absprache mit dem Dienstgeber korrigiert werden können.

Weiters sollte auch eine fundierte Ausbildung der Lehrlingsausbildner angestrebt werden. Ein „Train the Trainer“-Modell, sowie eine Aufwertung der Ausbildner durch Auszeichnungen sind Ansätze in dieser Thematik.

Außerdem wird es auch wichtig sein, niedergeschriebene Qualitätsstandards in der Berufsausbildung zu implementieren. Eine Beratung der Unternehmen zur Erreichung von definierten Ausbildungszielen spielt dabei wohl eine große Rolle.

Auch nach Abschluss der Ausbildung sollten zum Beispiel finanzielle Mittel im Rahmen eines Qualifizierungsfonds Anreize für eine ständige Weiterbildung sein.

Lifelong Learning darf nicht nur ein Schlagwort sein, sondern muss den Jugendlichen als einer der wichtigsten Komponenten eines erfolgreichen Berufslebens mitgegeben werden.

Sie sehen, meine Damen und Herren, es gibt noch viele Punkte, die auf dem Weg zu einer quantitativ und qualitativ zufriedenstellenden Lehrlingsausbildung zu bedenken sein werden. Ich denke, dass der gerade gestellte Antrag ein hervorragender Schritt in die richtige Richtung ist und ich hoffe, dass viele der angesprochenen Themen auch in weiterer Folge umgesetzt werden.

Vielleicht kann sich das Burgenland in eine Vorreiterrolle begeben und im Bereich der Jugendbeschäftigung beispielhaft für alle anderen österreichischen Bundesländer vorangehen. Vielen Dank. *(Beifall bei den Jugendabgeordneten)*

**Zweiter Präsident Kurt Lentsch:** Als nächstem Redner erteile ich dem Jugendabgeordneten Oliver Krumpeck das Wort.

Bitte Herr Abgeordneter.

**Jugendabgeordneter Oliver Krumpeck:** Herr Präsident! Hohes Haus! In manchen Teilen Österreichs herrscht akuter Facharbeitermangel. Dieser sollte jedoch nicht durch ausländische Arbeitnehmer und Arbeitnehmerinnen, sondern durch gut ausgebildete Lehrlinge behoben werden. Im Burgenland gibt es ein Vorzeigemodell.

Die Lehrwerkstätte „Jugend am Werk“ in Großpetersdorf. Seit Jahrzehnten wird darin für Facharbeiternachwuchs gesorgt. Die hochqualifizierten Jungfacharbeiter werden in der Region Südburgenland von der Wirtschaft mit offenen Armen aufgenommen.

Der Wirtschaftsstandort im Südburgenland wird dadurch gesichert und weiter ausgebaut. Daher wäre es sinnvoll, in jedem Bezirk eine Lehrwerkstätte zu errichten. In Lehrwerkstätten haben Auszubildende die notwendige Zeit, Lehrlinge qualifiziert auszubilden. Darüber hinaus wird auf die Einhaltung des Kinder- und Jugendlichengesetzes und des Berufsausbildungsgesetzes geachtet.

Leider kann man das nicht von einigen privaten Firmen beziehungsweise Unternehmen behaupten. Dort müssen Jugendliche laufend Überstunden verrichten und werden zu berufsfremden Tätigkeiten herangezogen. Durch die Einführung eines Qualitätsmanagements könnte man diesen Umstand verhindern. Durch Überprüfungen des Ausbildungsstandes könnte die Qualität in der Lehrlingsausbildung gesteigert werden.

Einen Qualitätssprung in der Lehrlingsausbildung würde auch der Lastenausgleich analog dem Vorarlberger Modell bringen. Dabei zahlen Betriebe, die keine Lehrlinge ausbilden, in einen Fonds ein, aus dem Ausbildungsbetriebe Geld erhalten.

Deswegen ersuche ich um die Unterstützung dieses Antrages zum Wohle unseres Arbeitsmarktes und Wirtschaftsstandortes sowie unserer Jugend. Ausbildung, statt Auszubildende mit Bildung. Danke. *(Beifall bei den Jugendabgeordneten)*

**Zweiter Präsident Kurt Lentsch:** Als nächstem Redner erteile ich dem Jugendabgeordneten Bernd Weiss das Wort.

Bitte Herr Abgeordneter.

**Jugendabgeordneter Bernd Weiss:** Sehr geehrter Herr Präsident! Hohes Haus! Wie bereits erwähnt, die Situation am Lehrstellenmarkt einerseits und die Qualität der Berufsausbildung auf der anderen Seite geben Anlass, in der burgenländischen Lehrlingsausbildung aktiv zu werden. Die Zahl der Lehrstellen geht rasant zurück. Seit 1990 zirka um 21,8 Prozent.

Jeden Herbst stehen rund 400 burgenländische Schulabgänger ohne Aussicht auf einen Ausbildungsplatz auf der Straße. Das gehört geändert. Es fehlt das jahrelang erfolgreiche Auffangnetz für Jugendliche. Leider stehen die benötigten Geldmittel zur Finanzierung von Lehrlingsausbildung und besonders für qualitative Lehrlingsausbildung nicht mehr beziehungsweise nur in einem zu geringen Ausmaß zur Verfügung.

Doch auch die Erweiterung der Europäischen Union setzt die Qualifikation für Arbeiternehmerinnen und Arbeitnehmer besonders im Burgenland, als Mindeststandard voraus.

Eine Studie, die sich mit Betriebsansiedlungen im Burgenland auseinandersetzt zeigt, dass qualifizierte Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer vorhanden sein müssen. Nur eine Ausbildung mit Zukunft garantiert Wettbewerbsfähigkeit für junge Menschen am Arbeitsmarkt und der Wirtschaft.

Mit Lehrgängen wird versucht, Jugendlichen eine Ausbildung zu geben. Zurzeit befinden sich zirka 200 Jugendliche in Lehrgängen. In diesen Lehrgängen sollen Jugendlichen Fertigkeiten und Kenntnisse des jeweiligen Lehrberufes angeeignet werden und auch eine betriebliche Lehrstelle vermittelt werden.

Nachdem die Zahl der Jugendlichen in den Lehrgängen in den letzten Jahren aufgrund der Lehrstellensituation stark gestiegen ist und sich laut der demographischen Entwicklung diese Situation bis zum Jahr 2008 kaum ändern wird, muss die Qualität der Lehrgänge überprüft und gesichert werden.

Somit ist der Ausbau dieser Lehrgänge unbedingt erforderlich. Die angesprochenen Lehrwerkstätten würden sicher dazu ihren Beitrag leisten. Genauso das Modell des Lastenausgleichs, wo das gesamte Geld bindend für die Jugendausbildung eingesetzt wird. Integration, Förderung und Coaching sind nur drei wichtige Schlagworte, denen man sich insbesondere bei behinderten oder aus erschweren sozialen Verhältnissen kommenden Lehrlingssuchenden, annehmen sollte. Es soll wieder ein Auffangnetz errichtet und gesichert werden, in dem für jeden betroffenen Jugendlichen ein Platz bereitsteht.

Daher möchte ich eine Abänderung zum dritten Punkt des Originalantrages einbringen, sodass dieser nicht falsch verstanden werden kann. Die öffentlichen Forderungen sollen bindend für die Lehrlingsausbildung eingesetzt werden.

Sehr geehrter Herr Präsident! Der Abänderungsantrag. (*Jugendabgeordneter Bernd Weiss übergibt den Abänderungsantrag dem Präsidenten*) Ich möchte den Abänderungsantrag jetzt noch verlesen.

Petition des Jugend-Landtages vom 29. März 2007 betreffend die Verbesserung der Lehrlingssituation im Burgenland.

Die Forderungspunkte:

- Einrichtung von Lehrwerkstätten in allen Regionen des Burgenlandes nach dem Modell Großpetersdorf,
- Kontrolle der Qualitätssicherung der Lehrlingsausbildung in Betrieben,
- die Bindung von öffentlichen Förderungen an die Lehrlingsausbildung - da ist leider ein Fehler passiert - es steht Forderungen, es gehört Förderungen, Druckfehler.
- Lastenausgleich für Unternehmen, die nicht genügend Lehrlinge ausbilden,

- Integration, Förderung und Coaching von Lehrstellensuchenden mit Behinderungen oder aus erschweren sozialen Verhältnissen.

Mittels Kampagnen sollen folgende Punkte umgesetzt werden:

- Aufwertung des Lehrberufes
- Bewerbung von sogenannten „neuen“ und zukunftsorientierten Lehrberufen
- Erhebung des Bedarfs an Arbeitskräften in bestimmten Berufsgruppen
- Bewerbung der Ergebnisse aus dieser Bedarfserhebung
- Abbau von Vorurteilen betreffend die klischeehafte Rollenverteilung bei der Berufswahl
- Finanzierung der bisher genannten Förderungspunkte nach dem im Antrag präsentierten Modellen

Ebenso wird die Landesregierung aufgefordert mit folgender Forderung an die Bundesregierung heranzutreten:

- Eine Rücknahme der geplanten Lockerung des Kündigungsschutzes für Lehrlinge.

Danke. *(Beifall bei den Jugendabgeordneten)*

**Zweiter Präsident Kurt Lentsch:** Der mir soeben überreichte Abänderungsantrag der Jugendabgeordneten Bernd Weiss, Oliver Krumpeck, Christine Kotschar und Thomas Hoffmann ist gehörig unterstützt, sodass er gemäß § 61 Abs. 3 GeOLT in die Verhandlung einbezogen wird.

Als nächster Rednerin erteile ich der Jugendabgeordneten Luzia Janoch das Wort.

Bitte Frau Abgeordnete.

**Jugendabgeordnete Luzia Janoch:** Sehr geehrter Herr Präsident! Liebe Landesregierung! Liebe Kollegen des Burgenländischen Jugendlandtages!

Unsere Aufgabe sollte es heute sein, Forderungen einzubringen, die durchaus gut überlegt sind. Wo wir auch an die Zukunft von uns Jugendlichen und im Speziellen an die Zukunft von den Lehrlingen denken.

Die Lehrlinge in den Betrieben heute, sind die Facharbeiter von morgen, womit der soeben angesprochene Mangel ausgeglichen werden könnte. Indem sie die ersten betrieblichen Erfahrungen sammeln, sind sie die Unternehmer von morgen und somit die zusätzlichen Arbeitsstätten. Ich finde die Ausbildung nur in Förderwerkstätten, wie sie zum Beispiel in Großpetersdorf, Eisenstadt und Neutal vorzufinden ist, einfach unzureichend und unzumutbar.

In Unternehmen gibt es praxisorientierte Ausbildung, die für den einzelnen Jugendlichen sonst nirgendwo in diesem Ausmaß übermittelt werden kann. Fachgerechte Kenntnisse, Qualifikationen, der Praxisbezug, der Umgang mit Kollegen, Mitarbeitern, Chef und so weiter. Das sind alles wesentliche Faktoren, die nicht nur zur beruflichen Qualifikation eines Lehrlings beitragen, sondern auch die soziale Kompetenz fördern.

Lehrwerkstätten erfüllen dann eine wesentliche Aufgabe, wenn Betriebe in der Privatwirtschaft versagen, beziehungsweise nicht ausreichend Lehrstellen vorhanden sind. Dabei muss aber immer die Vermittlung im Anschluss an diese Ausbildung im Vordergrund stehen, und nicht die Förderwerkstätte. Sie sollte lediglich ein

Ausgleichsinstrument zum existierenden Arbeitsmarkt sein. *(Beifall bei den Jugendabgeordneten)*

Es wäre auch weiters total unmöglich und jetzt stellen wir uns das bitte einmal real vor, 160 verschiedene Lehrstellen in Förderwerkstätten aufzubereiten. Ich meine: Wie soll das gehen? *(Zwiesgespräche in den Reihen - Der Präsident gibt das Glockenzeichen.)* Darf ich fortfahren mit meiner Rede? Im Anschluss!

Vielmehr sollte es auch ein Anliegen von uns Jungabgeordneten sein, wenn wir vernünftig denken, dann halten wir fest an bereits existierenden Maßnahmen, die effizient sind, wie zum Beispiel den Blumbonus. Der bringt einem Unternehmen im ersten Lehrjahr 400 Euro, im zweiten Lehrjahr 200 Euro und im dritten Lehrjahr 100 Euro. 2006 wurden bereits 542 Lehrstellen im Burgenland von diesem Bonus gefördert.

Ich glaube, das ist ein eindeutiges Zeichen, dass diese Maßnahme greift. *(Beifall bei den Jugendabgeordneten)*

Ich verstehe nur gerade den Punkt die Bindung von öffentlichen Förderungen an die Lehrlingsausbildung nicht. Da muss ich Sie, liebe Kollegen, fragen: Kennen Sie den Blumbonus bis gerade eben nicht? Der ist ja das eindeutige Zeichen, dass es das bereits gibt. Ich finde die Ergänzung ganz in Ordnung. *(JAbg. Bernd Weiss: Es gibt die Förderung, aber sie soll bindend für die Lehrlingsausbildung sein.)*

Das ist es ja, sie ist ja bindend und sie wird kontrolliert. Also bitte, ich fordere Euch auf, zuerst denken, dann fordern! *(Beifall bei Jugendabgeordneten)*

Ganz in diesem Sinn appelliere ich noch einmal an Euer Gewissen und an Eure Vernunft und bitte Euch, nicht für diesen Antrag zu stimmen. Danke. *(Beifall bei den Jugendabgeordneten)*

**Zweiter Präsident Kurt Lentsch:** Als nächster Rednerin erteile ich der Frau Jugendabgeordneten Julia Tinhof das Wort.

Bitte Frau Abgeordnete.

**Jugendabgeordnete Julia Tinhof:** Sehr geehrter Herr Präsident! Hohes Haus! Liebe Abgeordnete! Ich finde es einmal sehr witzig im Vorhinein, dass zwei Organisationen hier diesen Abänderungsantrag gar nicht erhalten haben. Da spreche ich einerseits für mich, andererseits für die Dame neben mir. Insofern zum Abänderungsantrag kann ich nicht wirklich Stellung nehmen, wenn ich keinen erhalten habe. *(Beifall bei den Jugendabgeordneten)*

Zum Originalantrag natürlich schon, auf den bin ich vorbereitet. Ich finde es sehr gut diesen Lastenausgleich, der hier angeführt ist. Wozu ich aber Stellung und zwar leider Stellung der Grünen, eine politische nehmen muss, ist: Wir stehen diesem Antrag natürlich sehr unterstützend gegenüber, da er weitestgehend mit unseren Zielsetzungen übereinstimmt.

Andererseits der Punkt Rücknahme der geplanten Lockerung des Kündigungsschutzes für Lehrlinge. Wir denken, dass sich hier eher eine Verbesserung der Lehrlingssituation einstellen könnte. Die Grüne Jugend ist sich sehr wohl bewusst, dass junge Menschen gerade am Anfang ihrer beruflichen Entwicklung Unterstützung und Schutz benötigen.

Jedoch kann dies und sollte vor allem durch andere Maßnahmen als bloß durch einen Kündigungsschutz unterstützt werden. Diese Verkürzung des Kündigungsschutzgesetzes wird sich bestimmt positiv in der Anzahl der Lehrlingsanstellungen zeigen. Den Arbeitgebern wird hiermit einiges an Bedenken, an

Skepsis genommen, somit führt dies zu mehr Lehrlingsplätzen. Ich danke Ihnen. *(Beifall bei den Jugendabgeordneten)*

**Zweiter Präsident Kurt Lentsch:** Als nächster Rednerin erteile ich der Frau Jugendabgeordneten Tina Gsertz-Karazman das Wort.

Bitte Frau Abgeordnete.

**Jugendabgeordnete Tina Gsertz-Karazman:** Sehr geehrte Landtagsabgeordnete! Liebe KollegInnen! Ich möchte auch kurz zu dem Antrag Stellung nehmen, weil mir ein besonderer Punkt ein Anliegen ist, da ich sehr viel mit Jugendlichen, die arbeitslos sind, die Arbeit suchen, zu tun habe.

Das sind Jugendliche, die aus schwierigen sozialen Verhältnissen kommen, wo es in der Familie manchmal drunter und drüber geht. Das sind Jugendliche, die nicht auf die Butterseite des Lebens gefallen sind. Und für solche Jugendliche möchte ich jetzt sprechen und mich besonders für diese arbeitslosen Jugendlichen einsetzen.

Viele sitzen zu Hause, finden keine Lehrstelle, wissen nicht, wo sie hingehen sollen. Wenn sie dann eine Lehrstelle haben, ist es oft ein Problem, dass sie eben gewisse Schwierigkeiten haben, manchmal etwas langsamer lernen, vielleicht sogar manchmal vorbestraft sind.

Deswegen finde ich es notwendig, dass es eine Vermittlung zwischen diesen Jugendlichen und zwischen der Arbeitsstelle gibt und möchte noch mal für diesen Punkt im Antrag sprechen, dass ein Coaching und eine Begleitung von Jugendlichen notwendig und auch sehr sinnvoll ist, wie die Erfahrung gezeigt hat. Danke schön! *(Beifall bei den Jugendabgeordneten)*

**Zweiter Präsident Kurt Lentsch:** Als nächstem Redner erteile ich dem Jugendabgeordneten Oliver Krumpek das Wort. *(JAbg. Christoph Schmidt: Ich habe geglaubt, wir dürfen nur einmal. Ich habe vorher auch nur einmal geredet. - Beifall bei den Jugendabgeordneten)*

Herr Kollege Schmidt, gut aufgepasst. Das heißt, der Kollege Gradwohl ist dann als Nächster zu Wort gemeldet.

**Jugendabgeordneter Ing. Andreas Gradwohl:** Werte Abgeordnete! Werte Regierung! Die Abänderung dieses Antrages ist im Prinzip jetzt keine so aufregende Sache für mich, wie er jetzt da diskutiert und hingestellt wird. Dem ganzen Antrag wird nur ein Satz geändert und der Satz ist meiner Meinung nach eine Änderung zum besseren Verständnis, sonst nichts.

Die Geschichte ist die, dass gefordert wird, dass die Förderung, die die Betriebe für die Lehrlingsausbildung erhalten, für die Lehrlinge auch fixiert wird. Im Blumbonus ist es ja meines Wissens so, dass die Betriebe eine Förderung bekommen, die an den Auszubildenden nicht gebunden ist, sondern der Betrieb kann mit dem Geld machen was er will. Und das ist der springende Punkt, das ist alles was wir wollen.

Ich appelliere an das Verständnis für Politik der Jugend und für Jugendförderung und dieser Veranstaltung auch.

Nur weil jetzt wieder so ein Abänderungsantrag eingebracht ist, um es meines Erachtens nach besser zu verstehen, wird jetzt da von einer gewissen Gegenseite schon wieder sofort dementiert: „Und weil der den einbringt, deswegen sind wir dagegen.“

Machen wir konstruktive Arbeit! Förderung für Lehrlinge soll verbindend für die Ausbildung der Lehrlinge sein und soll nicht dem Betrieb für Spritgeld, Wurstsemmeln

oder was auch immer zur Verfügung gestellt werden, sondern soll bindend sein für die Ausbildung dieser Jugendlichen, die die Ausbildung in diesen Betrieben auch absolvieren. Danke. *(Beifall bei den Jugendabgeordneten)*

**Zweiter Präsident Kurt Lentsch:** Da keine Wortmeldung mehr vorliegt, kommen wir zur Abstimmung. *(JAbg. Miriam Herlicska möchte sich noch zu Wort melden)* Die Wortliste ist erfüllt, wir kommen zur Abstimmung.

Ich lasse zunächst über den von Jugendabgeordneten Bernd Weiss, Oliver Krumpeck, Christine Kotschar, Thomas Hoffmann eingebrachten Abänderungsantrag abstimmen und ich ersuche jene Damen und Herren Jugendabgeordneten, die dem Abänderungsantrag zustimmen wollen, sich von den Plätzen zu erheben. -

Das ist die Mehrheit, der Antrag ist somit mit den Abänderungen angenommen. *(Beifall bei den Jugendabgeordneten)*

Die Petition betreffend Verbesserung der Lehrlingssituation im Burgenland wird somit mehrheitlich - mit den beantragten Abänderungen - angenommen und dem Landtag zugeleitet.

Ich möchte noch einmal erwähnen, ich habe vorher ausdrücklich gesagt - Entschuldigung für die Kollegin, die sich noch zu Wort melden wollte -, man hat sich beim Präsidenten zu melden. Es ist eine Viertelstunde diskutiert worden, ich glaube, Zeit genug, dass Sie kommen und Ihre Wortmeldung abgeben.

Wir waren bereits im Abstimmungsmodus und ich muss sagen, es gibt eine Geschäftsordnung, an die sich alle halten und die auch für alle gelten sollte.

#### **4. Punkt: Antrag der Jugendabgeordneten Mag. Josefine Sinkovits, Ing. Andreas Gradwohl, Stefan Kast, Daniela Wallner, Mag. Martin Schmid, Mario Baranyai, Martin Heissenberger und Thomas Hoffmann auf Fassung einer Petition betreffend Maßnahmen zur Ausweitung der Jugendmitbestimmung auf allen Ebenen (J 3)**

**Zweiter Präsident Kurt Lentsch:** Ich ersuche nun Herrn Jugendabgeordneten Thomas Hoffmann um seinen Bericht zum 4. Punkt der Tagesordnung, dem Antrag der Jugendabgeordneten Maga. Josefine Sinkovits, Ing. Andreas Gradwohl, Stefan Kast, Daniela Wallner, Mag. Martin Schmid, Mario Baranyai, Martin Heissenberger und Thomas Hoffmann auf Fassung einer Petition betreffend Maßnahmen zur Ausweitung der Jugendmitbestimmung auf allen Ebenen (J 3).

General- und Spezialdebatte werden unter einem durchgeführt.

Bitte Herr Berichterstatter.

**Berichterstatter Thomas Hoffmann:** Petition des Jugend-Landtages betreffend Maßnahmen zur Ausweitung der Jugendmitbestimmung auf allen Ebenen! Das Durchschnittsalter der Abgeordneten zum Burgenländischen Landtag beträgt rund 49 Jahre. Nahezu 50-Jährige haben eine andere Auffassung und einen anderen Zugang zu Anliegen Jugendlicher. Für die zukunftsfähige Entwicklung von Demokratie ist es von entscheidender Bedeutung, dass Jugendliche die Möglichkeit haben, aktiv Entscheidungen mitzugestalten.

Jugendliche haben Anliegen, Jugendliche wollen mitgestalten und Jugendliche wollen gehört werden! In der burgenländischen Jugendpolitik bedarf es Foren, speziell für Jugendliche und Plattformen, wo die Generationen miteinander in Dialog treten können. Dazu sind einerseits gesetzliche Rahmenbedingungen für deren Einrichtung notwendig, andererseits geht es um die Etablierung einer lebendigen politischen Kultur. Partizipation meint dabei zweierlei, Information und Beteiligung.

Damit die Anliegen von Jugendlichen aber öffentliche Aufmerksamkeit erhalten und damit zu gesamtgesellschaftlichen Anliegen werden, muss sich auch die burgenländische Medienlandschaft dahingehend verändern, dass Jugendthemen viel mehr Raum gegeben wird. Beim Erarbeiten und Umsetzen neuer Gesetzesmaterien soll explizit auf die Auswirkungen auf die Jugend Rücksicht genommen werden.

Die Stimme der Jugend muss gehört werden!

Daher fordern wir:

Jugendverträglichkeitsprüfung: Jugendverträglichkeitsprüfung von Gesetzes- und Verordnungsvorlagen auf allen Ebenen und in allen Bereichen durch Jugendliche.

Sofortige Umsetzung der Senkung des Wahlalters auf 16, auch auf Bundesebene.

Das Unterrichtsfach politische Bildung bereits ab dem letzten Pflichtschuljahr im Sinne der Anpassung an das Wahlalter.

Maßnahmen zur Demokratisierung: Fortführung des Jugendlandtages.

Einrichtung der Internetplattform sowohl zur inhaltlichen Vorbereitung der Jugendlandtagssitzungen, als auch als Diskussionsforum.

Sensibilisierung und Bewusstseinsbildung für Anliegen Jugendlicher über die burgenländischen Medien.

Förderung von Projekten von Jugendlichen für Jugendliche zur Bereicherung der burgenländischen Medienlandschaft.

Einrichtung eines Jugendausschusses auf Gemeindeebene.

Eine jährlich stattfindende, verpflichtende Jugendversammlung auf Kommunalebene.

Ein verpflichtender Jugendbericht bei jeder Bürgerversammlung.

Installierung eines Jugendvertreters im Volksgruppenbeirat.

Einsetzung jeweils eines Zivildienst- und Grundwehrdienstvertreters auf Landesebene.

Danke schön!

**Zweiter Präsident Kurt Lentsch:** Danke Herr Berichterstatter. Als erster Rednerin zu diesem Tagesordnungspunkt erteile ich der Frau Jugendabgeordneten Maga. Josefine Sinkovits das Wort.

Bitte Frau Abgeordnete.

**Jugendabgeordnete Mag Josefine Sinkovits:** Sehr geehrter Präsident! Sehr geehrte Damen und Herren! Eine funktionierende Demokratie braucht Beteiligung und Mitbestimmung sowie Menschen und Rahmenbedingungen, die dieses Engagement ermöglichen. Eine funktionierende Demokratie braucht auch Lebendigkeit. Deshalb wird auch nicht das Instrument des Abänderungsantrages in Frage gestellt, sondern die Art und Weise der Einbringung dieser Abänderungsanträge. *(Beifall bei den Jugendabgeordneten)*

Gemeinsam erarbeitete Positionen werden wieder in Frage gestellt. Das ist schade. Schade ist auch, dass dieser Jugendlandtag so gestartet ist. Der Jugendlandtag ist nämlich eine Chance, Jugendinteressen öffentlich zu machen, denn viele Jugendliche wollen mitreden, wenn es um ihre Anliegen geht. *(JAbg. Thomas Hoffmann: Jugendinteressen! Nicht Parteiinteressen!)*

Sie wollen sich einbringen und ihr unmittelbares Lebensfeld, ihre Zukunft mitgestalten.

Jugendliche wollen gehört und miteingebunden werden. Politik wird aber nach wie vor von Erwachsenen gemacht. Das Durchschnittsalter der Abgeordneten zum Burgenländischen Landtag beträgt rund 49 Jahre. Allein ein einziger ÖVP Landtagsabgeordneter ist unter 35 Jahren.

Die Anliegen der Jugendlichen sollten jedoch von Jugendlichen vertreten werden, denn Jugendliche kennen ihre Bedürfnisse am besten.

Auch sollte das kreative Potential junger Menschen und ihre oft unkonventionelle Art, neue Wege zu beschreiten, nicht links liegen gelassen werden.

Wir Jugendliche sind es auch, die mit den politischen Entscheidungen, die heute getroffen werden, morgen leben müssen. Deshalb sollten wir Jugendliche die Gelegenheit erhalten, unsere Ideen und Visionen auf allen politischen Ebenen einzubringen.

Der heutige Jugendlandtag bietet die Chance, mehr Demokratie zu wagen. Er ist eine bereichernde Ergänzung der aktiven Jugendpolitik im Land. Durch Landesjugendreferent Steindl wurde die Möglichkeit der Mitbestimmung der Jugendlichen in den letzten Jahren immer weiter ausgebaut. Ich denke dabei an die Senkung des Wahlalters. Wählen mit 16 ist im Burgenland bereits möglich, und wir haben hier gute Erfahrungen damit gemacht. *(Beifall bei den Jugendabgeordneten)* Oder ich denke an das Alphaprojekt, das erfolgreich Jugendinitiativen des Landes bündelt. Die AlphaCard ist als Vorteils card und Jugendausweis sehr begehrt.

Ein Projekt möchte ich stellvertretend für viele besonders hervorheben. Nämlich das „Jump in“-Projekt als Mitbestimmungsprojekt auf Gemeindeebene. Meine Heimatgemeinde macht bei diesem Projekt mit. Die Jugendlichen sind mit Engagement und Begeisterung dabei und ich wage zu behaupten, dass ohne die professionelle Unterstützung des Landesjugendreferates die Realisierung eines Jugendtraumes so schnell nicht möglich gewesen wäre. Herzlichen Dank dafür! *(Beifall bei den Jugendabgeordneten)*

Meine Damen und Herren! Den Jugendlichen gehört die Zukunft. Sie in die politischen Entscheidungsprozesse mit einzubinden ist eine Chance für uns alle. Deshalb fordern wir in unserem Antrag eine Ausweitung der Mitbestimmung Jugendlicher in politischen Ebenen. Eine Jugendverträglichkeitsprüfung von Gesetzes- und Verordnungsvorlagen, die sofortige Senkung des Wahlalters auf 16 auch auf Bundesebene, das Unterrichtsfach politische Bildung bereits ab dem letzten Pflichtschuljahr *(JAbg. Thomas Hoffmann: Den Antrag haben wir schon gehört.)*, die Fortführung des Jugendlandtages, eine Sensibilisierung und Bewusstseinsbildung für Anliegen Jugendlicher über die burgenländischen Medien, ein verpflichtender Jugendbericht bei jeder Bürgerversammlung sowie die Einrichtung eines Jugendausschusses auf Gemeindeebene sind nur einige berechtigte Forderungen des Antrages. Sie alle sind Maßnahmen, um Jugendliche aktiv mit einzubinden.

Abschließend möchte ich die Gelegenheit nutzen und darf mich als Bezirksjugendreferentin des Bezirkes Güssing bei Landesjugendreferenten Landeshauptmann-Stellvertreter Steindl für sein Engagement für die Jugend des Landes recht herzlich bedanken. *(JAbg. Oliver Blaskovits: Zum dritten Mal! - Beifall bei den Jugendabgeordneten)*

Er tut wirklich etwas für die Jugendlichen! Auch bei den Mitarbeitern des Landesjugendreferates danke ich als Bezirksjugendreferentin für die regelmäßige

Information über das vielfältige und attraktive Angebot für Jugendliche im Burgenland. *(JAbg. Thomas Hoffmann: Ist das irgendeine Festveranstaltung?)*

Vielen Dank auch an die Verantwortlichen für die Abhaltung des ersten Jugendlandtages als Chance, Demokratie zu wagen. Ich hoffe, es werden weitere folgen.

Ich werde dem Antrag meine Zustimmung erteilen. *(Beifall bei den Jugendabgeordneten)*

**Zweiter Präsident Kurt Lentsch:** Als nächstem Redner erteile ich dem Herrn Jugendabgeordneten Stefan Kast das Wort.

Bitte Herr Abgeordneter.

**Jugendabgeordneter Stefan Kast:** Sehr geehrter Herr Präsident! Werte Regierungsmitglieder! Geschätzte Kolleginnen und Kollegen! Vorausschickend einmal, ich werde auch dem Änderungsantrag natürlich meine Zustimmung geben, weil im Endeffekt ja nicht so viel geändert worden ist. Es ist wirklich das erste Mal heute was verbessert worden. Nicht einfach nur etwas herausgestrichen, was die Forderungen anderer Jugendlichen waren. *(Beifall bei den Jugendabgeordneten)*

Mitbestimmung ist für Parteien immer ein beliebtes Thema, vor allem, wenn man - zum Beispiel so wie die SPÖ - ab und zu vergisst, dass es überhaupt Jugendliche gibt.

Wie das Schicksal es heute so will und ich möchte jetzt da keinen persönlich angreifen, wirklich nicht, habe ich den Sitzplatz der SPÖ Jugendsprecherin Inge Posch heute ergattert. Und als ich mich im Internet über die Frau Abgeordnete informiert habe, bin ich drauf gekommen, dass die 45-jährige Bereichssprecherin für Jugend, sage ich jetzt einmal, ja keine Jugendliche mehr ist. Die ersten Zeilen sind mir gleich ins Auge gesprungen, was wir in unserem Antrag formuliert haben: „Nahezu 50-Jährige haben eine andere Auffassung und einen anderen Zugang zu Anliegen Jugendlicher.“ *(Beifall bei den Jugendabgeordneten)*

Das heißt, wenn ich Lehrer wäre und die SPÖ im Fach Jugendauthentizität beurteilen müsste, dann wäre mein Kommentar dazu: Setzen! Nicht genügend SPÖ Burgenland! *(JAbg. Ing. Andreas Gradwohl: Machen wir jetzt Parteipolitik oder Jugendpolitik? - Beifall bei den Jugendabgeordneten)*

Die ÖVP Burgenland hat mittels zahlreicher Anträge des Jugendabgeordneten Christian Sagartz, der ja seit Oktober 2005 im Landtag sitzt, bereits vorgezeigt, dass Jugendmitbestimmung ein zentrales Anliegen ist. Das heißt, für die ÖVP Burgenland ist jeder Landtag ein Jugendlandtag.

Mag. Franz Steindl möchte ich dafür danken *(Heiterkeit - Beifall bei den Jugendabgeordneten)*, dass er natürlich dahingehend unterstützt und es freut mich, dass auch die SPÖ-Fraktion klatscht, weil das ist wirklich ein guter Mann und den müssen wir uns vielleicht für den Landeshauptmannsessel einmal warm halten. *(Heiterkeit)*

Der zur Diskussion stehende Antrag betreffend Maßnahmen zur Ausweitung der Jugendmitbestimmung auf allen Ebenen *(Zwiegespräche in den Reihen)* - ich würde das Tratschen einstellen, hört mir zu, Ihr könnt noch viel lernen, wirklich - ist für mich ein sehr guter Antrag.

Meine Vorredner sind ja schon auf ein paar Themen eingegangen, ich möchte mich aber besonders auf die Mitbestimmung auf der Gemeindeebene widmen.

Wenn man sich im Burgenland umsieht und umhört, stellt man ganz schnell fest, dass gerade in Gemeinden, in denen Jugendliche von öffentlicher Seite unterstützend

gefördert werden, aufstrebende Ortschaften sind. Nebensatz, ich habe nichts dafür bezahlt bekommen, erwähnenswert ist, dass dort in den Ortschaften, wo die Jugendarbeit super funktioniert, eine gute junge ÖVP Ortsgruppe ist. *(Beifall bei den Jugendabgeordneten - Abg. Inge Posch: In Hirm nicht!)*

Diese Entwicklung soll auch durch den vorliegenden Antrag weiter Aufschwung erfahren und ich finde die Instrumente jährlicher Jugendbericht und Jugendversammlung sehr gute Maßnahmen.

Ich möchte auch noch einmal das Projekt „Jump in“ erwähnen. In meiner Heimatgemeinde ist das selbst durchgeführt worden - parteiübergreifend natürlich, ein jeder Jugendlicher. Also Ihr braucht keine Angst zu haben, dass wir da wieder den Landeshauptmann-Stellvertreter in die Höhe hieven, aber man muss ihm trotzdem Danke sagen, dass er das initiiert hat. *(Beifall bei den Jugendabgeordneten)*

Und es freut mich wieder, dass Ihr auch klatscht dafür; das habe ich heute nämlich auch schon des Öfteren vermisst. *(JAbg. Bernd Weiss: Und einmal geht es noch!)*

Natürlich möchten wir auch den Mitarbeitern des Landesjugendreferates danken, weil es ist eine sehr gute Arbeit, die sie leisten, und alle Achtung vor diesen Personen.

Liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich bitte Euch um Unterstützung des Antrages, auch des Abänderungsantrages, Maßnahmen zur Ausweitung der Jugendmitbestimmung, und ich möchte auch dafür eintreten, dass die Jugend einen besseren Stellenwert bekommt. Danke. *(Beifall bei den Jugendabgeordneten)*

**Zweiter Präsident Kurt Lentsch:** Als nächster Rednerin erteile ich der Frau Jugendabgeordneten Julia Tinhof das Wort.

Bitte Frau Abgeordnete.

**Jugendabgeordnete Julia Tinhof:** Sehr geehrter Herr Präsident! Hohes Haus! Liebe Abgeordnete! Ich will nur noch einmal sagen, ich bin heute mit einem weißen Blazer hierher gekommen. Ich habe ein Farbtupferl oben, ich finde es ganz interessant, dass die Reden immer politischer werden, dass unsere Anliegen immer mehr in den Hintergrund treten.

Ich würde jetzt einfach gern einmal zum Antrag Stellung nehmen und zu den Punkten darin und zu denen, die wir befürworten, die wir herausheben wollen. Es ist klar, dass ich sehr begrüße, dass das Wahlalter auch auf Bundesebene gesenkt wird.

In dem Abänderungsantrag, den ich erhalten habe, dass eben auch bei Volksabstimmungen und Volksbefragungen das Wahlalter gesenkt werden soll, ist sicher sinnvoll. Andererseits muss ich sagen: Ja, wir unterstützen es, allerdings muss es begleitend mit einem Maßnahmenpaket sein. Und zwar, wir können nicht einerseits von den Jugendlichen die Verantwortung verlangen und andererseits sie nicht auf den auszureichenden Informationsstand bringen.

Was auf keinen Fall passieren darf, ist, dass die Wahlen aufgrund von politischen Gefüge entschieden werden. Auf das will ich ganz maßgeblich eingehen, weil ich glaube, die Gefahr können wir gerade bei den Jugendlichen absehen.

Viel mehr habe ich nicht zu sagen. Ich begrüße auf jeden Fall den Abänderungsantrag. Danke. *(Beifall bei den Jugendabgeordneten)*

**Zweiter Präsident Kurt Lentsch:** Als nächster Rednerin erteile ich der Frau Jugendabgeordneten Miriam Herlicska das Wort.

Bitte Frau Abgeordnete.

**Jugendabgeordnete Miriam Herlicska:** Als Jugendliche weiß ich selbst, dass wir Jugendlichen nicht nur mitreden, sondern auch aktiv mitgestalten wollen. Das nicht nur passiv, sondern auch aktiv. Dazu ist es natürlich absolut notwendig, dass wir Jugendlichen uns organisieren können und dass uns auch dementsprechend finanzielle Mittel zur Verfügung stehen.

Daher möchte ich gleich den Abänderungsantrag einbringen und zwar im Forderungspunkt acht: „Verpflichtende Einrichtung eines Jugendausschusses auf Gemeindeebene sowie die Einsetzung eines Jugendgemeindereferenten mit eigenem Budget, wodurch Jugendprojekte direkt von Jugendlichen selbst durchgeführt werden können.“

Weiters möchte ich den Punkt herausheben „Installierung eines Jugendvertreters im Volksgruppenbeirat“, weil auch Jugendliche Mitglieder von Volksgruppen sind und auch sich dort gerne engagieren, wie ich selbst weiß, da ich jahrelang auf einer zweisprachigen Schule in Oberwart war. Da jedoch die Mitbestimmung durch Jugendliche fehlt, möchte ich diesen Punkt sehr begrüßen und dort einen Jugendvertreter oder eine Jugendvertreterin eingesetzt wissen.

Um zurückzukommen zum Abänderungsantrag: „Sofortige Umsetzung der Senkung des Wahlalters auf 16 auch auf Bundesebene sowie bei Volksabstimmungen und Volksbefragungen dahingehend, dass Jugendliche eine eigene Meinung haben und somit auch das Recht, ab 16 dort ihre Meinung mitzuteilen und somit die Entscheidungen in Österreich dementsprechend mitfallen können.“

Ich habe den Abänderungsantrag hier und bitte um Zustimmung zu diesem Abänderungsantrag. Danke schön! *(JAbg. Miriam Herlicska übergibt den Abänderungsantrag - Beifall bei den Jugendabgeordneten)*

**Zweiter Präsident Kurt Lentsch:** Der mir soeben überreichte Abänderungsantrag der Jugendabgeordneten Ing. Andreas Gradwohl, Martin Heissenberger, Thomas Hoffmann und Daniela Wallner auf Fassung einer Petition betreffend Maßnahmen zur Ausweitung der Jugendbestimmung auf allen Ebenen ist gehörig unterstützt, sodass er gemäß § 61 Abs. 3 GeOLT in die Verhandlung einbezogen wird.

Als nächstem Redner erteile ich dem Herrn Jugendabgeordneten Ing. Andreas Gradwohl das Wort.

Bitte Herr Abgeordneter.

**Jugendabgeordneter Ing. Andreas Gradwohl:** Werte Abgeordnete! Werte Regierung! Werter Präsident! Es freut mich, vorab einmal feststellen zu dürfen, dass diese Abänderung breite Zustimmung findet. Wie gesagt, die Änderung nicht wirklich groß.

Ich mag mich aber jetzt wirklich nicht mit dem Inhalt beschäftigen, was ich eigentlich vorgehabt habe, sondern prinzipiell die Wortmeldungen, die vor mir gesagt wurden, ein bisschen dokumentieren.

Den Lobeshymnen, die auf den Landeshauptmann-Stellvertreter Steindl losgetreten worden sind, möchte ich mich nicht enthalten. Ich möchte mich auch anschließen und mich bedanken und gratulieren, nur weiß ich noch nicht genau für was. *(Heiterkeit)*

Die Parteipolitik wird scheinbar da doch relativ intensiv von der jungen ÖVP hereingetragen in den Jugendlandtag *(Beifall bei den Jugendabgeordneten)*, wobei die ersten Wortmeldungen immer in die Richtung gegangen sind, die Politik darf heute hier nicht einziehen. Gesagt und dann selber auch gemacht, warum auch nicht.

Die Infos, die angesprochen wurden, wo Herrn Landeshauptmann-Stellvertreter auch gedankt wurde, dass das so gut funktioniert, dass der Informationsfluss so gut und so positiv ist, das mag wohl so sein, aber scheinbar auch nur bei der JVP, weil wir haben überhaupt keine Informationen in irgendeiner Hinsicht, beziehungsweise auch keine relevante Sachen, damit wir wissen, was sich in irgendeinem Bereich der Jugend oder des Landesjugendreferates auch tut.

Angesprochen ist auch geworden, ein gewisses Alter. Angesprochen ist worden die Abgeordnete Inge Posch. Ich bin grundsätzlich schon bei Euch, wenn es heißt, Jugend kann die Jugend besser vertreten, wobei ich aber jetzt gleich sagen will dazu, dies alleine ist zu wenig.

Nur das Alter zu haben, im Landtag zu sitzen und somit die Jugend zu präsentieren, ist der eine Part dieser Geschichte, der andere Part ist, um sich der Interessen der Jugend zu kümmern, diese zu vertreten und diese auch dementsprechend einzubringen.

Und ich kann von meiner Seite aus sagen, dass man das mit unserer Abgeordneten Inge Posch, die zwar nicht die Jüngste ist jetzt im Landtag, aber durchaus eine sehr kompetente Abgeordnete im Bereich Jugend. *(Beifall bei den Jugendabgeordneten)*

In der ersten Wortmeldung ist auch gefallen die Story „Wählen mit 16“. Ich habe in letzter Zeit immer mehr das Gefühl, dass sich die ÖVP beziehungsweise die JVP - und jetzt bringe ich auch einen politischen Part ein, damit es nicht so fad ist - dies immer mehr auf eigene Hutfedern heftet.

Ich möchte nur erinnern, die SJ war im Jahr 1985 erste Ideenbringer dieses „Wählen mit 16“. Das hat sich dann im Laufe der Jahre entwickelt und Mitte 90 hat es dann die ersten Studien gegeben, bis das dann umgesetzt wurde.

Ich kann mich nur erinnern, dass die JVP bis zu dem „Point of no return“, wo sie einfach gemerkt haben, wenn wir jetzt nicht am Zug aufspringen, sind wir nicht dabei, mitgeschwommen sind und gesagt haben, okay, wir sind jetzt auch auf einmal für „Wählen mit 16“. Und das finde ich nicht fair, dass man sich dann herstellt und sagt, okay, und so tut, wie es ein Projekt der ÖVP oder der JVP wäre, weil gemacht haben wir dieses Projekt und die Studien. *(Beifall bei den Jugendabgeordneten)*

Gekümmert haben wir uns. Aufspringen auf einen fahrenden Zug ist zwar nett, aber kann nicht der Weisheit letzter Schluss sein. Ich habe eine Kleinigkeit auch mitgebracht, damit wir optisch auch ein bisschen etwas zu sehen haben ein schönes Plakat der SJ, das wir in Zukunft auch dann präsentieren werden. Dürfte ich irgendjemanden bitten, mir zu helfen? Oliver vielleicht? *(Zwiesgespräche in den Reihen der Jugendabgeordneten)*

Es ist in Ordnung, wenn Ihr Euch mit unseren Federn schmückt. Das ist als Botschaft von der SJ an die ÖVP und an die JVP gedacht. *(Beifall bei den Jugendabgeordneten)*

Wie bereits gesagt war es mir ein wichtiges Anliegen, weil ich schon jahrelang dabei bin und wir schon immer vehement für dieses Wählen mit 16 Jahren eingetreten sind. Ich will damit verhindern, dass die ÖVP oder die JVP jemals noch einmal daher kommt und sagt: In Ordnung, das ist unser Projekt!

Das ist eigentlich auf unserem Mist gewachsen! So ist es nämlich einfach nicht. Danke schön. *(Beifall bei den Jugendabgeordneten)*

**Zweiter Präsident Kurt Lentsch:** Als nächstem Redner erteile ich dem Herrn Jugendabgeordneten Thomas Juszt das Wort.

Bitte Herr Abgeordneter.

**Jugendabgeordneter Thomas Juszt:** Sehr geehrter Herr Präsident! Hohes Haus! Werte Kollegen des Jugendlandtages! Ich sehe, dass hier immer mehr die Politik Einfluss bekommt und die Farben ihren Regenbogen auf den Himmel zeichnen. Das will ich aber nicht. Wir sind hier im Jugend-Landtag und die Jugend ist eine Altersgruppe, welche zusammenhalten und diese Projekte hier bei diesem Jugend-Landtag durchsetzen sollte. Ich brauche mich wirklich nicht zu bedanken, bei niemandem!

Ich sehe es als Pflicht eines Politikers, welcher durch das Volk gewählt wurde, und hier als Mandatar sitzt, uns zu vertreten. Ich brauche keine Gutheißen eines Politikers, denn allein der Erfolg zählt für uns alle. Wir sind die Jugend, wir sind gemeinsam, gehen wir einen gemeinsamen Weg und machen wir das Beste daraus. Danke. *(Beifall bei den Jugendabgeordneten)*

**Dritter Präsident Dr. Manfred Moser** *(der den Vorsitz übernommen hat):* Als Nächster zu Wort gemeldet ist Herr Landeshauptmann-Stellvertreter Mag. Franz Steindl.

Bitte.

**Landeshauptmann-Stellvertreter Mag. Franz Steindl** (ÖVP): Sehr geehrter Herr Präsident! Werte Jugendabgeordnete. Ich halte die Diskussion hier im Landtag für sehr gut, weil verschiedene Standpunkte vorgestellt werden. Das ist gut in einer Demokratie, dass es mehrere Ansichten und auch mehrere Parteien gibt und dass hier die Standpunkte auch eingebracht werden können. Es ist auch wichtig, weil man in einer Diskussion vielleicht das eine oder andere Argument noch beherzigen kann, bevor abgestimmt wird. Wenn ich mir bis jetzt die Debatte angehört habe, dann gibt es zwar konträre Meinungen, aber auch sehr viele Gemeinsamkeiten, wie das Wählen mit 16 Jahren.

Ich glaube, dass ist ein toller Erfolg des Burgenlandes. Es ist ein toller Erfolg nicht einer Partei, sondern es ist ein toller Erfolg der Jugend. Dass wir dieses Wählen mit 16 Jahren bereits bei der Gemeinderats- und Bürgermeisterwahl ermöglicht haben, zeigt, dass wir richtig liegen, denn 80 Prozent der über 16-jährigen haben sich damals bei der Gemeinderatswahl beteiligt. *(Beifall bei den Jugendabgeordneten)*

Wir liegen auch auf Landesebene deswegen richtig, weil sich über 70 Prozent der Jugendlichen über 16 Jahren bei dieser Landtagswahl beteiligt haben.

Das zeigt mir, und die Studien, die wir permanent seitens des Landesjugendreferates in Auftrag geben, bestätigen, dass wir richtig liegen. Jugendliche wollen auf kommunaler, auf Landes- und auf Bundesebene mitbestimmen. Jugendliche wollen sich einbringen. Daher ist es nicht richtig, wenn wir sagen, dass wir Politik für Jugendliche machen, sondern, wir sollten Politik mit den Jugendlichen gestalten. Daher ist mir die Mitbestimmung der Jugendlichen auf diesen Ebenen sehr wichtig.

Das Wählen mit 16 Jahren wurde bereits betont. Das haben wir hier im Burgenländischen Landtag auch beschlossen. Das wäre auch sonst nicht möglich gewesen. Ich sage es nur, weil wir dafür eine Zweidrittel Mehrheit, eine Verfassungsmehrheit, benötigten, die auch gegeben war.

Ich habe mit „Jump in“ ein Projekt ins Leben gerufen, das jetzt seit einem Jahr besteht. Das ist ein Pilotprojekt in 19 Gemeinden des Burgenlandes. Mir geht es darum,

dass wir die Jugendlichen miteinbinden. Ich komme auch aus einer Parteiorganisation und war in der Jungen ÖVP aktiv tätig.

Ich ziehe den Hut vor jeder Jugendlichen, vor jedem Jugendlichen, die sich heutzutage auch parteipolitisch betätigen. Es ist auch wichtig, dass man Emotionen zeigt, es ist auch wichtig, dass man Standpunkte austauscht, dass man vielleicht mitunter auch miteinander streiten kann und eine gewisse Streitkultur entwickelt. Böse sein darf man dann nicht, sondern, man muss auch dann nach einer Diskussion allen die Hand geben können.

Das ist, glaube ich, ganz wichtig für die Demokratie, damit sich etwas bewegt in diesem Lande. Das Projekt „Jump in“ ist ein geeignetes Projekt, das wir jetzt in 19 Gemeinden ausprobieren, wo es darum geht, nicht nur jetzt das Wählen mit 16 Jahren zu ermöglichen, sondern, wo wir Jugendliche in alle demokratischen Formen einbinden wollen. Ob das jetzt die Dorfgestaltung ist, ob das demokratische Mitbestimmungsrechte sind. Daher finde ich das gut. Ich kann das auch begrüßen, diesen Abänderungsantrag, dass man versucht, nicht nur jetzt auf Gemeindeebene einen Jugendgemeinderat zu installieren, sondern darüber hinaus der Jugend auch ein dementsprechendes Budget zur Verfügung stellt. Ich glaube, dass ist der richtige Weg.

Selbstverständlich gibt es viele Ideen, die man fördern kann. Ich mache das auch seitens des Landesjugendreferates. Da gibt es im Jugendbeirat und im Jugendforum auch Diskussionen, die kontroversiell geführt werden. Was könnte man mit diesem Geld machen? Wir bemühen uns - gemeinsam mit dem Jugendbeirat - eigene Projekte durchzuführen. Diese Kritik nehme ich sehr ernst, Herr Kollege Gradwohl, wenn Sie meinen, es muss noch mehr Transparenz herrschen.

Wir haben, zum Beispiel, gemeinsam das Jugendförderungsgesetz bearbeitet und neu formuliert. Dieses Jugendförderungsgesetz ist mit allen vier Parteien im Burgenländischen Landtag abgesprochen. Das wurde von mir als Jugendreferent als Sitzungsakt bereits eingebracht. Ich hoffe, dass diese Regierungsvorlage bald beschlossen wird, damit wir das auch umsetzen können.

Ich meine, es ist ganz wichtig, dass es konträre Meinungen gibt. Das belebt die Demokratie, das belebt den Burgenländischen Landtag. Daher sollten wir das eine oder andere korrigieren, auch überlegen, wie wir den Jugendlandtag fortführen können.

Meine Idee wäre, zum Beispiel, dass man mehr als nur drei Plätze verlost, dass sich mehr Jugendliche noch finden, damit vielleicht die Parteipolitik nicht so sehr diesen Stellenwert hat.

**Dritter Präsident Dr. Manfred Moser** *(das Glockenzeichen gebend)*: Zeitablauf!

**Landeshauptmann-Stellvertreter Mag. Franz Steindl** (ÖVP) *(fortsetzend)* Dass aber auch andere Meinungen einfließen können. Das wäre ein Weg und dafür werde ich mich auch einsetzen. *(Beifall bei den Jugendabgeordneten)*

**Dritter Präsident Dr. Manfred Moser**: Da keine Wortmeldung mehr vorliegt, kommen wir daher zur Abstimmung.

Ich lasse zunächst über den vom Jugendabgeordneten Ing. Andreas Gradwohl, Martin Heissenberger, Thomas Hoffman und Daniela Wallner eingebrachten Abänderungsantrag abstimmen. Das ist der Antrag, der also zuvor eingebracht und überreicht wurde.

Ich ersuche jene Damen und Herren Jugendabgeordneten, die dem Abänderungsantrag zustimmen wollen sich von den Plätzen zu erheben. -

Das ist einstimmig. Der Antrag ist somit mit den Abänderungen einstimmig angenommen und wird daher dem Landtag zugeleitet. *(Beifall bei den Jugendabgeordneten)*

**5. Punkt: Antrag der Jugendabgeordneten Luzia Janoch, Thomas Juszt, David Kappel, Gabi Tremmel, Thomas Velich und Teresa Zach auf Fassung einer Petition betreffend Mobilität und Wohnen im ländlichen Raum (J 4)**

**Dritter Präsident Dr. Manfred Moser:** Wir kommen nun zum 5. und letzten Punkt der Tagesordnung. Es ist dies der Antrag der Jugendabgeordneten Luzia Janoch, Thomas Juszt, David Kappel, Gabi Tremmel, Thomas Velich und Teresa Zach auf Fassung einer Petition betreffend Mobilität- und Wohnen im ländlichen Raum (J 4).

Berichterstatterin ist Frau Jugendabgeordnete Teresa Zach.

General- und Spezialdebatte werden unter einem durchgeführt.

Bitte Frau Berichterstatterin.

**Berichterstatterin Teresa Zach:** Sehr geehrter Präsident! Hohes Haus! Liebe Abgeordnete! Petition des Jugend-Landtages vom 29. März 2007 betreffend „Mobilität und Wohnen im ländlichen Raum“

Aufgrund der derzeitigen Situation am burgenländischen Arbeitsmarkt müssen nach wie vor zahlreiche burgenländische ArbeitnehmerInnen sowohl innerhalb des Burgenlandes als auch in die benachbarten Ballungsräume pendeln beziehungsweise werden zur Abwanderung in diese gezwungen.

Diesem Umstand darf nicht nur mit der Arbeitsplatzschaffung im Burgenland entgegengewirkt werden, sondern muss auch durch gezielte Unterstützung von PendlerInnen - insbesondere Jugendliche - verbessert werden.

Das Burgenland verfügt über kein flächendeckendes Bahnnetz beziehungsweise mangelt es generell an ausreichenden öffentlichen Bus- und Bahnverbindungen in Zentren. So verfügt der Bezirk Güssing nach wie vor über keine Bahnanbindung. Jugendliche, die auf öffentliche Verkehrsmittel zur Ausbildungsstätte beziehungsweise zur Arbeitsplatzerrreichung angewiesen sind, haben oft zahlreiche bürokratische Hürden zu überwinden, um Freifahrten und Ermäßigungen wahrnehmen zu können.

Aufgrund der angeführten Lage des öffentlichen Verkehrs im Burgenland sind viele BurgenländerInnen auf ein eigenes Fahrzeug angewiesen. Diese sind von der erhöhten Mineralölsteuer und Straßenbenutzungsgebühren ohne Ausgleich zusätzlich belastet. Für Jugendliche kommen hohe Führerscheinkosten hinzu, sowie sich weiters die Frage stellt, ob die Zumutbarkeitsgrenze für den Fahrkostenzuschuss nicht unzumutbar ist.

Was die Abwanderung von Jugendlichen beziehungsweise jungen Familien betrifft, mangelt es im Burgenland an leistbaren Wohnmöglichkeiten.

Daher fordert der Burgenländische Jugend-Landtag folgendes:

- Ausbau des öffentlichen Verkehrs z. B.:
  - Bahnanbindung für den Bezirk Güssing
  - Flächendeckendes Bahnnetz für das Burgenland - Eisenstadt sollte zumindest von jedem Bezirksvorort per Bahn erreichbar sein.
  - Dazu bedarf es einer Elektrifizierung der Bahnstrecke nach Eisenstadt auch für die Anbindung und Erreichbarkeit aus Wien.

- Generelle Lehrlingsfreifahrt für Wege, die nachweisbar der Ausbildung dienen. (Fahrten von und zum Internat, zum Arbeitsplatz - sowohl öffentlich als auch privat)
- Vereinfachung beziehungsweise Vereinheitlichung der Freifahrt- beziehungsweise Ermäßigungsausweise für SchülerInnen, StudentInnen und Lehrlingen bei gleichzeitiger Vergünstigung dieser, wodurch die Benützung des öffentlichen Verkehrs für Jugendliche leistbarer und attraktiver wird.
- Dazu eine Informations- und Aufklärungskampagne, die den Zugang transparenter gestaltet und erleichtert.
- Gezielte Förderung für Pendlerinnen, die auf ihr eigenes Fahrzeug angewiesen sind:
  - Leistbarer Führerschein durch Aufhebung der Monopolstellung von Fahrschulen, Theoriestunden an Schulen beziehungsweise Praxisstunden am WIFI oder BFI sowie Subventionen durch das Land.
  - Arbeitsfrei am Tag der Führerscheinprüfung.
  - PendlerInnenanwält als zentrale Beratungs- und Informationsstelle.
- Schaffung von leistbaren „Start-Wohnungen“ für unter 30-jährige durch das Land beziehungsweise gezielte Förderungen von Gemeinden und Genossenschaften, die Wohnraum schaffen, der speziell auf die Bedürfnisse junger und vor allem sozial schwächerer BurgenländerInnen abgestimmt ist, um der Abwanderung entgegen zu wirken.
- Für all jene, für die ein Nebenwohnsitz zum Beispiel in Wien dennoch unumgänglich ist, muss sich die Burgenländische Landesregierung als Ziel setzen, die Umstände der PendlerInnen zu verbessern, so dass der Hauptwohnsitz im Burgenland beibehalten wird.
  - Unterstützung der BetreiberInnenorganisationen von Studierendenheimen, um günstige Wohnplätze für StudentInnen aus dem Burgenland zu erhalten, da die Heime oft als erste Anlaufstelle für diese dienen.
  - Mögliche Vorteile, die durch den Hauptwohnsitz in Wien für BurgenländerInnen entstehen, wie zum Beispiel das Parkpickerl, Semesterticket et cetera müssen durch die Burgenländische Landesregierung ausgeglichen werden, um die Beibehaltung des Hauptwohnsitzes im Burgenland zu belassen.

Der Jugend-Landtag hat beschlossen:

Der Burgenländische Landtag wird aufgefordert,

- diese Petition im Petitionsausschuss des Burgenländischen Landtages zu behandeln

Danke. *(Beifall bei den Jugendabgeordneten)*

**Dritter Präsident Dr. Manfred Moser:** Ich danke der Frau Jugendabgeordneten für Ihren Bericht. Als ersten Redner zu diesem Tagesordnungspunkt ist Herr Jugendabgeordneter Thomas Juszt gemeldet.

Bitte Herr Abgeordneter.

**Jugendabgeordneter Thomas Juszt:** Sehr geehrter Herr Präsident! Hohes Haus! Werte Kollegen des Jugendlandtages! Ein amerikanischer Unternehmer hat einmal gesagt

„Sage mir nicht jeden Abend, wie erledigt du bist, sondern sage mir, was du erledigt hast.“  
Was ich damit sagen will: Wenn ich heute nach Hause fahre, möchte ich mit ruhigem Gewissen behaupten können, dass ich alles, was ich mir vorgenommen, auch erledigt habe.

Eines dieser Vorhaben war es, die enorme Wichtigkeit dieses Jugendlandtages zu unterstreichen. Es freut mich sehr, dass das Burgenland in Sachen jugendlicher Mitbestimmung einen großen und wichtigen Schritt in Richtung Zukunft gemacht hat.

Denn eines ist klar: Unsere Jugend ist die Zukunft unseres Landes!

Gibt es keine Jugend, so gibt es auch kein Burgenland mehr. *(Beifall bei den Jugendabgeordneten)*

Wie Sie sehen, beantworten sich unsere Fragen von selbst. Wir sind verpflichtet alles Notwendige zu unternehmen, um unsere Jugend zu unterstützen. Eine Art dieser Unterstützung ist dieser Jugend-Landtag.

Ich hoffe, dass dieser Jugend-Landtag nicht eine Eintagsfliege ist. Ich fordere deshalb den Burgenländischen Landtag auf, diesen Jugend-Landtag mindestens zweimal pro Jahr abzuhalten.

Ich bedanke mich im Name der burgenländischen Jugendlichen dafür, dass Sie uns die Möglichkeit zur demokratischen Mitbestimmung unseres Landes bieten. Danke.

Mobil sein. Was heißt das? So rasch und so günstig als möglich an sein Ziel zu gelangen. Das ist positiv, aber nur dann, wenn man es sich auch leisten kann.

Für Tausende Burgenländer ist Mobilität aber ein tägliches Muss auf ein Auto oder ein unzureichendes öffentliches Verkehrsmittel zurückzugreifen und natürlich eine große Last für die Geldbörse.

So verfolge ich nun die Medien und sehe daraus, dass großartig präsentiert wird, wie viel Geld für Mobilität und Verkehr ausgegeben wird.

Doch ich sehe nichts davon, dass das Bahnnetz, der Bus und viele Strecken davon hier im Burgenland erweitert, gebaut und erneuert werden.

Ich frage daher: Wohin kommt eigentlich das Geld dieser Förderungen und des Budgets?

Sollen wir diesem Problem hinterher asphaltieren und die Bahn und den Bus einfach liegen und außer Acht lassen? Nein, das ist einfach der falsche Weg.

Wir fordern, dass das Bahnnetz im Burgenland ausgebaut wird und somit die Erreichbarkeit der Ballungszentren und Vororte gewährleistet wird. In sozial gerechter und günstiger Form für Jedermann.

Wir müssen einfach dazu stehen, dass das Burgenland auf der Kriechspur der Bahn- und des Bausausbaues steht und wir müssen dazu neigen, sie wieder auf die Überholspur zu bringen. Im Jahr 2007 ist der Bezirk Güssing nicht einmal an das Bahnnetz angebunden.

Was resultiert daraus? Wir sind gezwungen, auf das Auto oder auf unzureichende Verkehrsmittel umzusteigen.

Kurzum, ich stehe für intelligente Mobilität und Zukunft, die sich auch in weiteren und langen Jahren noch jeder von uns leisten kann.

Mobilität ist wichtiger denn je. Aber steigende individuelle Kosten durch Treibstoffpreise, Abzocksteuern, während Alternativen vernachlässigt werden, sind ein deutlicher Beweis für eine Jahrzehnt verfehlt Mobilitätspolitik im Burgenland und sozusagen der schmerzhaft Anprall am Ende der Sackgasse.

Dennoch ist die Verkehrspolitik der Landesregierung noch immer angepasst, ideenlos und vor allem nutzlos.

Obwohl mutiges Gestalten und Umsteuern längst nötig wäre, damit nicht mehr Menschen am Straßenrand zurückbleiben.

Danke. *(Beifall bei den Jugendabgeordneten)*

**Dritter Präsident Dr. Manfred Moser:** Danke schön. Als nächster Redner zu Wort gemeldet ist Herr Jugendabgeordneter Oliver Blaskovits.

Bitte Herr Abgeordneter.

**Jugendabgeordneter Blaskovits Oliver:** Wertes Hohes Haus! Werte Mitglieder der Burgenländischen Landesregierung! Werter Herr Landtagspräsident! Wir haben uns in unserem Antrag über Mobilität und Wohnen im ländlichen Raum über eine zentrale Problematik der burgenländischen Jugendlichen Gedanken gemacht.

Ich habe das Klima in der Gruppe als sehr ausgewogen und angenehm empfunden. Wir konnten wirklich konstruktiv arbeiten. So ist auch dieser Antrag, von meiner Warte aus, komplett und es bedarf keiner Abänderungen.

Wenn Abänderungen noch von Euch kommen, dann ist es gut, denn es ist ein demokratisches Mittel und darüber können wir dann auch abstimmen.

Im Großen und Ganzen geht es im Antrag darum, die Lebensqualität der burgenländischen Jugendlichen, jungen ArbeitnehmerInnen, Lehrlingen, SchülerInnen, deutlich zu heben.

Da geht es im ersten Punkt um die Problematik der Mobilität. Im Burgenland ist es, wie mein Vorredner schon gesagt hat, eine Tatsache, dass das öffentliche Verkehrsnetz sehr schlecht und sehr unzureichend ausgebaut ist.

Es gestaltet sich als schwierig, von seinem Heimatort den Bezirksvorort mit den öffentlichen Verkehrsmitteln zu erreichen.

Es wird zu einer halben Weltreise, wenn man versucht, von seinem Heimatort in die Landeshauptstadt Eisenstadt mit öffentlichen Verkehrsmitteln zu kommen.

Von dieser Problematik sind natürlich die Jugendlichen am meisten betroffen, da sie über keinen Führerschein verfügen, wenn sie zumeist 15 oder 16 Jahre alt sind, noch keinen L17 haben und erst mit 18 den Führerschein machen dürfen.

Um sich in diese Problematik hinein versetzen zu können, lade ich Sie, liebe Mitglieder der Burgenländischen Landesregierung, ein, von ihrem Heimatort, an einem Samstagnachmittag zu mir nach Stinatz auf einen Kaffee mit öffentlichen Verkehrsmitteln zu kommen. *(Beifall bei den Jugendabgeordneten)*

Der Herr Landesrat Bieler wird es dabei noch ein bisschen leichter haben. Die Landesrätin Verena Dunst auch, obwohl das mit den ganzen Zeiten auch ein bisschen schwieriger ist. Aber, der Herr Landeshauptmann müsste sich schon einen Tag frei nehmen, um aus dem Norden zu mir zu kommen. *(Herr Landeshauptmann Hans Niessl: Ich könnte auch mit dem Rad zu Ihnen kommen.)*

Na ja, mit dem Rad geht das vielleicht, aber wir reden doch jetzt von den öffentlichen Verkehrsmitteln. Sie werden sehen, Spaß bei Seite, es geht einfach nicht. Jugendliche sind von dieser Tatsache am meisten betroffen, dass es eben keine Verkehrsverbindung im Burgenland gibt.

Es ist doch ein Wahnsinn, wenn man bedenkt, dass der Bezirk Güssing im Jahr 2007 noch immer nicht an das Schienennetz der ÖBB angeschlossen ist. Hier gilt es, seitens der Burgenländischen Landesregierung, Druck auf die Bundesregierung auszuüben, das vermehrt in die Schiene investiert wird, anstatt in irgendwelche Prestigeprojekte auf der Straße. *(Jugendabgeordneter Thomas Juszt: Bravo! - Beifall bei den Jugendabgeordneten)*

Die für die nächste Legislaturperiode geplanten Verkehrsvorhaben finde ich unzureichend. Ich sage das, obwohl dafür ein mir nahe stehender SPÖ-Minister zuständig ist.

Es muss mehr in Schiene und auch Straße investiert werden. Aber, die Schiene muss ganz oben bei den Agenden anstehen.

Ein weiterer Punkt zur Mobilität betrifft den Führerschein. In Österreich gibt es das Monopol der Fahrschulen auf die Führerscheinausbildung, wodurch die Führerscheinkosten in abnorme Höhen getrieben werden, die keineswegs mehr angemessen sind.

Deshalb haben wir auch in unserer Arbeitsgruppe angedacht, dass man - zumindest den theoretischen Teil der Führerscheinprüfung - an Institutionen, wie das WIFI oder das BFI, ausgliedern und dadurch die Fahrschulen dazu bringen könnte, ihre Preise anzupassen, damit diese auch wieder leistbar für Jugendliche werden.

Die nächste Problematik wäre das Wohnen für junge ArbeitnehmerInnen im Burgenland.

Speziell, wenn man gerade in die Arbeitswelt einsteigt und versucht, ein eigenes Leben und einen eigenen Haushalt zu führen, gestaltet es sich als schwierig, irgendwo eine Wohnung zu finden, da die Gehälter am Anfang der Karriere in der Arbeitswelt noch nicht so hoch sind.

Deshalb muss auch hier das Land danach trachten, dass Wohnungen für jungen Menschen im Burgenland geschaffen werden.

Als letztes möchte ich noch ein Zitat von Olaf Palme den Mitgliedern der Landesregierung mitgeben: „Die Jugend ist unsere einzige Verbindung zur Zukunft. Es gibt keine andere.“

Bitte nehmen Sie sich dieses Zitat zu Herzen und denken Sie daran: Jeder Euro, der heute in die Jugend, in Bildung, in Arbeit, in Wohnen, in Mobilität investiert wird, kommt in der Zukunft in 100-facher Ausführung zurück. Danke. *(Beifall bei den Jugendabgeordneten)*

**Dritter Präsident Dr. Manfred Moser:** Als Nächstes zu Wort gemeldet ist Frau Jugendabgeordnete Eva-Maria Gradwohl.

Bitte Frau Abgeordnete.

**Jugendabgeordnete Eva-Maria Gradwohl:** Sehr geehrter Herr Präsident! Liebe Landesregierung! Liebe Abgeordneten-Kollegen! Ich unterstütze den Antrag zu Mobilität und Wohnen im ländlichen Raum, den Ihr, meine Kollegen, ausgearbeitet habt. Ich habe diesem aber dennoch einige Überlegungen hinzuzufügen.

Im Antrag wird angesprochen, dass das Burgenland, vor allem aber der Landessüden, über ein nicht ausreichendes Bus- beziehungsweise Bahnnetz verfügt.

Ich selbst komme aus dem mittleren Burgenland und kann dazu nur sagen, dass das Verkehrsnetz innerhalb des Bezirks recht gut funktioniert und wir auch gute Anbindungen nach Wien und Eisenstadt haben.

Anders sieht die Situation allerdings aus, wenn ich nach Oberwart, geschweige denn noch weiter in den Landessüden reisen will.

Das wollen viele Schüler, wie auch schon vorher Martin Heissenberger erwähnt hat, die in Oberwart oder Oberschützen einen Schultyp besuchen, den es im mittleren Burgenland nicht gibt. Wie zum Beispiel die Tourismusschule oder die Bildungsanstalt für Kindergartenpädagogik.

Freunde von mir aus dem Rabnitztal, die in Oberwart eine Schule besuchen, sind zum großen Teil eineinhalb bis zwei Stunden oder noch länger mit öffentlichen Verkehrsmitteln unterwegs, um in die Schule zu kommen.

Die Strecke fährt man mit dem Auto in nicht einmal einer halben Stunde.

Im Vorjahr setzten sich Mandatare und vor allem Bürgermeister aus unserem Bezirk für mehr, bessere, an den Stundenplan angepasste Busverbindungen ein.

Diese brachten dann auch eine Resolution im Landtag ein, die jedoch von einer Mehrheit leider abgelehnt wurde. So herrschen nach wie vor zum Teil unzumutbare Zustände.

Ich appelliere deshalb an unsere Landespolitiker, mehr mit den Jugendlichen und für die Jugendlichen zu arbeiten, anstatt hauptsächlich parteipolitische Interessen zu verfolgen. *(Beifall bei den Jugendabgeordneten)*

Dass Projekte in diese Richtung jedoch leider keine Priorität haben, zeigte uns die Präsentation von Verkehrsprojekten durch Bundesminister Feymann vergangenen Montag.

Projekte, die die Verkehrssituation im Südburgenland verbessern sollen, werden - wieder einmal - auf die lange Bank geschoben.

Ein zweiter Weg, und das nur einmal als Idee anzubringen, um eben dieser schwierigen Verkehrssituation entgegen zu wirken, könnte die Einführung des Führerscheins schon mit 16 Jahren sein, wie dies schon in den meisten Bundesstaaten der USA üblich ist.

Auch dort ist kein signifikant höheres Unfallrisiko bei jüngeren Lenkern feststellbar.

Jugendliche ab 16 Jahren wären somit nicht mehr von nicht ausreichend vorhandenen Bus- und Bahnverbindungen abhängig, denn, meiner Meinung nach, sollte eine gute Bus- und Bahnverbindung nicht das Kriterium für die Wahl zum Ausbildungsplatz sein. *(Beifall bei den Jugendabgeordneten)*

Jugendliche sollten viel mehr die Möglichkeit haben, die Schule oder die Lehrstelle nach Interessen und Begabung auszusuchen.

Durch eine Verwirklichung beider Forderungen beziehungsweise Ideen, nämlich, der Verbesserung des öffentlichen Verkehrsnetzes, wie auch im Antrag gefordert, und der Einführung des Führerscheins mit 16, kann die Mobilität von uns Jugendlichen im Burgenland vehement gesteigert werden.

Die Mobilität ist in den letzten Jahren immer bedeutsamer geworden. War es für unsere Eltern etwas Besonderes, nach Spanien oder England auf Urlaub zu fliegen, so ist es heute selbstverständlich und fast ein Muss, dass man zu Ausbildungszwecken oder zwecks Berufserfahrung in das Ausland geht.

Dies wurde uns in den letzten Jahren, speziell seit Österreichs EU-Beitritt, wesentlich erleichtert. Das halte ich für sehr wichtig.

Was dabei jedoch nicht vergessen werden darf, ist die Mobilität im eigenen Land, vor allem in der eigenen Region, zu fördern.

Wenn Jugendliche nicht ausreichende Möglichkeiten der Mobilität am Land vorfinden, werden sie zu Ausbildungszwecken und zur Berufsausübung immer mehr in die Stadt abwandern, und viele von ihnen werden nicht mehr zurück kommen.

Daher muss das Angebot an Mobilität am Land für uns Jugendliche so angenehm und vielfältig als möglich gestaltet werden.

Ich habe jetzt absichtlich keinen Abänderungsantrag eingebracht, weil wir auch, zum Beispiel, die Forderung zum Führerschein mit 16 Jahren in einen solchen einbringen hätten können.

Ich wollte diesen Euch viel mehr als Idee zu einer Verbesserung der Verkehrsanbindung mitgeben und vielleicht finden wir uns schon in einem Jahr oder in einem halben Jahr beim nächsten Jugend-Landtag hier wieder.

Wir können alle über diese Idee jetzt zu Hause nachdenken und das dann eventuell beim nächsten Jugend-Landtag in einem Antrag einbringen. Danke. *(Beifall bei den Jugendabgeordneten)*

**Dritter Präsident Dr. Manfred Moser:** Als Nächste zu Wort gemeldet ist Frau Jugendabgeordnete Julia Tinhof.

Bitte Frau Abgeordnete.

**Jugendabgeordnete Julia Tinhof:** Sehr geehrter Präsident! Hohes Haus! Liebe Abgeordnete! Ich will gerade auf die Bahnverbindungen eingehen, weil ich immerhin schon seit sieben Jahren Pendlerin bin.

Ich kann mich noch erinnern, da war ich sehr jung, aber ich glaube, bereits 2000/2001 hat es geheißen, dass Eisenstadt einen direkten Weg nach Wien, also eine direkte Bahnverbindung bekommt, bekommen wird. Ich muss sagen, 2010, also in drei Jahren ist es soweit, da könnte ich diese Schule schon zum zweiten Mal absolviert haben. Ich frage mich ganz ehrlich, wird die A 3 zuerst ausgebaut oder wird eine Verbindung hinsichtlich Eisenstadt - Wien entstehen? Dass Güssing vom Bahnnetz her noch schwerere Umstände hat, ist überhaupt fast schon nicht vorstellbar, beziehungsweise dass keines da ist. Ich finde diese Bahnverbindung für den Bezirk Güssing als besonders wichtig beziehungsweise, dass das weiter in den Süden ausgebaut wird, umzusetzen.

Was ich noch sagen will ist, gerade aus aktuellem Anlass, im Bereich der Pendler muss es zu einem Konsens kommen, da Viele aus beruflichen beziehungsweise aus ausbildungstechnischen Gründen einen Nebenwohnsitz in Anspruch nehmen. Es steht doch fest, dass es im Sinne des Landes Burgenland ist, der Abwanderung entgegen zu wirken. Wenn jetzt jedoch die Wiener Kurzparkzonen ihre Zeiten auf bis zu 22.00 Uhr ausdehnen, sehe ich ein erhebliches Problem auf uns zukommen.

Er werden ebenfalls die Parkscheine, als auch die Preise für die Fahrscheine erhöht. Ich glaube, das ist auch ökologisch zu bedenken. Hier muss das Land entweder

mit einer Art Pendlerbonus aufwarten, oder aber die Arbeitsplatzsituation und einen Ausbau der Bildungsinfrastruktur als Alternativen bieten.

Ich danke Ihnen. Diesen Antrag finde ich als sehr empfehlenswert für den Landtag.  
*(Beifall bei den Jugendabgeordneten)*

**Dritter Präsident Dr. Manfred Moser:** Als Nächster zu Wort gemeldet ist Herr Jugendabgeordneter Thomas Hoffmann.

Bitte Herr Abgeordneter.

**Jugendabgeordneter Thomas Hoffmann:** Hohes Haus! Werte Jugendabgeordnete! Mobilität, insbesondere die Verkehrssicherheit, ist uns Jugendlichen ein wichtiges Anliegen.

Der Verein Discobus, gegründet im Jahr 2004 für Jugendliche, ist das mit Abstand größte Verkehrssicherheitsprojekt des Burgenlandes. Rund 1.500 Jugendliche nützen dieses Angebot von Wochenende zu Wochenende. Auch der Verkehrsclub Österreich, kurz VCÖ, weiß dieses Projekt zu schätzen und zeichnete dieses mit dem Mobilitätspreis in den Jahren 1999 und 2005 aus.

Umso enttäuschender waren für mich in der Fragestunde die Ausführungen des Landeshauptmann-Stellvertreters, Herrn Steindl, zuständig für das Landesjugendreferat, beziehungsweise jene von Frau Resetar, in deren Zuständigkeitsbereich auch die Verkehrssicherheit fällt.

Aber wie auch in ihrer Zuständigkeit für Tourismusangelegenheiten, muss man der Landesrätin Versäumnisse vorwerfen. Seit der Existenz des Vereines gab es noch keinen Euro für das größte Verkehrssicherheitsprojekt des Burgenlandes für uns Jugendliche.

Herr Landeshauptmann-Stellvertreter Steindl, bei dem seit 2004 jährlich ein Subventionsansuchen hinterlegt wurde, konnte sich nur ein einziges Mal in drei Jahren überwinden, über seinen politischen Schatten zu springen, und war bereit, dem Verein 2006 einen Betrag von minimalen 2.000 Euro zur Verfügung zu stellen.

Herr Landeshauptmann-Stellvertreter, gemessen an Ihrem Budget von rund 150.000 Euro im Landesjugendreferat, muss man feststellen, dass Ihnen die Verkehrssicherheit Jugendlicher nicht sonderlich am Herzen liegt.

Anstatt dieses Vorzeigeprojekt zu unterstützen, wollen Sie mit dem Steindl- oder Jugendtaxi das Rad neu erfinden. Mit zahllosen Pkws wollen Sie, wahrscheinlich zum Klimawandel beitragend, Jugendliche in Kleingruppen transportieren. Ich fordere die konservative der Legation, insbesondere Sie, Herr Landeshauptmann-Stellvertreter auf, zur Vernunft zurück zu kehren, und anstatt Parteipolitik, Sachpolitik zu betreiben, oder besser gesagt, den Discobus zu unterstützen, anstatt auf dem Rücken der Jugendlichen das Rad mit dem Steindl-Taxi neu zu erfinden. Danke. *(Beifall bei den Jugendabgeordneten)*

**Dritter Präsident Dr. Manfred Moser:** Als Nächste zu Wort gemeldet ist Frau Jugendabgeordnete Luzia Janoch.

Bitte Frau Abgeordnete.

**Jugendabgeordnete Luzia Janoch:** Herr Präsident! Werte Landesregierung! Liebe Kollegen! Ich erlebe es tagtäglich, dass mein Vater auf dem Weg in die Arbeit vier Jugendliche in eine berufsbildende höhere Schule nach Oberwart mitnimmt.

Ich frage mich, ob das im Jahr 2007 noch so sein muss. Denn weder adäquate Busverbindungen, noch sonst irgendwelche öffentliche Verkehrsmöglichkeiten würden

eine zumutbare Fahrzeit in die Schule ermöglichen. Hätte meine Schwester nicht den Führerschein mit 17 Jahren gemacht, wäre eine Schulausbildung in diesem Ausmaß nur mit weit mehr Schwierigkeiten verbunden gewesen. Daher unterstütze ich auch die Forderung der jungen ÖVP „Führerschein mit 16“, da es nur noch mehr Mobilität bringt.

Mobilität ist die Voraussetzung für die Zukunft und für die Jugendlichen im Burgenland. Weiters wäre zu überlegen, ob die Unzumutbarkeitsgrenze, das ist jene Zeit, die die Lehrlinge in ihre Lehrstätte benötigen, sie liegt bei zweieinhalb Stunden, nicht unzumutbar ist? Fahren sie eine geringere Zeit zur ihrer Lehrstätte, erhalten sie keine Entschädigung, liegt die Zeit darüber, wird eine kleiner Kostenteil rückerstattet.

Weiters frage ich mich, ob es sein muss, dass nicht ganz Burgenland flächendeckend vom B.net profitieren kann? Es gibt Gemeinden, mit 200 Einwohnern, die bereits 1997 einen Breitbandzugang hatten. Bezirksvororte haben das bis heute nicht. Ich freue mich auch weiters, dass dieser Antrag damals in Lutzmannsburg sehr diplomatisch, loyal und trotzdem sehr konstruktiv beschlossen wurde.

Ich bitte daher auch um Eure Unterstützung. *(Beifall bei den Jugendabgeordneten)*

**Dritter Präsident Dr. Manfred Moser:** Die nächste Wortmeldung kommt vom Herrn Jugendabgeordneten Oliver Krumpeck.

Bitte Herr Abgeordneter.

**Jugendabgeordneter Oliver Krumpeck:** Ich habe eine Wortmeldung bezüglich ÖBB und Bahnausbau. Also, ich arbeite bei den ÖBB. Ich mache Elektrifizierungen, ich bin bei einer Partie dabei. Wenn man sich jetzt anschaut, also den Auftrag heuer, im Prinzip von Gorbach und Feimann, so tut sich jetzt gewaltig etwas in den nächsten Jahren, beziehungsweise Jahrzehnten. Man spürt es auch ÖBB intern, dass jetzt was gefestigt wird, dass offensiv, also voll in die ÖBB investiert wird. Dadurch können wir jetzt nicht alle Projekte auf einmal realisieren.

Es gibt auch andere Bundesländer, aber wir schauen, dass so viel wie möglich durchgebracht wird. „Mehr Schiene statt Verkehrslawine“ ist unsere Devise.

Wie gesagt, die Länder brauchen jetzt Geduld. Es ist klar, im Südlichen ist der öffentliche Verkehr schrecklich, kann man sagen. Da gehört wirklich mehr Handlungsbedarf, beziehungsweise kann man in der Zwischenzeit mit Bussen aushelfen.

Ich habe an Tagen der Führerscheinprüfung frei. Das gilt auch für die ÖBB-Lehrwerkstätten, also es funktioniert. Das könnte man österreichweit, beziehungsweise burgenlandweit auch verwirklichen. Danke. *(Beifall bei den Jugendabgeordneten)*

**Dritter Präsident Dr. Manfred Moser:** Als Nächster zu Wort gemeldet ist Herr Jugendabgeordneter Ing. Andreas Gradwohl.

Bitte Herr Abgeordneter.

**Jugendabgeordneter Ing. Andreas Gradwohl:** Werte Mitglieder des Jugendlandtages! Hohes Haus! Die Mobilität wurde von meinen Vorrednern schon angesprochen, ein wichtiges Thema. Möchte noch einmal bekräftigen, die Aktivität Discobus, die eingeführt wurde im Burgenland, und meiner Meinung nach, es wirklich furchtbar schade ist, dass aus politischen Hintergründen ein Vorzeigeverkehrssicherheitsprojekt nicht behandelt wird, sondern, dass Rad, wie schon gesagt, neu erfunden wird, mit einem City-Taxi, das wieder eine massive Feinstaubbelastung bedeutet. *(Beifall bei den Jugendabgeordneten)*

Das bedeutet, dass maximal vier oder fünf Personen befördert werden können. Die Einrichtung des Discobusses gibt es ja schon länger, und sie rennt ja gar nicht schlecht, man kann sagen sie rennt fast optimal. Wenn man ihn benutzt, weiß man, wie viele Personen jedes Wochenende unterwegs sind und warum dieses Projekt seitens der Verkehrssicherheit als Vorzeigeprojekt ausgezeichnet wurde.

Warum es seitens des Landesjugendreferates keine Förderung, oder eine minimale Förderung bekommt, geht mir in meinen Verstand nicht rein. Ich verstehe es einfach nicht. *(Beifall bei den Jugendabgeordneten)*

Die Studien, die von der Frau Landesrätin Resetar dargebracht wurden, punkto Verkehrssicherheit, würde ich gerne einmal sehen, weil ich diesen Zahlen keinen Glauben schenken kann. Ich erinnere mich, die Studie des letzten Monats gelesen zu haben, wo die Verkehrstoten, leider muss man gestehen, um 20 Prozent gestiegen sind und nicht, wie in Ihrem Bericht permanent nur Rückgang in diesem Bereich ist, und somit scheinbar nicht viel Handlungsbedarf ist. Ich glaube, in unserem Interesse aller Jugendlichen, ist es natürlich relevant verkehrstechnisch einiges weiterzumachen und Initiativen zu starten.

Wie gesagt, die Einbindung des freien Discobusses oder des Discobusses an und für sich, in ein Fördersystem, damit die Verkehrssicherheit besser gefördert wird, ist bis dato nicht erfolgt. Ich wünsche mir und hoffe, dass dies in Zukunft dann auch passieren wird.

Ich möchte kurz auch zu dem Punkt Stellung nehmen, der von der JVP eingebracht wurde, dieser Führerschein ab 16. Ich würde hier in dieser Sache die Thematik woanders suchen. Ich würde anders ansetzen. Ich würde sagen, stattdessen unsere Jugendlichen, die Lehrlinge sind, die Schüler sind, die Studenten sind, zuerst mit dem Privileg aus, sich den Führerschein leisten zu können.

Eine Forderung unsererseits ist in die Richtung, dass wir sagen, eine Führerscheinobergrenze von 1.000 Euro. Ich würde in dieser Sache einen Schritt nach dem anderen machen und nicht einen großen Sprung nach vorne. *(Beifall bei den Jugendabgeordneten)*

Das heißt, für mich liegt die Priorität in dem Sinne, dass wir schauen, heben wir die Monopolstellung der Fahrschulen auf, schauen wir, dass die Jugendlichen in unserem Land einen leistbaren Führerschein bekommen und reden wir dann, ob sie mit 16 Jahren schon den Führerschein finanziell machen können, das ist der erste Schritt. Der zweite Schritt ist, mit dem Führerschein alleine mache ich nichts. Ich brauche dann mit 16 auch ein Auto und ein Auto kostet viel Geld.

Von dieser Argumentation her würde ich einen Schritt nach dem anderen setzen und zuerst unsere Unterstützung bekräftigen und auch bitten, diese weiter zu tragen, den Führerschein leistbar zu machen und überlegen wir dann, wie wir es schaffen, dass 16-Jährige noch weniger Einkommen haben, oder gar kein Einkommen haben, um sich den Führerschein leisten zu können, um sich somit dann auch ein Auto leisten zu können. Dankeschön. *(Beifall bei den Jugendabgeordneten)*

**Dritter Präsident Dr. Manfred Moser:** Als Nächster zu Wort gemeldet ist Herr Jugendabgeordneter Christoph Schmidt.

Bitte Herr Abgeordneter.

**Jugendabgeordneter Christoph Schmidt:** Wertes Hohes Haus! Werte Jugendabgeordnete! Ich glaube, nun ist der Jugendlandtag so ziemlich am Ende

angelangt und meiner Meinung nach, ist es, glaube ich, angebracht, dass wir uns auch bei der Organisation bedanken.

Das heißt, beim Herrn Landtagsdirektor Dr. Rauchbauer und beim Herrn Ing. Manfred Riegler von der Landtagsdirektion und bei den Präsidenten, weil ich glaube, sie haben sich alle von uns gemeinsam einen Applaus verdient. *(Beifall bei den Jugendabgeordneten)*

Ich möchte die letzten paar Minuten auch persönlich nützen. Martin Heissenberger, es ist mein Herzensanliegen, dass wir im Guten aus diesem Saal herausgehen, und auch wenn du mich ein bisschen persönlich angegriffen hast, das ist kein Problem, ich möchte nicht böse sein, *(Jugendabgeordneter Thomas Hoffmann: Es geht um Mobilität und Wohnen und um keine persönlichen Befindlichkeiten!)* sondern vielleicht willst du mich einmal auf einer Schulbesuchstour oder einer LSV-Sitzung besuchen. Das würde mich echt freuen, und ja, wenn es nicht stört, würde ich mich noch bei den verschiedenen Organisationen und bei den verschiedenen Mitarbeitern bedanken. Es hat mich echt gefreut heute, und es würde mich auch freuen, wenn wir nach der Sitzung noch gemeinsam ein paar Takte freundschaftlich draußen reden könnten und vielleicht noch unsere Standpunkte auch bei der Mobilität vertiefen könnten.

Wenn Ihr das so lustig findet, dann müssen wir das auch nicht machen, aber trotzdem, danke. *(Beifall bei den Jugendabgeordneten)*

**Dritter Präsident Dr. Manfred Moser:** Dankeschön. Als letzte Jugendabgeordnete ist vorerst Frau Daniela Wallner gemeldet.

Bitte Frau Abgeordnete.

**Jugendabgeordnete Daniela Wallner:** Also, ich werde wieder ganz kurz persönlich und zwar zu der Verkehrsgeschichte mit der Bahn. Ich bin nach Eisenstadt gezogen, weil nicht mehr im Studentenheim wohnen wollte, weil ich mir in Wien keine Wohnung leisten konnte, weil auf eine Gemeindewohnung muss man zwei, drei Jahren warten und sich wieder dort hauptmelden und ich wollte sowieso nicht dort bleiben.

So, jetzt wohne ich da und muss mit der Bahn natürlich regelmäßig nach Wien fahren. Fahrtkostenzuschuss kriegen Studenten nur dann, wenn sie auch ein Stipendium kriegen. Das kriege ich nicht, weil ich über der Zeit bin, weil wie gesagt, ich studiere Medizin, arbeite nebenher und bin voll aus der Zeit. Deshalb kein Stipendium, kein Fahrtkostenzuschuss.

Ich fände es toll, wenn man irgendwie - es gibt zwar diese ÖBB-Vorteilscard, die aber auch nicht ganz billig ist für uns - übers Land vielleicht eben irgendetwas andeuten könnte, zum Beispiel dass wir vielleicht Tickets, die wir nach Wien brauchen, sammeln, die dann einreichen und kriegen dafür eine Fahrt in der Woche rückerstattet, so dass man quasi einmal in der Woche gratis auf die Uni fahren könnte.

Also mit dem Vorteilsticket kostet das von Eisenstadt 12 Euro hin und retour. Ich weiß nicht, ob so etwas möglich ist. Es ist jetzt nur so eine Idee, die mir schon öfter im Zug gekommen ist. Dass man einfach den Leuten, die ständig herunter wohnen - es gibt nicht nur mich, sondern auch andere Studienkollegen, die eben nach Wien fahren müssen - dass man denen zumindest sagt, okay, einmal in der Woche könnt ihr gratis auf die Uni fahren und eure Sachen erledigen. Das fände ich super. Danke. *(Beifall bei den Jugendabgeordneten)*

**Dritter Präsident Dr. Manfred Moser:** Zu Wort gemeldet hat sich der Herr Landeshauptmann.

Bitte Herr Landeshauptmann.

**Landeshauptmann Hans Niessl (SPÖ):** Herr Präsident! Liebe Jungabgeordnete! Hoher Landtag! Am Ende dieser Landtagssitzung, die für uns alle eine Premiere war, noch einmal - ich habe es zu Beginn bereits gesagt - ein Danke, dass Sie sich bereit erklärt haben, daran teilzunehmen, vorzubereiten, politisch tätig sind, politisch interessiert sind. Ich denke, dass wir im Burgenland wirklich auf die Jugend des Landes stolz sein können. Dass Ihr Euch in das politische Geschehen, in Eurem Beruf, in Eurem Studium sehr aktiv einbringt, hat sich bewährt.

Ich kann nur eines sagen, ganz gleich ob ich in Wien bin, in anderen Bundesländern oder bei Betrieben im Burgenland, die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des Landes werden geschätzt. Ich denke, dass Ihr diese gute Tradition im Land auch in Zukunft fortsetzen werdet und ein Garant dafür sein werdet, dass das Burgenland sich auch in den kommenden Jahren so erfolgreich wie in der Vergangenheit entwickeln kann.

Franz Kafka hat gesagt: Wer etwas verändern will, muss neue Wege gehen. Ich glaube, dass der Burgenländische Landtag heute mit dem Jugendlandtag einen neuen Weg gegangen ist. Es wurden auch sehr interessante Themen ausgewählt, ob das die Diskussion um die Arbeitsplatzsituation ist, um den Bereich der Bildung, die Verkehrssituation und die demokratische Mitbestimmung von Jugendlichen.

Das waren vier sehr wichtige Schwerpunkte. Ich glaube, jeder der hier interessiert zugehört hat, und ich bin bewusst fast die ganze Zeit herinnen geblieben, der konnte auch sehr viel Positives durch die Beiträge mitnehmen. Es war auch demokratiepolitisch sehr in Ordnung, wie hier miteinander umgegangen wurde, wie die Beiträge gebracht wurden.

Ich glaube, dass war auch demokratiepolitisch von einer großen Reife und Qualität geprägt. Ich kann nur sagen, immer geht es so diszipliniert im Burgenländischen Landtag nicht zu, wie bei den Jugendlichen. Auch dafür darf ich mich bedanken. *(Beifall bei den Jugendabgeordneten)*

Eine kurze Anmerkung, weil das nicht gefallen ist, das ist die Pädagogische Hochschule. Auch hier haben wir in den letzten Wochen erreicht, dass diese wichtige Bildungseinrichtung im Burgenland erhalten bleibt, dass auch die Volksschullehrerbildung, die Volksgruppenausbildung, die religionspädagogische Ausbildung im Burgenland bleibt. Das war nicht selbstverständlich.

Viele Persönlichkeiten haben in den vergangenen Monaten und in den vergangenen Jahren darum gekämpft. Beginnend vom Herrn Bischof bis zum Landesschulratspräsident Dr. Resch und auch mir, dass diese Bildungseinrichtung erhalten bleibt. Das ist uns gelungen, ist für die zukünftige Entwicklung des Landes ganz, ganz wichtig, auch für die Jugend von großer Bedeutung.

Zu anderen Bereichen, die jetzt zum Schluss angediskutiert wurden, das ist die Wohnbauförderung - wir arbeiten im Augenblick an Modellen für die nächsten Jahre, und ich würde fast sagen Jahrzehnte, die Wohnbauförderung abzusichern. Wir haben im Burgenland eine hervorragende Wohnbauförderung. Landesrat Bieler und ich haben hier bereits Modelle im Kopf, wie wir das über Jahrzehnte hinaus absichern können. Dass diese Generation und auch die nächsten Generationen diese tolle Wohnbauförderung im Burgenland auch bekommen werden.

Wir werden - die Kritik ist ernst zu nehmen, was Infrastrukturausbau anbelangt - erstmalig in der Geschichte des Landes auch elf Millionen Euro in die Hand nehmen, das ist vertraglich fixiert, um die Schieneninfrastruktur auszubauen. Wir werden und müssen

20 Prozent Investitionsbeiträge leisten, wenn die Elektrifizierungen an den Bahnlinien erfolgen.

Das ist zu wenig, nehmen wir zur Kenntnis - aber bis zum Jahr 2010 wird doch einiges passieren, wie die Spange Eisenstadt, wie die Elektrifizierung Neusiedl - Eisenstadt - Wulkaprodersdorf, wie die Elektrifizierung Neckenmarkt - Horitschon. Nicht jede Gemeinde kann einen Bus- und Bahnanschluss haben, man braucht gute Modelle, Konzepte.

Wir haben auch österreichweit die besten Planer, die überregional in anderen Bundesländern tätig sind auch eingespannt, um entweder den Bus oder die Bahn zu attraktivieren, damit es keine Doppelgleisigkeiten gibt, damit die Kosten im Griff bleiben. Wir haben gute Auszeichnungen bekommen: Unteres Pinka- und Stremtal mit dem „Roten Bus“ - erster Preis beim VCÖ, weil das ein innovatives Busprojekt ist.

Die halbe Burgenländische Landesregierung hat ein österreichweites Modell präsentiert, nämlich Ökomobilität und Ökotourismus mit Verkehr in sensiblen Gebieten rund um den Neusiedler See. Das ist österreichweit ein einzigartiges Verkehrskonzept, um den Verkehr auf den öffentlichen Verkehr zu beschränken.

Meine Zeit ist abgelaufen. (*Allgemeine Heiterkeit*) Nochmals danke fürs Kommen. Ich wünsche Ihnen noch einen schönen Tag. (*Beifall bei den Jugendabgeordneten*)

**Präsident Walter Prior** (*der den Vorsitz übernommen hat*): Meine Damen und Herren! Wortmeldungen liegen nicht mehr vor, wir kommen daher zur Abstimmung.

Ich ersuche jene Damen und Herren Jugendlandtagsabgeordneten, die dem Antrag auf Fassung einer Petition betreffend Mobilität und Wohnen im ländlichen Raum zustimmen wollen, sich von Ihren Plätzen zu erheben. -

Die Petition betreffend Mobilität und Wohnen im ländlichen Raum ist somit einstimmig angenommen und dem Landtag zugeleitet.

Die Tagesordnung ist somit erledigt.

Werte Regierungsmitglieder! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Liebe Jugendabgeordnete! Ich möchte mich als Präsident des Burgenländischen Landtages bei Ihnen für diese heutige Sitzung bedanken. Sie war für uns alle eine Premiere, aber ich darf sagen, sie ist gut gelungen.

Wenn wir uns heute diese Beiträge, auch die Fragestunde, die Sie gemeinsam erarbeitet haben, hier angehört haben, dann muss ich sagen, dass Sie bereits sehr weit fortgeschritten sind, auch was das demokratische Leben im Parlamentarismus bedeutet.

Ich glaube, dass hier heute ein Grundstein gelegt wurde, ein Grundstein der uns ermutigen soll, mit Ihnen gemeinsam diesen Jugendlandtag nicht als Eintagsfliege untergehen zu lassen, sondern zu überlegen, was wir, wo es heute sehr gut gelaufen ist, beim nächsten Jugendlandtag verbessern können, was wir noch besser machen können. Wie wir vielleicht auch von der Vorbereitung her, es nicht auf einen Tag beschränken, vielleicht auf zwei Tage die Vorbereitungsarbeit ausdehnen, damit vielleicht mehr Möglichkeiten bestehen, sich intensiver mit der Materie auseinander zu setzen.

Aber für die heutige Veranstaltung muss ich Ihnen allen ein Kompliment aussprechen. Sie haben hier wirklich gezeigt, dass Sie nicht nur in der Vorbereitung, in der Erarbeitung der Themen, die heute hier behandelt wurden, sehr verantwortungsbewusst umgegangen sind, sondern dass Sie auch im Umgang miteinander verantwortungsbewusst waren. Es ist in der politischen Diskussion einmal so,

dass es verschiedene Auffassungen zu verschiedenen Themen gibt, dass es natürlich hier und da auch zu persönlichen Angriffen kommt, das bleibt nicht aus in der Politik.

Das war ja im Gegensatz zum wirklichen Landtag noch sehr harmlos, was heute hier abgelaufen ist. Aber Sie müssen nicht die schlechten Beispiele mitnehmen, sondern sich immer von den guten Beispielen leiten lassen. Es ist Ihnen wirklich zum Großteil hervorragend gelungen.

Ich möchte mich noch einmal bei allen, die an der Vorbereitung mitgearbeitet haben, die an der Entstehung dieses Jugendlandtages mitgearbeitet haben und bei Ihnen als aktive Akteure sehr herzlich bedanken.

Ich möchte hoffen, dass Sie gute Eindrücke von diesem ersten Jugendlandtag mitgenommen haben, und ich würde Sie auch bitten, schon in Gedanken die Vorbereitung des nächsten Jugendlandtages geistig zu verarbeiten, um vielleicht auch, und ich möchte Sie auch bitten, wenn Sie - das Protokoll wird jedem der heute hier am Jugendlandtag mitgetan hat, mitgearbeitet hat, auch zugesandt - auch im Nachhinein Anregungen, Wünsche, Beschwerden, sonstige Anliegen haben, uns dies auch mitzuteilen.

Wir werden das entgegennehmen. Wir werden versuchen, vielleicht aus Schwachpunkten, die sich ergeben haben, das zu verbessern, um es beim nächsten Mal noch besser zu machen als heute. In diesem Sinne noch einmal allen Beteiligten recht herzlichen Dank.

Die Sitzung des Jugendlandtages ist **g e s c h l o s s e n**. Dankeschön. *(Beifall bei den Jugendabgeordneten)*

**Schluss der Sitzung: 13 Uhr 55 Minuten**